



33. Jahrgang · 2006 · Heft 2

Franz Steiner Verlag

Vierteljahreszeitschrift für  
Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,  
Denkmalpflege und Stadtentwicklung



Begründet von Otto Borst

Schwerpunkt:

**Städtische Siedlungen – Urbane Quartiere**  
Ideale und Realitäten

Herausgegeben von Johann Jessen



## Die alte Stadt

### Vierteljahreszeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Die Alte Stadt  
in Verbindung mit Gerd Albers, Helmut Böhme, August Gebeßler,  
Friedrich Mielke, Jürgen Reulecke, Erika Spiegel und Jürgen Zieger

Begründet von Otto Borst

#### Redaktionskollegium:

HANS SCHULTHEISS (Chefredakteur) – Prof. Dr. AUGUST  
GEBESSLER (Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft  
Die alte Stadt e.V.) – Dr. WINFRIED MÖNCH (Bespre-  
chungen).

Prof. Dr. HARALD BODENSCHATZ, TU Berlin, Institut für  
Sozialwissenschaften – Prof. Dr. DIETRICH DENECKE,  
Universität Göttingen, Geographisches Institut  
– Prof. Dr. ANDREAS GESTRICH, Universität Trier, Fach-  
bereich Geschichte – Prof. Dr. TILMAN HARLANDER,  
Universität Stuttgart, Institut Wohnen und Entwer-  
fen – Dr. HELMUT HERBST, Galerie der Stadt Waiblingen  
– Prof. Dr. JOHANN JESSEN, Universität Stuttgart,  
Städtebau-Institut – Prof. Dr. RAINER JOOSS, PH  
Schwäbisch Gmünd, Historisches Seminar – Prof.  
Dr. URSULA VON PETZ, RWTH Aachen, Planungstheorie  
und Stadtplanung – VOLKER ROSCHER, Architektur  
Centrum Hamburg – Prof. Dr. JOACHIM SCHULTIS,  
Heidelberg – Prof. Dr. DIETER SCHOTT, University  
of Leicester, Dep. of Economic and Social History  
– Prof. Dr. HOLGER SONNABEND, Universität Stuttgart,  
Historisches Institut.

**Redaktionelle Zuschriften** und Besprechungsexem-  
plare werden an die Redaktionsadresse erbeten: Die  
alte Stadt, Postfach 10 03 55, 73726 Esslingen a.N.,  
Marktplatz 16, 73728 Esslingen a.N., Tel.: (0711)  
3512 3242,  
Fax: (0711) 3512 2418.

Die Zeitschrift Die alte Stadt ist zugleich Mitglieder-  
zeitschrift der ca. 140 Städte umfassenden Arbeits-  
gemeinschaft Die alte Stadt e.V.

**Erscheinungsweise:** Jährlich 4 Hefte  
zu je 88 Seiten

#### Bezugsbedingungen:

Jahresabonnement EUR 79,- Einzelheft EUR 24,-,  
jeweils zuzüglich Versandkosten. Vorzugspreis für  
Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen  
Studienbescheinigung € 60,- zzgl. Versandkosten.

Ein Abonnement gilt, falls nicht befristet bestellt,  
zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündigungen des  
Abonnements können nur zum Ablauf eines Jahres  
erfolgen und müssen bis zum 15. November des  
laufenden Jahres beim Verlag eingegangen sein.

**Verlag:** Franz Steiner Verlag Wiesbaden GmbH, Sitz  
Stuttgart  
Birkenwaldstraße 44, D-70191 Stuttgart; Postfach  
101061, D-70009 Stuttgart  
Tel.: (0711) 2582-0, Fax: (0711) 2582-408 (390),  
Internet: <http://www.steiner-verlag.de>, E-mail:  
[cfelmik@steiner-verlag.de](mailto:cfelmik@steiner-verlag.de)  
**Anzeigenleitung** (verantwortlich): Susanne Szoradi  
([sszoradi@steiner-verlag.de](mailto:sszoradi@steiner-verlag.de))

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht  
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.  
Der Verlag haftet nicht für unverlangt eingereichte  
Manuskripte. Die der Redaktion angebotenen  
Originalbeiträge dürfen nicht gleichzeitig in anderen  
Publikationen veröffentlicht werden. Mit der Annah-  
me zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem  
Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit  
bis zum Ablauf des Urheberrechts. Eingeschlossen  
sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung  
elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in  
Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfälti-  
gung und Verbreitung online und offline.  
Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge  
sind urheberrechtlich geschützt. Kein Teil dieser  
Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Ur-  
heberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung  
des Verlags in irgendeiner Form reproduziert oder in  
eine von Maschinen, insbesondere von Datenverar-  
beitungsanlagen verwendbare Sprache übertragen  
werden.

**Druck:** Printservice Decker & Bokor, München

© 2006 Franz Steiner Verlag  
Wiesbaden GmbH, Sitz Stuttgart  
Printed in Germany. ISSN 0170-9364



ISO 9706

## Städtische Siedlungen – Urbane Quartiere

### Ideale und Realitäten

Herausgegeben von Johann Jessen

#### Abhandlungen

JOHANN JESSEN, Städtische Siedlungen – Urbane Quartiere. Editorial .....	119
NICOLE DE TEMPLE, „In die Jahre gekommen...“ Einfamilienhausgebiete im soziodemografischen Wandel .....	123
OLIVER SCHÖLLER, Zur Politik des westdeutschen Großsiedlungsbaus. Das Beispiel Ratingen-West. ....	139
LUDGER BASTEN, Potsdam-Kirchsteigfeld. Planerische Entstehung und Alltagstauglichkeit eines neuen Stadtquartiers .....	156
GERD KUHN / STEFAN KRÄMER, Bauen mit Baugemeinschaften .....	168
BARBARA ENGEL, Die Blauen Städte Sibiriens. Ideale und Realitäten .....	182

<b>Autoren</b> .....	199
----------------------	-----

#### Forum

REINHARD HUSCHKE, „Wir hatten keine Ahnung von der Stadt“. Über den Umgang mit den Bauten der Nachkriegsmoderne – ein Streitgespräch.....	200
WINFRIED MÖNCH, Formate von Stadtgeschichtsschreibung. Zwei Beispiele aus dem Rems-Murr-Kreis .....	203

#### Besprechungen

MATTHIAS PUHLE (Hrsg.), Magdeburg. Die Geschichte der Stadt ( <i>Michael Kaiser</i> ) .....	207
--	-----

OTTO VON GUERICKE, Relationes 1642-1660 ( <i>Michael Kaiser</i> ) .....	208
CHRISTINE MÜLLER, Langgräfische Städte in Thüringen ( <i>Ulman Weiß</i> ) .....	210
STEFAN ALBRECHT, Mittelalterliche Rathäuser in Deutschland ( <i>Antjekathrin Graßmann</i> ) .....	211
MARCO MÜLLER, Die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Stadt Rastatt 1815 – 1890 ( <i>Heinz-Joachim Barsickow</i> ) .....	212
GEORG DRESCHER u.a., Vom Heiligen Land zu den Ufern von Rhein und Main. Gedruckte Städtebilder aus fünf Jahrhundert ( <i>Rudolf Henning</i> ) .....	212
WALTER SIEBEL (Hrsg.), Die europäische Stadt ( <i>Jürgen Hagel</i> ) .....	213
MARTIN KORDA (Hrsg.), Städtebau. Technische Grundlagen ( <i>Jörg Derksen</i> ) .....	214
CHRISTOPH BERNHARD / GERHARD FEHL u.a., Geschichte der Planung des öffentlichen Raums ( <i>Thomas Wolfes</i> ) .....	215
FRANK MAIER-SOLKG / ANDREAS GREUTER, Europäische Stadtplätze. Mittelpunkte urbanen Lebens ( <i>Benedikt Mauer</i> ) .....	218

Johann Jessen

## Städtische Siedlungen, urbane Quartiere

### *Editorial*

„Anfang und Ende des Massenwohnungsbaus“ lautete der Titel eines vor fast 20 Jahren veröffentlichten Artikels, der sicherlich die damals in der Fachwelt vorherrschende Meinung traf, dass die Zeit der großen geplanten Stadterweiterungen in Deutschland vorbei sei<sup>1</sup>. Ein Irrtum, wie sich schon kurz nach der Wende 1989 zeigte. Unter dem Eindruck einer „neuen Wohnungsnot“ sahen sich in den frühen 1990er Jahren viele, vor allen Dingen westdeutsche Großstädte veranlasst, wieder neue Wohngebiete sowohl auf Brachen wie auf grüner Wiese zu planen und zu bauen. Inzwischen ist man erneut versucht, das Ende des Massenwohnungsbaus in unseren Breiten zu verkünden – mit doppelter Bedeutung. Zum einen darf das Ende sehr wörtlich genommen werden angesichts der subventionierten Abrisse Tausender von Wohnungen in ostdeutschen und auch einigen westdeutschen Städten. Zum anderen ist inzwischen auch die bisher letzte Welle neu errichteter Wohngebiete abgeklungen. Manche sind schon seit einigen Jahren fertig gestellt, andere immer noch im Bau, teils so geplant und gewollt, teils notgedrungen, weil das Bauen wegen fehlender Nachfrage stagniert. Angesichts des prognostizierten demographischen Wandels ist in der Tat augenblicklich nur schwer vorstellbar, dass der Bau großflächiger Stadterweiterungen für das Wohnen jemals wieder auf der Agenda aller oder auch nur der Mehrheit deutscher Großstädte stehen wird. Im Gegenteil, vermutlich werden diese Bestände in Zukunft weiter reduziert und allenfalls durch nachfragegerechteren Wohnungsbau ersetzt.

Aber es sind nicht nur die älteren Großsiedlungen, die durch den säkularen Bevölkerungsrückgang unter Druck geraten. Gleiches gilt, wenn auch noch keineswegs so ausgeprägt, für die Einfamilienhaussiedlungen, die zu gleicher Zeit entstanden sind. Was wird aus den ausgedehnten Eigenheimgebieten, wenn die Generation ihrer Erbauer ausstirbt? Wohl kaum werden dort mehrheitlich die erbenden Kinder einziehen, wie es viele der Häuserbauer wohl erhofft haben mögen. Welche Veränderungen in der Sozialstruktur sind mit dem Bewohner- und Eigentümerwechsel zu erwarten? Welchen Einfluss haben Wertverlust und Preisverfall angesichts sinkender Nachfrage auf die zukünftige Entwicklung dieser Siedlungen? Der Beitrag von *Nicole de Temple* referiert die wichtigsten Ergebnisse einer ersten empirischen Untersuchung zum baulichen und sozialstrukturellen Wandel in alternden Einfamilienhausgebieten in Dortmund.<sup>2</sup> Sie differenziert ihre Ergebnisse nach Entstehungszeitraum und Lage der Siedlungen und

1 U. Herlyn / A. von Saldern / W. Tessin, Anfang und Ende des Massenwohnungsbaus, in: Archiv für Kommunalwissenschaften 26 (1987), S. 34 –51.

2 N. de Temple, Einfamilienhaussiedlungen im Wandel, Berlin 2005.

gelangt zu einer aufschlussreichen Typologie, die deutlich zeigt, dass vor pauschalen Prognosen nur gewarnt werden kann. Manche Eigenheimsiedlungen scheinen sich als Quartier für „junge Alte“ zu stabilisieren, auf andere richtet sich aufgrund von Standort und Zuschnitt der Häuser die wachsende Nachfrage von ausländischen Familien, die ins Eigentum wechseln wollen.

Die Unterschiede zwischen den neuen Stadtteilen, die in den letzten zehn Jahren gebaut wurden, und den Großsiedlungen, die in den Jahrzehnten zuvor entstanden, sind unübersehbar. Dies spiegelt sich schon in der Semantik – statt von Siedlungen ist durchweg von Quartieren die Rede. Darin drückt sich zunächst weniger die Realität als vielmehr der Wunsch aus, das neue Gebiet möge von Beginn an ein integrierter Teil der Stadt, eben ein Stadtquartier sein. Aber auch die Rahmenbedingungen hatten sich verschoben. Generell lag das Ausgangsniveau der Wohnungsversorgung höher. Anfang der 1990er Jahre war trotz der damaligen Versorgungsengpässe eine unbekümmerte Rückkehr zur Serienfertigung von Wohnungen kaum vorstellbar. Zu sehr hatte sich auch die Wohnungsnachfrage ausdifferenziert. Die Zeiten waren vorbei, in denen für jede Wohnung, gleich welcher Größe, welchen Zuschnitts, welcher Lage und welchem städtebaulichen Leitbild oder Wohnmodell auch immer folgend, mit einem Abnehmer gerechnet werden konnte. Aber der vielleicht wichtigste Grund dafür, dass die neuen Stadtquartiere sich von den Stadterweiterungen vergangener Jahre unterschieden, war die schmerzhaft und durch die Nachbesserungsanstrengungen noch sehr gegenwärtige Erfahrung, dass die Großsiedlungen der 1960er Jahre, kaum bezogen, binnen kurzer Zeit zu Sanierungsfällen geworden waren. Dies sollte auf jeden Fall vermieden werden.

Gewöhnlich wird die wichtigste Ursache für die Fehlentwicklungen im Massenwohnungsbau der 1960er Jahre in dem Zusammenwirken von selbstgewissem Expertentum, den vermachteten Strukturen der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft und der an industrieller Fertigung orientierten Bauwirtschaft gesehen. *Oliver Schöller* arbeitet in seinem Beitrag heraus, dass dies eine einseitige und unvollständige Lesart sei. Dabei stützt er sich auf eine detaillierte Fallstudie der Planungs- und Umsetzungsgeschichte der Großsiedlung Ratingen-West aus den späten 1960er Jahren.<sup>3</sup> Zum einen zeigt er, dass die Defizite und Schwächen des Großsiedlungsbaus damals durchaus schon von der Planerzunft artikuliert wurden. Am Beispiel Ratingen „West“ wird deutlich, dass es den Verbänden und Kammern zwar noch gelang, hohe Anforderungen an das Verfahren durchzusetzen. Hier sollten bereits die Lehren aus den Fehlschlägen früherer Großwohnvorhaben durch eine besonders qualifizierte und interdisziplinäre Planung gezogen werden. Dies erwies sich allerdings als frommer Wunsch. Sachzwänge und Zeitnöte gaben schließlich die Rechtfertigung dafür ab, dass in der Umsetzung ein kleiner Kreis von einander verbundenen Lokal- und Regionalpolitikern Ton, Rich-

3 *O. Schöller*, Die Blockstruktur. Eine qualitative Untersuchung zur politischen Ökonomie des westdeutschen Großsiedlungsbaus, Berlin 2005.

tung und Tempo angab und die guten Vorsätze der Stadtplaner schließlich nur noch Makulatur waren. Gerade die besondere, oft problematische Rolle personeller Konstellationen auf kommunaler Ebene würde, so Schöller, in den bisherigen Analysen zur Entstehungsgeschichte von Großsiedlungen zu sehr vernachlässigt.

Das neue Stadtquartier Potsdam-Kirchsteigfeld war eine der ersten und der wenigen größeren Stadterweiterungsprojekte in den neuen Bundesländern. Das Quartier steht inzwischen geradezu emblematisch für einen Städtebau, der sich im Kontrast zur funktionalistischen Moderne am Leitbild der kompakten und durchmischten Stadt orientiert und sich dezidiert des Repertoires der Großstadt des 19. Jahrhunderts bedient: Baublock, verkehrsberuhigte Korridorstraßen, Plätze, geschützte Innenhöfe, mit Läden belegte Erdgeschosszonen, städtebaulich und architektonisch herausgehobene öffentliche Einrichtungen. In seinem Beitrag zur Planungs-, Bau- und noch jungen Nutzungsgeschichte des Kirchsteigfelds, der ebenfalls eine umfassende Untersuchung zugrunde liegt,<sup>4</sup> macht *Ludger Basten* deutlich, dass nicht alle Ziele, insbesondere das der kleinräumigen Nutzungsmischung wegen der Randlage, erreicht wurden, gleichwohl aber das neue Quartier von den Bewohnern durchaus geschätzt wird, wenn auch weniger wegen seiner prononcierten städtebaulichen Form, als vielmehr wegen des Privilegs, in einer neuen Wohnung und in einem neuen Quartier zu leben. Eine Besonderheit ist die Planung, der Bau und das Quartiersmanagement aus einer Hand durch einen privaten Träger, die in dieser konsequenten Form nur mit der Übergangsphase unmittelbar nach der Wende zu erklären ist, so Basten, in der eine stärkere Einbindung der Stadt in das komplexe Verfahren die kommunale Verwaltung zum damaligen Zeitpunkt hoffnungslos überfordert hätte.

Ein Gegenpol zu der Potsdamer Planung aus einem Guss nach nordamerikanischem Muster kann das Projekt „Tübinger Südstadt / Französisches Viertel“ gelten. Hier orientiert man sich nicht nur in der städtebaulichen Typologie an der europäischen Stadt, sondern auch im Produktionsmodus, indem man zu kleinteiliger Parzellierung zurückkehrt. Angesprochen werden in diesem Fall nicht wenige große Wohnungsbaugesellschaften, sondern eine möglichst große Vielfalt von Bauherren. In anderen Städten wie Leipzig und Hamburg ist man auch unabhängig von konkreten Gebietsplanungen bemüht, die Bürger als städtische Bauherren zu gewinnen und die Bildung von so genannten Freien Baugemeinschaften zu fördern. Der Überblick von *Gerd Kuhn* und *Stefan Krämer* über die verschiedenen aktuellen Formen Freier Baugemeinschaften zeigt, dass sich hier – trotz aller Implementationsprobleme – eine tragfähige Alternative zu den professionellen Bauträgern abzeichnet. Dies allerdings erfordert eine Öffnung der planenden Verwaltung und neue Vorgehensweisen der Stadtplaner.

An den früheren Großsiedlungen ist häufig kritisiert worden, sie seien Produkte „aus der Retorte“, die nicht die gewachsene Struktur früherer Stadterweiterungen

4 *L. Basten*, Postmoderner Urbanismus. Gestaltung in der städtischen Peripherie, Münster 2005.

aufwiesen und in denen die „Geschichte stillgelegt“ sei. Weiterentwicklung und Anpassung seien dort nicht vorgesehen und nicht gewünscht. Werden auch die neuen Stadtteile eine ähnliche Zukunft haben wie die Großsiedlungen? Vermutlich nicht. Der zeitlich gestreckte Planungs- und Realisierungsprozess, die modulare Struktur des Wohn- und Städtebaus, der Zwang zur Marktnähe und die Öffnung der Planung von einer rein technisch-fachlichen hin zu einer öffentlich zu erörternden Aufgabe machen den Unterschied zu den Großsiedlungen der 1960er und 1970er Jahre West und den Plattensiedlungen Ost aus. Deshalb darf man zuversichtlich sein, dass den neuen Stadtteilen, auch in den Randlagen, die schnelle und deprimierende Karriere vieler ihrer Vorgänger vom Neubau- zum Erneuerungsgebiet erspart bleibt.

Der Beitrag von *Barbara Engel* erschließt einen in Deutschland bis heute weithin unbekanntem Abschnitt moderner Städtebaugeschichte Osteuropas. Es geht um die über 200 Industriestädte, die in sowjetischer Zeit in den 1950er bis in die 1980er Jahre zentralstaatlich von Moskau aus in Sibirien zur Erschließung der Bodenschätze und zur inneren Kolonisation des Landes gegründet wurden. Sie referiert die wichtigsten Befunde einer umfassenden Studie, in der die Entstehungsgeschichte dieser sowjetischen Stadtgründungen, die ihnen zugrunde liegenden städtebaulichen Leitvorstellungen und ihre ökonomischen und technischen Voraussetzungen analysiert und dargestellt werden.<sup>5</sup> Heute stehen diese „blauen Städte“ vor gewaltigen städtebaulichen Problemen, die mit dem Zerfall der Sowjetunion, dem damit verbundenen Wegbrechen eines Teils der industriellen Basis und der finanziellen Auszehrung der kommunalen Verwaltungen vor Ort entstanden sind.

Dieses Themenheft beleuchtet verschiedene, bisher vernachlässigte Aspekte des Bauens größerer Wohngebiete der letzten Jahrzehnte. Die Beiträge referieren durchweg die Quintessenz größerer wissenschaftlicher Untersuchungen; drei von Ihnen (Schöller, de Temple und Engel) waren von den Autoren und Autorinnen zum Otto-Borst-Preis eingereicht worden, den die Arbeitsgemeinschaft „Die alte Stadt e.V.“ zum ersten Mal im Jahre 2005 zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ausgeschrieben hat.

Esslingen am Neckar, Juni 2006

5 *B. Engel*, Öffentliche Räume in den Blauen Städten Russlands – Entwicklungen, Status und Perspektiven. Berlin 2005.

Nicole de Temple

## „In die Jahre gekommen...“ – Einfamilienhaussiedlungen im soziodemografischen Wandel

„Wir werden weniger, grauer, bunter!“ Dieser oft gehörte Slogan fasst die wichtigsten gesellschaftlichen Entwicklungen zusammen. Hinter ihm verbergen sich die Tendenzen des soziodemografischen Wandels: Die Bevölkerung schrumpft bereits seit Anfang der 1970er Jahre aufgrund niedriger Geburtenraten. Parallel wachsen die älteren Alterskohorten der Bevölkerung. Deutschland altert und es altert schnell. Schon 2020 wird der Anteil der über 65jährigen an der Gesamtbevölkerung mehr als ein Drittel betragen.<sup>1</sup> Diese Entwicklungen lassen einen demografisch bedingten Zuwanderungsbedarf entstehen. Sie sind alarmierend, handelt es sich bei ihnen doch um langfristige Umwälzungen, die irreversibel im Altersaufbau angelegt sind. Selbst Zuwanderungen werden laut Prognosen nur eine trendmodifizierende, jedoch keine trendumkehrende Wirkung haben.<sup>2</sup> Bunter wird das Land nicht nur durch Zuwanderung: Ausgehend von der Individualisierungs- und Pluralisierungsthese differenzieren sich neue Lebensformen aus, und der eigene Lebensentwurf wird immer flexibler und optionaler (sog. „Bastelbiographien“). Neben dem demografischen Wandel führt dieser soziale Wandel dazu, dass die klassische Kernfamilie um neue Lebensformen ergänzt wird und zum Teil auch von ihnen abgelöst wird.<sup>3</sup> Familien stellen heute lediglich ein Drittel aller Haushalte.<sup>4</sup> Die neuen Lebensformen und Lebensstile<sup>5</sup> schlagen sich auf dem Wohnungsmarkt in „Neuen Haushaltstypen“<sup>6</sup> nieder. Ob Single, WG, „living-apart-together“ oder alleinerziehend, entsprechend dem soziodemografischen Wandels differenziert sich die Nachfrage nach Wohnraum aus.

Der gesellschaftliche Wandel ist evident. Aber obwohl es sich hierbei nicht um neue demografische Entwicklungen handelt, steht die Frage nach dessen Auswirkungen erst seit kurzer Zeit im Fokus des politischen und wissenschaftlichen Interesses. In diesem öffentlichen Diskurs werden gesamtstaatliche und -gesellschaftliche Entwicklungen

1 H. Birg, Die demografische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa, München 2001, S. 108.

2 Ebda., S. 101-118.

3 Vgl. R. Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands, Wiesbaden 2002, S. 57 ff.

4 V. Eichener, Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die Wohnungsmärkte, in: Wohnungswirtschaft und Mietrecht, 56 Jg., Heft 11/2003, S. 608.

5 Vgl. H.-P. Müller, Sozialstruktur und Lebensstile, Frankfurt a.M. 1992; G. Schulze, Die Erlebnisgesellschaft, Frankfurt a.M. 1993. A. Spellerberg / N. Schneider, Lebensstile, Wohnbedürfnisse und räumliche Mobilität, Opladen 1999.

6 E. Spiegel, Neue Haushaltstypen. Entstehungsbedingungen, Lebenssituation, Wohn- und Standortverhältnisse, Frankfurt/New York 1986.

wie die Finanzierbarkeit der Rentenversicherung oder die Alterung der Gesellschaft thematisiert. Lokale Ausprägungen und räumliche Auswirkungen der Entwicklung in einzelnen Städten oder gar Stadtteilen gelangen erst allmählich über die Stadtumbau-Debatten in das öffentliche Bewusstsein. Dabei ist die Frage nach klein(st)räumigen Bevölkerungsentwicklungen von einer besonderen Brisanz gekennzeichnet, werden doch hier die Auswirkungen für jeden schnell spürbar. Hier geht es z.B. um Integrationsaufgaben ausländischer Mitbürger, die Auslastung der sozialen Infrastruktur oder Angebotsüberhänge auf dem Wohnimmobilienmarkt.

Einhellige Meinung bei den Experten besteht darin, dass die demografischen Entwicklungen die Städte und Regionen in äußerst differenzierter Weise treffen werden. In der Planungswissenschaft fokussieren die Diskussionen über die räumlichen Auswirkungen bislang in der Regel die typischen „Problem-Kulissen“ wie Plattenbausiedlungen im Osten bzw. Großsiedlungen im Westen und innerstädtische Altbauquartiere der Gründerzeit. Über die Auswirkungen auf Einfamilienhaussiedlungen gibt es bislang keine Untersuchungen. Dabei ist davon auszugehen, dass auch hier Auswirkungen dieser Prozesse zu erwarten sind, die vorherrschende Wohn- und Lebensweisen ändern.

Eichener stellt fest, dass allein aus demografischen Gründen die Nachfrage nach Eigenheimen bereits in den nächsten Jahren um 40% sinken wird. Gleichzeitig steige – ebenfalls demografisch bedingt – das Angebot an gebrauchten Eigenheimen, die in den 1960er Jahren erbaut wurden.<sup>7</sup> Göschel verweist in diesem Zusammenhang auf Vermarktungsschwierigkeiten: „So lange man ein Eigenheim – in falscher Lage – selbst bewohnen kann, mag es seinen Nutzen haben. Verkaufen lässt es sich aber möglicherweise nicht, so dass es als Versicherung für die letzten Lebensjahre entfällt. Betroffen davon könnten die Einfamilienhaussiedlungen der 1950er oder 1960er Jahre sein.“<sup>8</sup>

Walther hat bereits Anfang der 1990er Jahre darauf hingewiesen, dass in Stadtregionen mit abnehmendem Suburbanisierungsdruck die Nachfrage nach Eigenheimen zurückgehen könnte.<sup>9</sup> Zunehmend wird dies auch in der Tagespresse thematisiert. Wohnungswirtschaft und Bausparkassen befürchten einen massiven Preisverfall der Eigenheime. Neben dem soziodemografischen Wandel wird dies auch auf einen neuen Trend, nämlich die Wiederentdeckung der Innenstadt als Wohnort zurückgeführt.<sup>10</sup>

7 V. Eichener (s. A. 4).

8 A. Göschel, Deutschland schrumpft – was heißt das für die Städte und das Wohnen? ([www.stadtteilarbeit.de...](http://www.stadtteilarbeit.de...), 27.07.2004).

9 U.-J. Walther, „Ergraute Gesellschaft“ – wo bringt sie welche Probleme für räumliche Planung und Forschung?, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 3/4 (1991), S. 149-158.

10 Vgl. u.a. H. Rauterberg, Neue Heimat Stadt, in: Die ZEIT Nr. 34, 18.08.2005, S. 33 und D. Guratzsch, Eigenheimpreise vor dem Verfall, in: Die WELT, 22.11.2005, S. 23.

Allerdings ist Umfragen zufolge das Einfamilienhaus nach wie vor in der Wertschätzung der Bevölkerung hoch angesiedelt.<sup>11</sup> Unabhängig vom Haushaltstyp könnte sich fast jeder vorstellen, einmal so zu leben. Aber ist man auch bereit, eine Gebraucht-Immobilie zu beziehen, anstatt ein neues Einfamilienhaus zu bauen? Ausgehend von der These, dass auch Einfamilienhaussiedlungen von dem Wandel betroffen sind, wird in diesem Beitrag der Frage nachgegangen, wie sich diese „Betroffenheit“ darstellt und welcher Handlungsbedarf daraus abgeleitet werden kann. Dafür werden Ergebnisse meiner Diplomarbeit hinzugezogen, die in einer explorativen Studie den Generations- und Bewohnerwechsel in Siedlungen der 1920er bis 1960er Jahre in Dortmund untersucht hat.

Die Analyse ist zweigeteilt. Im ersten Schritt geht es darum, Siedlungen, die von einem Generationswechsel und damit von einem Bevölkerungsaustausch betroffen sind, mittels statistischer Auswertung zu identifizieren. Ziel ist eine schnelle und in der Handhabung einfache Identifikation von Siedlungen anhand eines kompakten Indikatorensets. Die Auswertung erfolgt bauphasenspezifisch. Untersucht werden Einfamilienhaussiedlungen mit einem Mindestalter, damit ein Bewohnerwechsel überhaupt abzulesen ist. Dementsprechend handelt es sich um die Bauphasen des Werkwohnungsbaus und der Heimstätten der 1920er/30er Jahre, der Familienheime der 1950er Jahre sowie der Einfamilienhaussiedlungen der 1960er Jahre.

Um die Ergebnisse aus der Statistik zu qualifizieren, werden im zweiten Teil der Analyse spezifische Siedlungskarrieren, so genannte Typen des Wandels, vorgestellt mit dem Ziel, die relevanten und richtungsweisenden Faktoren(bündel) einzelner Entwicklungspfade zu bestimmen. Dafür werden die spezifischen Wohnumilieus mittels eigener Beobachtungen<sup>12</sup> sowie situationsflexiblen Experteninterviews mit Bewohnern ermittelt und mit Hilfe des so genannten „Elementarteilchenkonzeptes“ systematisiert.

### *1. Stabilität und Dynamik der Wohnbevölkerung in Siedlungen verschiedener Bauphasen*

Zur Bestimmung der Stabilität und Dynamik der Wohnbevölkerung wird folgendes vierteilige Indikatorenset aufgestellt („tool I“: Indikatorenset): 1. Einwohnerentwick-

11 A. Spellerberg / N. Schneider (s. A 5) und Empirica, Szenarien zur langfristigen Wohnungsmarktentwicklung in Dortmund, Bonn 2003.

12 Vgl. A.B. Jacobs, Looking at cities, Cambridge 1985.

lung<sup>13</sup>, 2. Fluktuation<sup>14</sup>, 3. Wohndauer<sup>15</sup>, 4. Altersstruktur<sup>16</sup>.

Die Indikatoren sind keine allein stehenden Einzelkomponenten. Vielmehr stehen sie in vielfältigen Wechselwirkungen zueinander und bilden ein dichtes Netz an Informationen. Mit der statistischen Maßzahl des Korrelationskoeffizienten ist es möglich, diese Beziehungen anzuzeigen. Somit kann bei einer schlechten Datenlage, die Kenntnis der Ausprägung von Indikator A, Annahmen über Indikator B zulassen. Da es sich ferner um Standarddaten der amtlichen Statistik handelt, die flächendeckend auf der Ebene der statistischen Unterbezirke erhoben und fortlaufend gepflegt werden, kann das Indikatorenset ohne großen Aufwand eingesetzt werden. Neben der Erkenntnis über die Stabilität und Dynamik der Wohnbevölkerung liegt mit dem Indikatorenset ein kompaktes und in der Anwendung einfaches Instrument zur Identifikation von Einfamilienhaussiedlungen vor, die einem Generationswechsel unterliegen. Die statistische Analyse bringt bauphasentypische „Stadien“ des Generationswechsels hervor. Auf der Abbildung 1 sind die Ausprägungen der einzelnen Indikatoren im Vergleich der Bauphasen untereinander zusammengefasst dargestellt.

### *1.1. Siedlungen der 1920er und 1930er Jahre*

Aufgrund ihres Baualters unterliegt diese Bauphase bereits dem zweiten oder dritten Bewohnerwechsel und weist aus diesem Grund eine stetig dynamische Bewohnerschaft auf. Dies wird durch das Nebeneinander mehrfacher Ausprägungen (= fließende Übergänge) angezeigt. Sicherlich ist auch die große Zeitspanne der Bauphase über zwei Jahrzehnte dafür verantwortlich. Gekennzeichnet sind diese Siedlungen von einer stagnierenden bis leicht ansteigenden Einwohnerentwicklung. Der Anstieg ist in erster Linie auf die natürliche Bevölkerungsentwicklung (Geburtenüberschüsse) zurückzuführen. Neu hinzuziehende Haushalte befinden sich in der Expansionsphase ihres Familienzyklus. In der Folge steigt die Bewohnerzahl an mit einer Zunahme der Kinder und Jugendlichen bis 18 Jahre an. Dennoch verzeichnen auch diese Siedlungen demografische Alterungserscheinungen. Diese sind allerdings bei weitem nicht so ausgeprägt wie bei den 1950er oder 1960er Jahre-Siedlungen. Weiterhin zeigt die relativ hohe Fluktuationsrate innere Austauschprozesse der Bevölkerung an. Der

13 Hauptwohnbevölkerung (HWB) insgesamt 1987-2003, Veränderung der HWB 1987 und 2003, Geburten- und Sterbefallbilanz 1987-2002, Gesamtwanderungsbilanz (Umzüge und Wanderungen) 1987-2002, Veränderung der HWB im Vergleich zum Vorjahr 1987-2002

14 Fluktuationsrate: Fluktuation (= Wanderungen von + Wanderungen nach + Umzüge von + Umzüge nach) pro 1.000 Einwohner, 1988-2002, durchschnittliche Fluktuationsrate 1988-2002 und 2000-2002

15 Durchschnittliche Wohndauer der HWB 2001, Anteile der HWB nach Wohndauer in Jahresblöcken 0 bis 4, 5 bis 9, 10 bis 20 und über 20 Jahre

16 HWB insgesamt 1987 und 2003 nach zusammengefassten Altersgruppen 0 bis unter 10, 10 bis unter 18, 18 bis unter 30, 30 bis unter 40, 40 bis unter 50, 50 bis unter 60, 60 bis unter 65 und über 65 Jahre, Veränderung der Anteile der Altersgruppen 1987 und 2003, Altenquotient (Anteil der über 65jährigen im Verhältnis zu den 18- bis 65jährigen) 1987 und 2003

	Siedlungen der...		
	20er/30er Jahre	50er Jahre	60er Jahre
++ hoch o mittel -- niedrig			
Einwohner-entwicklung			
Fluktuationsrate	+(++)	o	o+
Wohndauer	o	++	+
<b>Altersstruktur:</b>			
Anteile der über 65-Jährigen	o	++	+
Anteile der 0- bis 18-Jährigen	+	o	o
Anteile der 18- bis 30-Jährigen	-	-	-

Abb. 1: Stabilität und Dynamik der Wohnbevölkerung in den Bauphasen (Darstellung d. Vf.).

Wechsel ist in vollem Gange. Dem entspricht die insgesamt niedrige durchschnittliche Wohndauer.

### 1.2. Siedlungen der 1950er Jahre

Die Siedlungen der 1950er Jahre weisen eine extrem hohe (Noch)Stabilität in ihrer Bevölkerungszusammensetzung auf. Diese äußert sich in der überdurchschnittlich hohen Wohndauer, in der sehr geringen Fluktuationsrate sowie in den hohen Anteilen der über 65jährigen. Die stark schrumpfende Wohnbevölkerung ist auf die kleiner werdenden Haushalte zurückzuführen. Die Kinder haben das Elternhaus längst verlassen, und in vielen Fällen ist zu vermuten, dass sogar der Ehepartner nicht mehr lebt. Bestätigt wird dies durch den hohen Anteil der Verwitweten (bis zu 14% in einzelnen Siedlungen). Demografische Alterung und Schrumpfung lassen sich hier besonders gut ablesen. Die Siedlungen der 1950er Jahre stehen kurz vor dem ersten Bewohnerwechsel. Dieser wird sich, so ist zu vermuten, im Gegensatz zu den Siedlungen der 1920er/30er Jahre zügig und in komprimierterer Form („auf einen Schlag“) vollziehen, was sich in den eindeutigen Ausprägungen ablesen lässt.

### 1.3. Siedlungen der 1960er Jahre

Die Siedlungen der 1960er Jahre weisen eine ähnliche Entwicklung wie die vorhergehende Bauphase auf. Allerdings in weitaus abgeschwächterer Form. Auch diese Siedlungen sind bereits von einer hohen Stabilität gekennzeichnet, was von einer mittleren Fluktuationsrate und einer mittleren Wohndauer angezeigt wird. Sie unterliegen aber

noch stärkeren inneren Austauschprozessen. Die starke Abnahme der 18- bis 30jährigen zeigt diesen Prozess an. Hier befinden sich die Haushalte inmitten der familialen Schrumpfungsphase. Die einstigen Erbauer sind in ihren Häusern alt geworden. Die jüngeren mobilen Altersgruppen ziehen weg. Daraus resultiert eine altersspezifische „Aussiebung“ dieser Siedlungen. Die demografische Alterung schreitet voran, erreicht aber noch nicht das Ausmaß der 1950er Jahre Siedlungen.

Die bauphasenspezifische Auswertung hat deutlich gemacht, dass alle Siedlungen Prozessen des Bevölkerungsaustausches unterliegen bzw. kurz davor stehen. Wie sich dies auf die einzelnen Siedlungen auswirkt, wird im Folgenden beschrieben.

## 2. Auswirkungen des Wandels vor Ort – Qualifizierung

Der Wandel in Einfamilienhaussiedlungen ist ein vielschichtiger Prozess, der zahlreiche Fragen aufwirft: Wie ändert sich die Wohnweise der neuen und alten Bewohner? Welche Anforderungen werden an das Wohnen im Laufe der Familien- und Lebensphasen gestellt? Was ändert sich in der Konsequenz an den Gebäuden und Gärten? Und wer sind eigentlich die „Neuen“? Befinden sich die Gebäude weiterhin im Eigentum oder werden sie vermietet? Gibt es Leerstände? Wie ändert sich schließlich in der Addition (einzelner Veränderungen) das Leben in der Siedlung, das Wohnumfeld, die Nachbarschaft, die Siedlung als Ganzes?

Um sich diesen ineinander verwobenen Prozessen anzunähern und sie mehrdimensional abzubilden und zu analysieren, bedarf es einer präzisen Systematik, welche es vermag, die Prozesse in ihrer Vielfalt zu erfassen und prägende Faktoren unter Ausblendung irrelevanter Aspekte herauszufiltern. Hierzu dient das „tool II“: „Elementarteilchenkonzept“.

Der Wandel in Einfamilienhaussiedlungen wird in verschiedenen Einzelementen einer Siedlung – den „Elementarteilchen“ – auf der privaten und öffentlichen Ebene sichtbar. Auf der privaten Ebene sind dies die Bewohnerschaft als Impulsgeber für Veränderungen und ihr erster Wirkungskreis: das Grundstück (Gebäude und Freiflächen) sowie auf der öffentlichen Ebene das Wohnumfeld, der öffentliche Raum und die nachbarschaftlichen Beziehungen.<sup>17</sup>

Neben diesen vier Bestandteilen wurde die Siedlungsgeschichte im Sinne einer Metaebene mit einbezogen, die das „Ausgangsmilieu“ beschreibt und damit einen Wandel erst ablesbar macht. Für die Analyse werden die Bereiche zunächst einzeln

17 Forschungszugänge über *H. Häußermann / W. Siebel*, Soziologie des Wohnens. Eine Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens, Weinheim 2000; *H. Oswald*, Die überschätzte Stadt, Olten/Freiburg i.Br. 1966; *B. Hamm*, Betrifft: Nachbarschaft. Verständigung über Inhalt und Gebrauch eines vieldeutigen Begriffs, Düsseldorf 1973; *K.-D. Keim*, Milieu in der Stadt. Konzept zur Analyse älterer Wohnquartiere, Stuttgart 1979.

betrachtet und dann in einer Synthese zu einem ganzheitlichen Entwicklungspfad zusammengeführt.

Im Folgenden werden beispielhaft zwei Siedlungskarrieren vorgestellt. Es wird herausgestellt, welche Faktoren(bündel) dazu führen, dass ein entsprechendes Bewohnerklientel hier einzieht und welche Auswirkungen davon auf die Siedlung ausgehen.

### 2.1. Typ I: „Altersresidenz“

*(MSA-Siedlung in Dortmund-Scharnhorst, erbaut 1953-57)*

*„In der Siedlergemeinschaft bekomme ich ja mit, wer hier jetzt so einzieht... Das sind auch viele ältere Ehepaare, so ab 50 oder 55, die dann im Alter noch mal Eigentum bilden und für die reicht die Wohnfläche ja aus. Und wenn Familien hier einziehen, dann sind das meistens nur noch welche mit einem Kind.“ (Siedlervorstand)*

Die MSA-Siedlung liegt im Nordosten der Stadt im Bezirk Scharnhorst, der zu den traditionellen Arbeiterbezirken zählt. Die Siedlung wurde im Rahmen eines Wohnungsbauprogrammes für Bergarbeiter nach dem Zweiten Weltkrieg errichtet. Anders als im traditionellen Werkswohnungsbau, wo die Häuser Eigentum der Zeche oder der Siedlungsgesellschaft blieben, wurden die Eigenheime hier direkt an die Bewohner verkauft. Es gibt neun Haustypen, die sich hinsichtlich ihrer Wohnfläche (62-76 qm) und Grundstücksgröße (300-600 qm) sowie der Grundrisse unterscheiden. Dabei handelt es sich überwiegend um zweigeschossige Reihenhäuser in 4er- oder 6er-Reihen. Die Gebäude weisen heute in der Mehrzahl einen guten Zustand auf. Die Dächer sind größtenteils neu gedeckt, die alten Holz- durch Kunststofffenster ersetzt und die Außenwände neu isoliert.

Die Gebäude in der MSA-Siedlung sind von kleinen Wohnflächen geprägt, die zusätzlich einem stark hierarchisierten, auf Familien ausgerichteten Raumprogramm unterliegen und daher nur schwerlich Nutzungsänderungen zulassen. Werden die Anforderungen der DIN-Normen<sup>18</sup> hinzugezogen, wird deutlich, dass es sich um sehr kleine Räume handelt. Dies zeigt sich natürlich besonders bei den kleineren Haustypen mit ca. 62 qm Wohnfläche. Das Wohnzimmer ist mit 14 qm als der größte Raum vorgesehen. Die Kinderzimmer sind mit ca. 8 qm sehr klein. Ebenso liegen die Küche und das Bad unterhalb der heute geforderten Richtgrößen der DIN-Normen (Küche: 6,5 bis 8,5 qm, Bad: ca. 4,5 qm).

Auch die Möglichkeiten zur Erweiterung der Wohnfläche sind begrenzt, da bedingt durch den Gebäudetypus Reihenhäuser nur nach hinten in den Garten oder nach oben ausgebaut werden kann. Da die Grundstücke aber relativ klein sind, werden durch Anbauten an den Rückseiten die Gartenflächen stark reduziert (vgl. Abb. 2). Aufgrund

18 Vgl. W. Winkler, Hochbaukosten. Flächen. Rauminhalte, Braunschweig 1988.

der für die 1950er Jahre typischen sehr geringen Dachneigung können auch die Dächer nicht ohne weiteres ausgebaut werden.

1987 wohnten in der MSA-Siedlung 3.784 Personen, 2003 nur noch 3.278. Dies entspricht einem Bevölkerungsrückgang von 10% in den letzten 15 Jahren. Wie das Eingangszitat bereits verdeutlicht hat, ist dieser Einwohnerrückgang nicht nur auf „innere“ Schrumpfungsprozesse zurückzuführen, sondern wird durch den Zuzug kleiner, älterer Haushalte ohne Kinder verstärkt. Aus eigenen Beobachtungen wird das Bild der „gealterten“ Siedlung deutlich unterstützt. Es gibt keine Hinweise in den Gärten oder den Fenstern, die auf Kinder hindeuten. Umgekehrt kann beobachtet werden, dass häufig mobile Pflegedienste die Siedlung frequentieren, und auf den Straßen begegnet man ebenso oft alten Menschen mit Gehhilfen. Auch die Kindergärtnerin des ansässigen Kindergartens bemerkt, dass sie Schwierigkeiten hat, ihre Gruppen zu füllen.

Was macht die Siedlung für die ältere Bewohnergruppe so attraktiv? Die alten Bewohner sind sehr froh und zufrieden mit den kleinen Wohnflächen und stören sich nicht an den geringen Erweiterungsmöglichkeiten:

*„75 qm – das reicht völlig, wer soll das denn sonst alles pflegen?... Was nützt einem ein 100-qm-Wohnzimmer, wenn man sich darin nicht mehr sieht?“* (Bewohner, geb. 1925, seit 1954 in der Siedlung).

Auch die Größe der Gärten wird gerade von den älteren Bewohnern positiv bewertet:

*„300 qm muss man erst mal pflegen können. Mehr schafft man ja gar nicht! Größer dürften die Grundstücke gar nicht sein. So ist es genau richtig.“* (Bewohner, geb. 1936, seit 1960 in der Siedlung)

Weiterhin entspannt sich in der Lebensphase, in der sich die Hinzuziehenden befinden, die finanzielle Situation. In der Regel wird jetzt das Höchsteinkommen erzielt, da der Lebensunterhalt nur noch für zwei Personen bestritten werden muss.<sup>19</sup> Vor diesem Hintergrund und aufgrund der relativ geringen Wohnflächen, erscheint es plausibel, dass von solchen Haushaltstypen in dieser Lebensphase Eigentum gebildet wird. Somit wird die enorme demografische Alterung in der Siedlung nicht durch den Zuzug junger Familien kompensiert, sondern durch den Zuzug 50- bis 55jähriger forciert.

In der MSA-Siedlung existieren seit Beginn starke solidarische Netzwerke zwischen den Bewohnern. In Tauschgeschäften wird der Umbau oder die Renovierung der Häuser organisiert. Da es sich bei den hinzuziehenden Bewohnern um Personen mit gleichen demografischen und ökonomischen Merkmalen handelt, ist davon aus-

19 U. Herlyn, *Leben in der Stadt. Lebens- und Familienphasen in städtischen Räumen*, Opladen 1990, S. 64.



Abb. 2: Anbauten in den Gartenbereichen (Foto Vf.).

zugehen, dass die vorherrschende Nachbarschaftsrolle der solidarischen Hilfe<sup>20</sup> im Wesentlichen erhalten bleibt. Die sozialen Netzwerke erneuern sich.

Anhand dieser Siedlung lässt sich demonstrieren, dass das Einfamilienhaus nicht nur für Familien interessant ist, sondern auch für andere Haushaltsformen eine adäquate Wohnform darstellt. Derzeit leben in der MSA-Siedlung viele Personen, die sich in der Schrumpfungsphase ihres Familienzyklus befinden. Darunter fallen ältere Rentnerhepaare und allein stehende, pflegebedürftige Personen. Durch selektive Wegzüge der jüngeren Kohorten und von Familien in der Expansionsphase kommt es zu einer weiteren altersspezifischen Segregation. Dieser Prozess wird von außen verstärkt, indem Bewohnergruppen derselben Lebensphase zuziehen (die „Neuen Alten“). In der Folge vergrößert sich die Bewohnergruppe der älteren Alterskohorten zunehmend. Die kleinen Wohnflächen und die eingeschränkten Möglichkeiten zu ihrer Erweiterung sind ein wesentlicher Auslöser dieses Prozesses. Damit ist diese Siedlung vor allem für Personen mit geringen Flächenansprüchen interessant. Darüber hinaus ähneln die demografischen und sozialstrukturellen Merkmale der neuen Bewohner wie Alter, Bildung und Haushaltstyp denen der bereits Ansässigen. Dadurch kann die Einbindung der Neuen in bestehende Netzwerke gelingen, und die klassischen Formen örtlich gebundener Solidarität können fortbestehen.

20 Vgl. B. Hamm / H. Oswald (s. A. 17)

2.2 *Typ II: „Zuzug ausländischer Familien“  
Zechensiedlung Alte Kolonie Eving (Erweiterung) in Dortmund-Eving  
(ab 1918)*

*„Früher haben hier ausschließlich Deutsche gewohnt... Seit drei oder vier Jahren kaufen hier aber auch auf einmal Türken und manchmal auch ein paar Griechen.“* (Bewohner, geb. 1955, seit 1970 in der Siedlung)

Die Zechensiedlung Alte Kolonie Eving liegt nördlich der Innenstadt im Bezirk Eving im Ortsteil Lindenhorst. Der Stadtteil zählt wie Scharnhorst zu den traditionell vom Bergbau geprägten Arbeiterbezirken im Norden der Stadt. Die Siedlung wurde ab 1918 von der Gelsenkirchener Bergwerks AG erbaut. Sie bot Wohnraum für die Bergarbeiter der benachbarten Zeche Minister Stein und war eine Erweiterung der östlich angrenzenden Alten Kolonie Eving. In der Zeche dominieren verschiedene zweigeschossige Gebäudetypen, die Grundstücksgrößen schwanken zwischen 300-700 qm. Die ursprünglichen Wohnflächen von ca. 65-80 qm sind heute durch kleinere An- und Ausbauten etwas höher. Die Dächer sind in der Regel ausgebaut und der Raum der alten Ställe in die Wohnfläche integriert. Bei einzelnen Gebäuden besteht Sanierungsbedarf. Vielerorts müssten die Dächer neu gedeckt und die Fassaden erneuert werden (vgl. Abb. 3). In der Siedlung fallen vereinzelt leer stehende Gebäude auf. Diese weisen sowohl innen als auch außen einen besonders hohen Modernisierungsbedarf auf.

Im Zuge der Privatisierung in den 1980er Jahren ist die alte homogene Bewohnerstruktur erhalten geblieben. Heute hingegen differenziert sie sich stark aus. In der Tendenz sind die Bewohner aber alle der unteren Mittelschicht mit geringem Einkommen zuzuordnen. Derzeit lassen sich drei Haushaltstypen identifizieren: Einerseits leben hier die ehemaligen (deutschen) Bergarbeiter, die heute Rentner sind (Söhne der ersten Generation) und die die Häuser bei der Privatisierung gekauft haben. Bei diesen Bewohnern handelt es sich um Familien in der Schrumpfungsphase ihres Familienzyklus, vorwiegend um Rentnerhepaare oder allein stehende, verwitwete Frauen. Weiterhin gibt es eine heterogene Gruppe jüngerer Alterskohorten (30 bis 50 Jahre) deutscher Nationalität. Hierunter fallen junge, zugezogene Familienhaushalte und die Erben der zweiten Generation. Die zugezogenen Familien wohnen vorwiegend in eingestreuten Neubauten. Es stellte sich heraus, dass sich in der Gruppe der Erben der zweiten Generation häufig auch allein stehende Männer mittleren Alters befinden. Andererseits gibt es eine wachsende Gruppe ausländischer Bewohner, die seit ein paar Jahren vermehrt Eigentum in der Siedlung erwerben. Hierbei handelt es sich um größere generationsübergreifende, überwiegend türkische Familien.

Der Zuzug ausländischer Migranten liegt zu einem großen Teil im Umfeld der Siedlung begründet. Diese liegt inmitten eines türkisch geprägten Stadtteils. Der gesamte Einzelhandel entlang der nahe gelegenen Einkaufsstraße sowie die Einrichtungen der Infrastruktur sind ausschließlich türkisch betrieben (Vereinshäuser, Kulturzentrum,



Abb. 3: Modernisierungsbedarf in der Alten Kolonie Eving, Quelle: Eigene Aufnahme.

Telecafé, Bäckerei, Reisebüro, Frisör, Supermarkt, Ärzte). Im Hinblick auf das Wohnsuchverhalten von Haushalten wird deutlich, dass das Wohnumfeld eine entscheidende Rolle für die Karriere einer Siedlung spielt (vgl. Abb. 4). Brown/Holmes<sup>21</sup> haben bereits 1971 nachgewiesen, dass ein Wohnungswechsel häufig kleinräumig eng begrenzt ist, d.h. im Umkreis der bestehenden Wohnung gesucht wird. Die hohen Anteile der türkischen Bewohner im Umfeld und ihr Wohnsuchverhalten führen dazu, dass diese auch als Käufer in der Erweiterung der Alten Kolonie Eving auftreten. Die relativ günstigen Häuser mit schlechter Bausubstanz bieten die Chance für die ökonomisch schwächeren (aber dennoch etablierten) Migrantenhaushalte zum Eigentümerwerb.<sup>22</sup> Damit sind auch die so genannten Umzugsketten („filtering chains“) angesprochen. Umzugsketten untersuchen die sozialstrukturelle Umschichtung von Bewohnern anhand der Lebensgeschichte von Wohnungssubstanz. In der Erweiterung der Alten Kolonie Eving bedeutet dies: Während das Gebäude durch einen Wertverfall gekennzeichnet ist, ist mit dem Bezug der Gebäude für die neuen Bewohner ein sozialer Aufstieg verbunden.<sup>23</sup>

21 *L-A. Brown / J. Holmes*, Search behaviour in an intra-urban migration context: a spatial perspective, in: *Environment and Planning* 3/1971, S. 307-326.

22 Zu den Motivationen und Hintergründen des Eigentümererwerbs von Migranten, vgl. *H. Harnhörster*, Wohneigentumsbildung von Migranten. Wohnungspolitik in Deutschland, in: *vhw Heft 2*, April/Mai 2003, S. 58-63.

23 Vgl. *J. Jessen / B. Meinecke/ U.-J. Walther*, Faktoren innerregionaler Wanderung – Verhalten der Wohnbevölkerung, in: *Robert Bosch Stiftung GmbH* (Hrsg.), *Vorstudien zu einem Forschungsprogramm*, Stuttgart 1979. S. 29 ff.

Der vermehrte Zuzug einer fremden Bewohnergruppe in die vormals nur von Deutschen bewohnte Siedlung hat vielfältige Konsequenzen, die sämtliche Einzelbereiche des Lebens vor Ort betreffen und in der Addition über die Karriere der Siedlung maßgeblich mitbestimmen. Einerseits ändert sich auf der privaten Ebene die Haushaltsstruktur. Die vormals kleinen Haushalte der Deutschen (Rentner und Kleinfamilien) werden abgelöst durch große, generationsübergreifende Haushalte. In der Folge steigen die Einwohnerzahlen wieder an, die Wohnfläche pro Kopf sinkt (vgl. 1974: 613 Einwohner,<sup>24</sup> 2003: Zuwachs um 17% auf 720 Einwohner<sup>25</sup>).

Weiterhin bringen die neuen Bewohner neue Anforderungen an ihr Grundstück mit und eignen sich in der Folge ihr Eigentum und ihr Wohnumfeld an. Dies wird im äußeren Erscheinungsbild der Siedlung sichtbar. Besonders augenfällig sind die Rekultivierung der Gärten (deutsche Ziergärten vs. türkische Nutzgärten) und die verstärkte Präsenz im öffentlichen Raum (Beschränkung des deutschen Privatbereichs auf Grundstück vs. Ausdehnung des türkischen Interaktions-, Kommunikations- und Spielraums auf die Wohnstraßen).

In der Folge kommt es zu Integrationsproblemen. Das interkulturelle Zusammenleben verläuft nicht reibungslos. Es entwickelt sich eine parallele Gemeinschaft ohne Berührungspunkte, was zu Konflikten führt. In Bezug auf die neuen Bewohner werden die Lautstärke, die Verständigung und die fremde Kultur von den deutschen Bewohnern als Probleme angeführt:

*„Es ist oft laut, dann muss die Polizei gerufen werden. Wenn die halt bei sich im Garten sitzen bei ihrer türkischen Musik. Die verbliebenen alten Leute hier wollen einfach nur ihre Ruhe haben und ihren Lebensabend in der Siedlung verbringen. Es sind sehr, sehr viele sehr alte Leute hier, die hier geboren sind und mit den Türken kommen die Kinder. Und die sind eigentlich gar nicht so erwünscht.“* (Bewohner, geb. 1960, seit Geburt in der Siedlung)

Ein Zitat desselben Bewohners verdeutlicht die Verhaltensweise der Alteingesessenen deutlich:

*„Vereinzelt ziehen die Leute hier auch schon weg. Das nimmt hier überhand. Daher werden bei Wegzug Absprachen getroffen. Neulich erst, da haben wir mit den Nachbarn ausgemacht, dass sein Haus nur an Deutsche verkauft werden soll, ansonsten setzt ein anderer Nachbar einen aus seiner Familie rein und es wird erstmal vermietet.“*

24 F. Bollerey / K. Hartmann, Wohnen im Revier. 99 Beispiele aus Dortmund. Siedlungen vom Beginn der Industrialisierung bis 1933, München 1975.

25 Fachbereich Statistik und Wahlen der Stadt Dortmund, Sonderauswertung zusammengefasste Baublöcke.

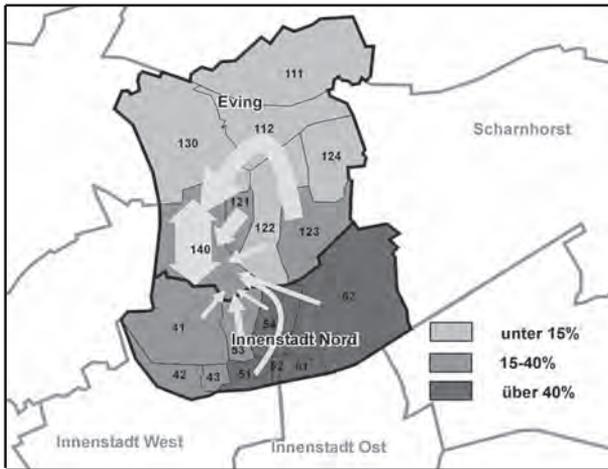


Abb. 4: Wohnsuchverhalten von Haushalten angezeigt durch die Wanderungsbewegungen der angrenzenden statistischen Unterbezirke mit Anteilen der ausländischen Bevölkerung.

Die Alteingesessenen reagieren mit Selbstregulierung, Verbündung, Stärkung der Identifikation durch Aneignung/Okkupation des öffentlichen Raumes (z.B. Säuberung der Straßen in Eigenregie und Osterschmuck auf Bäumen, Sträuchern) und Wegzug.

Zusammenfassend lassen sich folgende Aspekte festhalten, die in ihrer Konstellation für die Karriere dieser Siedlung verantwortlich sind. Die Einbettung der Siedlung in ein türkisch geprägtes Wohnumfeld mit entsprechenden Infrastruktureinrichtungen und dichtem sozialen Netz und das an diesem Umfeld räumlich orientierte Wohnsuchverhalten der Türken sowie ihre Bleibeabsicht und die damit verbundene Nachfrage der entsprechenden, preiswerten Häuser führen zu dem vermehrten Eigentumserwerb türkischer Migranten in der Siedlung. Diese unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Wertvorstellungen und Lebensweisen, den demografischen (Haushaltstypus, Nationalität) und kulturellen (Religion, Lebensstil, Ethnie) Merkmalen von den Alteingesessenen. Die Unkenntnis über die vorherrschenden Wertvorstellungen in der Siedlung führt zu nonkonformen Verhalten seitens der „Neuen“. Bedingt durch die hohe Anzahl der Zuzügler werden die bestehenden Normen zunehmend außer Kraft gesetzt. Dem steht gleichzeitig eine niedrige Integrationsbereitschaft auf Seiten der Alteingesessenen und die Angst vor den Fremden gegenüber. In der Folge kommt es zu Spannungen der interkulturellen Beziehungen. Die Deutschen lehnen diese Bewohnergruppe ab und reagieren mit oben beschriebenen Maßnahmen.

Der demografische Wandel schlägt sich in Eving in einer vermehrten Eigentumsbildung von etablierten Migrantenhaushalten nieder. Die Tatsache, dass aber ausgerechnet in dieser Siedlung von dieser Bevölkerungsgruppe Eigentum gebildet wird, liegt im

entsprechend geprägten Umfeld und dem Wohnsuchverhalten von Haushalten sowie in den vergleichsweise günstigen Grundstückspreisen begründet.

### 3. Fazit und Handlungsbedarf

Anhand der verschiedenen Entwicklungspfade der Siedlungen wird deutlich, dass der demografische Wandel klein(st)räumig sehr differenziert und in unterschiedliche Richtungen wirkt. Natürlich gibt es auch Siedlungen, die nicht unmittelbar von diesen Tendenzen betroffen sind. Diese Siedlungen erneuern sich von „innen“, d. h. die Kinder der Eltern übernehmen mit eigener Familie das Elternhaus.<sup>26</sup>

In welcher Form sich der demografische Wandel auf Einfamilienhaussiedlungen niederschlägt, ist abhängig von verschiedenen Faktoren(bündeln). Die demografischen Entwicklungen werden gewissermaßen durch spezifische lokale Faktoren „gefiltert“. Die „(Haupt)Filter“ der hier vorgestellten Typen sind einerseits die Erweiterbarkeit der Wohnfläche und andererseits das Wohnumfeld.

In der MSA-Siedlung wurde deutlich, dass von der Wohnfläche des Gebäudes Auswirkungen auf seine Bewohner ausgehen. Die geringen Wohnflächen und eingeschränkten Möglichkeiten ihrer Erweiterung führten dazu, dass nicht Familien mit mehreren Kindern in die Siedlung ziehen, sondern demgegenüber oftmals der Zuzug älterer, kinderloser Ehepaare zu beobachten war. In der Alten Kolonie Eving hat das Wohnsuchverhalten von Haushalten gezeigt, dass die Umgebung oder das Wohnumfeld, in welches die Siedlung eingebettet ist, einen wichtigen Einfluss auf ihren Entwicklungspfad hat. Die Lage der Siedlung in einem türkisch geprägten Umfeld hat zur Folge, dass diese Gruppe auch verstärkt Eigentum in der Siedlung nachfragt. Diese Tatsache wird dadurch verstärkt, dass die Eigenheime hier relativ preisgünstig sind und damit für die Bewohner ein adäquates Angebot darstellen. Obwohl die Gebäude durch einen Wertverfall gekennzeichnet sind, ist für die neue Bewohnergruppe mit dem Bezug eine Verbesserung ihrer Wohnsituation verbunden. Wie hieran zu erkennen ist, sind es also nicht unbedingt einzelne Faktoren, die einen Entwicklungspfad vorgeben, vielmehr wird dieser erst in bestimmten Kombinationen ausgelöst, d. h. bestimmte Faktorenbündel sind für die Siedlungskarrieren verantwortlich.

Grundsätzlich kann mit den beiden Typen festgestellt werden, dass das tradierte und idealisierte Leitbild vom kleinfamilialen Wohnen im Einfamilienhaus ausgedient hat. Im Einfamilienhaus wohnt nicht mehr ausschließlich die klassische „Wüstenrotfamilie“. Vielmehr öffnet es sich für andere Lebensformen.

Die beschriebenen Veränderungen im Zuge eines Generationswechsels werden in Zukunft an Aktualität und Stärke gewinnen. Wie die statistische Auswertung gezeigt hat, werden auch die Siedlungen der 1960er Jahre in naher Zukunft vor einem

26 Vgl. Typ „Klassiker“, *N. de Temple*, Einfamilienhaussiedlungen im Wandel, Berlin 2005, S. 141 ff.

Bewohnerwechsel stehen. Wohnungsbestände, die über lange Zeit demografisch „blockiert“ waren, werden in den nächsten Jahren freigesetzt. Hierbei handelt es sich um große Bestände, wie die hohen Fertigstellungsquoten der 1960er und 70er Jahre anzeigen (Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser am Wohnungsneubau insgesamt durchschnittlich ca. 50 %, Ende 1970er: 91 %<sup>27</sup>). Sie sind in der Regel im ersten Ring der Wohnsuburbanisierung zu verorten.

Es ist weiterhin davon auszugehen, dass parallel zu diesem Prozess die Nachfrage nach Einfamilienhäusern abnehmen wird, denn derzeit befinden sich die Jahrgänge der Babyboomgeneration in der Lebensphase, in der Eigentum gebildet wird. Kommen nun die geburtenschwachen Jahrgänge des Pillenknicks in diese Phase, ist davon auszugehen, dass die Nachfrage zunehmend ausbleibt. Nimmt die Gruppe der Hauptnachfrager bei steigendem Angebot ab, führt dies vermutlich zu einem Preisverfall. Infolgedessen wird das Einfamilienhaus auch für andere Personen oder Haushaltstypen erschwinglich, was wiederum zu einer sich weiter ausdifferenzierenden Nachfrage führt. In diesem Zusammenhang ist anzunehmen, dass sich weitere Typen des Wandels herausbilden (z. B. neue Haushaltstypen wie Wohngemeinschaften in Beständen mit größeren Wohnflächen oder Singles in entsprechenden Beständen mit geringeren Flächen). Zahlreiche Gespräche mit Eigentümern in verschiedenen Städten Westdeutschlands lassen darauf schließen, dass sich der Typ „Zuzug ausländischer Familien“ zunehmend verbreitet. Präzise Angaben über die soziostrukturellen Merkmale der eigentumsbildenden Migranten, ihre Wohnbedingungen und Wohnbiographien sind aber bis dato nur ansatzweise bekannt.

Denkbar ist auch, dass Einfamilienhäuser in schlechteren Lagen und mit nachteiligen Ausstattungsmerkmalen punktuellen Leerstand aufweisen könnten. Bedingt durch den hohen Stellenwert des Einfamilienhauses in der Wohnwunschkonzeption der Bevölkerung sind strukturelle Leerstände aber nicht zu erwarten. Vor dem Hintergrund der Filtering-Theorie des Wohnungsmarktes und der Umzugsketten könnte es jedoch durch das Nachrücken von einkommensschwachen Personen in die erschwinglich gewordenen Einfamilienhausbestände zu Leerständen in anderen Wohnungsmarksegmenten kommen. Genaue Prognosen über Größenordnungen dieser Bestandsfreisetzungen in Abgleich mit den meist immer noch hohen Fertigstellungsniveaus der Städte liegen bislang nur unzureichend vor.<sup>28</sup> Die Abschätzung der Nachfrage ist aber auch vor dem Hintergrund ökologischer Gesichtspunkte äußerst wichtig, da die stetige Ausweisung neuer Bauflächen für Einfamilienhäuser immer noch einer der Motoren für den fortschreitenden Flächenverbrauch ist. Die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung sieht eine Reduzierung des täglichen Flächenverbrauchs von derzeit

27 C. Simon, Suburbane Wohngebiete. Konzepte zur städtebaulichen Qualifizierung des Ein- und Zweifamilienhauses in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1999, Stuttgart 2001, S. 68.

28 A. Arend / M. Franz, Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf den Familienhausmarkt, Diplomarbeit Universität Dortmund 2003.

130 ha am Tag auf 30 ha im Jahr 2020 vor. Zur Erreichung dieses Ziels ist also auch vor diesem Hintergrund eine Bestandspflege wichtig und notwendig.

Bislang erfordert der Generationswechsel in Einfamilienhaussiedlungen keinen stadtpolitischen Handlungsbedarf. Aufgrund der zunehmenden frei gesetzten Bestände und dem parallelen Absinken der Nachfrage ist eine weitere intensive Beobachtung des Generationswechsels dennoch geboten. In Dortmund ist dies mit den kleinräumigen Indikatorgebieten der kommunalen Wohnungsmarktbeobachtung schon ansatzweise in die Praxis umgesetzt worden.<sup>29</sup> Für die Wohnungspolitik ist es unabdingbar, die sich stetig ausdifferenzierende Nachfrage zu beobachten, um gegebenenfalls zeitnah steuernd eingreifen zu können.

29 V. *Kreibich*, Indikatorgebiete für die kleinräumige Wohnungsmarktbeobachtung in Dortmund. Ein Werkstattbericht, Überarbeitete Fassung eines Vortrags ([www.raumplanung.uni-dortmund.de...](http://www.raumplanung.uni-dortmund.de...), 10.01.2004).

Oliver Schöller

## Zur Politik des westdeutschen Großsiedlungsbaus

### *Das Beispiel Ratingen-West*

Die Großsiedlungen der 1960er/70er Jahre wurden zum Menetekel des modernen Städtebaus. Anfangs als Wohnstätten eines neuen Menschen emphatisch begrüßt, war schon bald vom Elend der Städte die Rede, in dem sich die großen Irrtümer der Stadtplanung manifestierten.<sup>1</sup> Indem die Großsiedlungen bis heute eindrücklich demonstrieren, wie man es nicht machen soll, dienen sie auch noch in den aktuellen Städtebaudebatten als negative Referenzfolie. Zum einen grenzt man sich seit den 1990er Jahren bei der Errichtung neuer Stadtteile explizit von den Großsiedlungen der 1960er/70er Jahre ab und behauptet, aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt zu haben.<sup>2</sup> Zum anderen engagiert sich weltweit die Elite der internationalen Architektenschaft in den sich dynamisch entwickelnden Schwellenländern, wie etwa China, bei Stadtneugründungen, welche die Ausmaße der westdeutschen Großsiedlungen bei weitem übersteigen.<sup>3</sup> Sie stehen in der Tradition eines von einzelnen Persönlichkeiten betriebenen utopischen Städtebaus, deren ambivalenten Charakter Gerd de Bruyn als „Diktatur der Philanthropen“ bezeichnet hat.<sup>4</sup> Angesprochen auf die problematischen Erfahrungen mit dem monumentalen Städtebau der 1960er/70er Jahre, nehmen auch die neuen „Stadtbaumeister“ für sich in Anspruch, aus diesen Erfahrungen gelernt zu haben.<sup>5</sup>

Die richtigen Konsequenzen aus dem westdeutschen Großsiedlungsbau der 1960er/70er Jahre für aktuelle städtebauliche Planungen zu ziehen, setzt voraus, dass die Ursachen der damaligen Fehlentwicklung bekannt sind. Dabei werden bis heute vor allem zwei Erklärungsmuster angeboten:<sup>6</sup>

- 1 Vgl. *M. Ragon*, Die großen Irrtümer. Vom Elend der Städte, München 1972.
- 2 Vgl. *J. Brech*, Aspekte der Planung von Stadterweiterungen. Vom Ereignis zum alltäglichen Stadtbau, in: Dokumente und Informationen zur Schweizerischen Orts-, Regional- und Landesplanung 122 (1995), S. 53-59.
- 3 Vgl. Ideale Stadt – Reale Projekte. Von Gerkan/Marg und Partner in China, Ausstellungskatalog, hrsg. v. der Pinakothek der Moderne, Ostfildern 2005.
- 4 *G. de Bruyn*, Die Diktatur der Philanthropen. Entwicklung der Stadtplanung aus dem utopischen Denken, Braunschweig 1996, S. 133-159.
- 5 Vgl. *M. Gerkan*, „Copacabana für China“, Interview mit Meinhard von Gerkan, in: Focus 50 (2005), S. 179-180.
- 6 Vgl. *J. Jessen*, Aus den Großsiedlungen lernen? Das Scheitern eines Modells“, in: Die alte Stadt 16 (1989), S. 568-581.

Erstens wird das damals vorherrschende städtebauliche Leitbild „Urbanität durch Dichte“ als Ausdruck eines weit verbreiteten Zeitgeistes angeführt. Ein übersteigter Fortschrittsglaube und ein daran anschließender Machbarkeitswahn verbanden sich insbesondere in der Stadtplanungszunft zu der Überzeugung, im Rahmen städtebaulicher Großprojekte positiv auf die Entwicklung sozialer Verhältnisse einwirken zu können.

Zweitens wird auf den Einfluss der großen gemeinnützigen Wohnungsbau-Unternehmen verwiesen. Ihre wirtschaftlichen Interessen hätten sich weitgehend unkontrolliert im Großsiedlungsbau niedergeschlagen.

Dass sich Zeitgeist und wirtschaftliche Ziele gut miteinander verbinden ließen, stellte seinerzeit schon Friedrich Spengelin fest, wobei es zunächst nicht einmal Architekten- und Stadtplanerzunft gewesen sei, die sich besondere Hoffnungen auf eine „Gesellschaft durch Dichte“ gemacht hätten:

„Es waren Soziologen, die in der Gliederung der Stadt in möglichst autonome Nachbarschaften eine im Wesentlichen ideologisch begründete Theorie erkannten, der die Praxis zuwiderlief. Es waren Verkehrsexperten, die auf die Notwendigkeit konzentrierter Agglomerationen als Voraussetzung für einen rentablen Einsatz der Nahverkehrsmittel (die hierdurch gleichzeitig attraktiv werden können) hinwiesen und damit eine Alternative zu dem nicht mehr zu beherrschenden Individualverkehr aufzeigten. Es waren Pädagogen und die für das kulturelle Leben Verantwortlichen, die nachwiesen, dass nicht nur die Anzahl der Einwohner Schwellenwerte übersteigen muss, um die ökonomische Voraussetzung für die Errichtung und den Unterhalt von Bildungsstätten verschiedenen Grades und für das Entstehen kultureller Betätigung zu geben, sondern dass diese Einwohner auch innerhalb eng gezogener Grenzen leben müssen. Es waren Kaufhauskonzerne ebenso wie die Vertreter und Organisationen des Einzelhandels, die auf die Relation zwischen dem Einzugsbereich der Läden und Einkaufszentren und einem rentablen Umsatz hinwiesen. (Beobachtungen an ausgeführten Beispielen bewiesen den Zug zur Konzentration.) Und nicht zuletzt natürlich, im Wesentlichen von der Ökonomie eigener Interessen bestimmt – wer sollte es leugnen? –, waren es Haus- und Grundbesitzer – private genauso wie mehr oder weniger öffentliche –, die die größtmögliche Rendite für ihre Liegenschaften durch eine möglichst große Baumasse anstrebten.“<sup>7</sup>

Neben der *ideologischen* Definitionsmacht eines durch den Zeitgeist geprägten städtebaulichen Leitbildes und den *ökonomischen* Imperativen gemeinnütziger Wohnungsbauunternehmen stellten die lokalen *politischen* Verhältnisse eine weitere, bis heute allerdings vernachlässigte, Einflussgröße beim Bau der westdeutschen Großsied-

7 Vgl. F. Spengelin, „Die Befreiung der Zukunft aus der Gegenwart. Der Wettbewerb als Medium der Progression“, in: *Neue Heimat/BDA*, Das Leben in der Siedlung. Die Kommunikationsbereiche. Dargestellt am Beispiel Ratingen-West, gemeinsamer Ideenwettbewerb der Neuen Heimat und des Bundes Deutscher Architekten (BDA), Hamburg/Bonn 1967, S. 32.

lungen dar. Ihnen gilt in diesem Aufsatz die besondere Aufmerksamkeit. Dabei wird die These vertreten, dass durch die Vernachlässigung der politischen Bedingungen des westdeutschen Großsiedlungsbaus der 1960er/70er Jahre, sich die Lehren aus den Fehlentwicklungen auf eine Korrektur des Leitbildes sowie der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen beschränken. Damit lassen aber auch aktuelle städtebauliche Ansätze, indem sie die politischen Rahmenbedingungen städtebaulicher Planungsprozesse weitgehend ignorieren, das Kernproblem des Großsiedlungsbaus unberücksichtigt und neigen dementsprechend dazu, dieselben Fehler zu wiederholen. Denn neben dem städtebaulichen Leitbild „Urbanität durch Dichte“, dessen Prägekraft schon deshalb relativiert werden muss, da es schon seinerzeit heftig umstritten war,<sup>8</sup> wie auch den ökonomischen Zwängen, denen große Wohnungsbauunternehmen unterworfen waren, die aber ebenfalls die stark verdichteten Siedlungsstrukturen nicht hinreichend erklären können,<sup>9</sup> liefert die Analyse der lokalen politischen Verhältnisse wichtige zusätzliche Hinweise für ein besseres Verständnis des städtebaulichen Phänomens der westdeutschen Großsiedlungen, die zukünftig auch in den aktuellen Debatten eine stärkere Berücksichtigung finden sollten.

### *1. Westdeutscher und ostdeutscher Großsiedlungsbau oder die Blockstruktur*

Einen ersten Anhaltspunkt für die Bedeutung der politischen Rahmenbedingungen beim Städtebau im Allgemeinen und den westdeutschen Großsiedlungsbau der 1960er/70er Jahre im Besonderen, liefert der Vergleich mit dem Großsiedlungsbau der DDR. Dabei fallen zunächst die quantitativen Unterschiede ins Auge. Den 95 westdeutschen Wohngebieten mit 2.500 und mehr Wohnungen stehen 144 in den ostdeutschen Bundesländern gegenüber. Die Bedeutung der Großsiedlungen für die Wohnungsversorgung macht die Diskrepanz noch deutlicher. Während im Osten nahezu ein Viertel der Bevölkerung in Großsiedlungen leben, sind es im Westen knapp zwei Prozent.

Dass sich die industrielle Fertigungsweise im Wohnungsbau der DDR soweit verallgemeinern konnte, während sie in der BRD im Bereich des Großsiedlungsbaus weit dahinter zurück blieb, erklärt die Stadtsoziologin Christine Hannemann insbesondere aus den politischen Verhältnissen eines diktatorischen Herrschaftsregimes.<sup>10</sup> Erst durch die absolute, uneingeschränkte und aktive politische Unterstützung der industriellen Massenfertigung im Wohnungsbau konnte sich diese Produktionsweise gesamtgesellschaftlich auch gegen Widerstände durchsetzen. Insbesondere durch die

8 Vgl. O. Schöller, Urbanität durch Dichte – ein umkämpftes Konzept. Dargestellt am Beispiel des Großsiedlungsbaus der Neuen Heimat, in: *Die alte Stadt* 28 (2001), S. 111-129.

9 Vgl. W. Tessin, Die Entstehungsbedingungen der Großsiedlungen, in: U. Herlyn / A. v. Saldern / W. Tessin, *Neubausiedlungen der 20er und 60er Jahre. Ein historisch soziologischer Vergleich*, Frankfurt/New York 1987.

10 Vgl. Ch. Hannemann, *Die Platte. Industrialisierter Wohnungsbau in der DDR*, Berlin 2005.

von staatlicher Seite systematisch betriebene Verdrängung der traditionellen Bauweise bis hin zur Abschaffung entsprechender Ausbildungsgänge wurden die institutionellen und organisatorischen Bedingungen für die freie Entfaltung der Plattenbauproduktion geschaffen.

Für Westdeutschland hat der Ingenieur und Sozialwissenschaftler Otto Ulrich die Eigendynamik von Großtechnologien am Beispiel des industriellen Wohnungsbaus herausgearbeitet.<sup>11</sup> Europas damals größten Wohnungsbauträger, den deutschen Gewerkschaftskonzern „Neue Heimat“, beschreibt Ulrich als typisches Beispiel für einen systemischen Zusammenhang, den er als „Blockstruktur“ bezeichnet. Die Neue Heimat bildete einen mit einem massiven Reizschutzpanzer ausgestatteten Herrschaftszusammenhang, der sich nach außen deutlich abgrenzte und relativ autark die von ihm selbst formulierten Ziele verfolgte. Diese institutionelle Verfassung eines hierarchisch strukturierten und zentralistisch organisierten Unternehmens ist wiederum Ausdruck seiner inflexiblen Prozesslogik. So muss der Produktionsablauf zur Herstellung abstrakter Normgrößen und Sollzahlen vor störenden Einflüssen geschützt werden, die sich durch die Wahrnehmung abweichender Bedürfnisstrukturen ergeben könnten.

Es ist mithin naheliegend, dass sich derartige Blockstrukturen vor allem dort entfalten können, wo sie mit ihrer undifferenzierten Produktionsweise auf nur geringen Widerstand derjenigen treffen, deren qualitative Bedürfnisse unberücksichtigt bleiben. Das ist immer dort der Fall, wo es nicht gelingt, öffentlich Einspruch zu artikulieren. Insofern stellten die politischen Verhältnisse in der DDR zweifellos ideale Bedingungen für Blockstrukturen dar, mussten sie doch kaum befürchten, durch die Formierung von Gegenöffentlichkeit aus dem Konzept gebracht zu werden.

Umgekehrt erklärt sich über das Konzept der politischen Öffentlichkeit auch die relativ geringe Ausbreitung der Blockstruktur Neue Heimat in einem demokratischen, auf dem Prinzip der freien Marktwirtschaft fußenden Gesellschaftssystem wie der BRD. Die differenzierte Bauwirtschaft ließ sich hier nicht in ein einheitliches Schema pressen und aus dem marktvermittelten Prinzip von Angebot und Nachfrage resultierte eine deutlich vielfältigere Produktpalette.<sup>12</sup> Gleichwohl gelang es der Neuen Heimat, sich auf kommunaler Ebene punktuell zu behaupten. Es ist daher zu erwarten, dass sich die lokalen politischen Verhältnisse dort, wo die Blockstruktur der Neuen Heimat Platz greifen konnten, durch das Fehlen von kritischer Öffentlichkeit auszeichnen. Derart vermachtete Strukturen etablierten sich zumeist über die ideologische Wahlverwandtschaft der fordistischen Massenproduktion im sozialen Wohnungsbau mit

11 Vgl. O. Ulrich, *Technik und Herrschaft. Vom Handwerk zur verdinglichten Blockstruktur*, Frankfurt M. 1988.

12 Dennoch übte die Wohnungsbaugesellschaft Neue Heimat als dominierende Nachfragerin auf dem bundesdeutschen Wohnungsmarkt bedeutenden Einfluss aus. Viele Zulieferunternehmen richteten ihre Produktion auf die massenhafte Nachfrage weniger Bautypen aus, wodurch es auch in einigen Marktsegmenten Westdeutschlands zu einer deutlichen Reduktion der Typenvielfalt in der Wohnungsbauproduktion kam.

den sozialpolitischen Zielen der SPD, die auf diese Weise den breiten Schichten der Bevölkerung zu Wohnraum verhelfen wollte und einer komfortablen politischen Mehrheit in den entsprechenden Gremien, womit Widerspruch von vornherein ausgeschlossen wurde.

## 2. Die Lokalstudie oder warum Ratingen-West?<sup>13</sup>

Entgegen der nach wie vor weit verbreiteten Überzeugung, die negativen Folgen des Großsiedlungsbaus der 1960er/70er Jahre wären nicht absehbar gewesen, weshalb alle Beteiligten dem schmerzhaften Erfahrungsprozess erst nachträglich klüger erwachsen seien, zeigt sich im historischen Rückblick seit Anfang der 1960er Jahre ein ausgeprägtes Problembewusstsein. Dieses speiste sich aus den Erfahrungen mit den Großsiedlungen der 1950er Jahre, die zwar einem anderen Leitbild gefolgt waren („Die gegliederte und aufgelockerte Stadt“), gleichwohl aber in den wesentlichen Aspekten schon den Siedlungsbau der 1960er/70er Jahre vorwegnahmen. Die zeitgenössischen Kritiker des modernen Städtebaus, wie Alexander Mitscherlich, Wolf Jobst Siedler und Hans Paul Bahrtdt, hatten auch die monotonen Satellitenstädte, die, jede Urbanität entbehrend, auf der grünen Wiese vor den Toren der Altstädte errichtet wurden, vor Augen.<sup>14</sup>

Die Neue Heimat sah sich zunehmend öffentlicher Kritik ausgesetzt. Neben den Einwänden von einzelnen Intellektuellen wandte sich insbesondere der Bund Deutscher Architekten (BDA) gegen die einseitige Dominanz des Konzerns speziell im Großsiedlungsbau und forderte eine angemessene Beteiligung seiner eigenen Klientel. Daraufhin entschied sich die Neue Heimat Mitte der 1960er Jahre gemeinsam mit dem BDA einen bundesweiten Architekturwettbewerb auszurichten.<sup>15</sup> Am Beispiel der damals gerade in Planung befindlichen Großsiedlung Ratingen-West bei Düsseldorf sollte zum ersten Mal der praktische Versuch unternommen werden, auf der Grundlage der Kritik an den bisherigen Großsiedlungen neue Konzepte für eine menschenfreundliche Stadtarchitektur zu entwickeln.

Gegenüber den im Rahmen des Wettbewerbs formulierten weitreichenden städtebaulichen Zielen, wurde jedoch auch mit Ratingen-West erneut eine konventionelle Satellitenstadt errichtet. Insofern bietet es sich an, in dem historisch einmaligen Fall

13 Im Folgenden wird nur die wichtigste Sekundärliteratur angegeben, die archivierten Primärquellen hingegen sind ausgewiesen in: *O. Schöller*, Die Blockstruktur. Eine qualitative Untersuchung zur politischen Ökonomie des westdeutschen Großsiedlungsbaus, Berlin 2005.

14 Vgl. *H. P. Bahrtdt*, Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau, Reinbek bei Hamburg 1961; *W.J. Siedler / E. Niggemeyer*, Die gemordete Stadt. Abgesang auf Putte und Straße, Platz und Baum, Berlin 1964; *A. Mitscherlich*, Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt a.M. 1965.

15 Vgl. *Bauwelt* 9 (1966).

der Großsiedlung Ratingen-West, wo sich Anspruch und Wirklichkeit kaum gegensätzlicher gegenüber stehen könnten, nach den Gründen dafür zu forschen.

### 3. Der Planungsprozess

Um den sozialen Bedürfnissen der späteren Bewohnern gerecht zu werden, wurden im Rahmen des Architekturwettbewerbs bekannte Soziologen eingeladen, sich an den konzeptionellen Vorüberlegungen zu beteiligen. Einen maßgeblichen Einfluss auf den Planungsprozess der Großsiedlung Ratingen-West hatte dabei der Göttinger Stadtsoziologe Martin Schwonke.<sup>16</sup> Im Rahmen des Ideenwettbewerbs umreißt er aus soziologischer Sicht die wesentlichen Aufgaben, die sich bei dem Bau einer Großsiedlung wie Ratingen-West ergeben. Etwa zur selben Zeit hatte Schwonke zusammen mit Ulfert Herlyn an einer Studie zu Wolfsburg gearbeitet, in der er die Stadt als soziologische Kategorie genauer definiert und herausarbeitet, welche Rolle die Stadtsoziologie im Prozess der Stadtplanung einnehmen sollte.<sup>17</sup>

Schwonke zufolge handelt es sich bei der Stadt, indem sie dem Zusammenleben einer Gruppierung von Menschen dient, primär um ein soziales Gebilde. Darüber hinaus besitze die Stadt freilich auch künstlerische, verkehrstechnische, wirtschaftliche oder geographische Aspekte, die laut Schwonke allerdings nur partieller und abgeleiteter Art seien. Daraus folgerte er, dass die jeweiligen Teilaspekte niemals den städteplanerischen Prozess dominieren dürften. Vielmehr bestehe die wesentliche Aufgabe der Stadtplanung zunächst darin, sich nach den sozialen Bedürfnissen der Bewohnerschaft einer Stadt zu richten. Ebenso wie man bei der Konstruktion gewerblicher Bauten ganz selbstverständlich nach funktionellen Gesichtspunkten der Produktion verfährt, so solle in Zukunft beim Wohnungsbau die soziale Funktion der Bedürfnisbefriedigung im Zentrum städtebaulicher Überlegungen stehen. Sowohl ästhetisch-architektonische wie auch verkehrs- und verwaltungstechnische, wirtschaftliche oder geographische Überlegungen haben sich ihrem nachgeordneten Charakter entsprechend diesem Prinzip unterzuordnen. So ist es z.B. dem Architekten erst dann erlaubt, individuellen künstlerischen Gesichtspunkten nachzugehen, „wenn vorab den sozialen Funktionen der jeweiligen Bauwerke Rechnung getragen ist bzw. wenn künstlerische Gestaltung selbst eine soziale Funktion erfüllt.“<sup>18</sup> Im Gegensatz zu Zeiten, in denen Herrscher durch Gottes Gnaden mit ihren teilweise sehr eigenen architektonischen Vorstellungen

16 Martin Schwonke war zusammen mit der Soziologin Elisabeth Pfeil Preisrichter beim Architekturwettbewerb Ratingen. Eine weitere Arbeitsgruppe von Soziologen, die einen Hypothesenkatalog zur Beurteilung der Architektur-Entwürfe erstellten, wurde von Norbert Schmidt-Relenberg geleitet. Insgesamt waren die SoziologInnen mit 10% der Stimmen vertreten.

17 Vgl. *M. Schwonke / U. Herlyn*, Wolfsburg. Soziologische Analyse einer jungen Industriestadt, Stuttgart 1967.

18 Ebd., S. 4.

den Städtebau bestimmten, sei der Bauherr der Moderne kein absoluter Fürst mehr mit einem dem künstlerischen Absolutheitsanspruch verwandten Selbstverständnis. Der heutige Bauherr, so Schwonke abschließend, sei formal die Gesellschaft, repräsentiert durch die gewählten kommunalen Parlamente. In seinem Beitrag für den Architekturwettbewerb zu Ratingen-West formulierte Schwonke entsprechend diesem städteplanerischen Selbstverständnis die Stadt-Vorstellung für den neuen Ratinger Stadtteil.<sup>19</sup>

Das Hauptaugenmerk des Ideenwettbewerbes Ratingen-West richtete sich daher nicht – wie man es bei einem normalen Architekturwettbewerb hätte erwarten können – auf städtebauliche Originalität und daraus resultierende architektonisch-ästhetische Faszination, sondern auf die Förderung bzw. Schaffung sozialer Partizipationsmöglichkeiten. Unter stadtplanerischen Gesichtspunkten verfolgte man mit dem Stichwort „Kommunikationsbereiche“ die Schaffung öffentlicher Räume, in denen fremde Menschen die Möglichkeit erhalten sollten, den distanzierten Umgang miteinander einzuüben, welcher erst den für ein Sozialgefüge als notwendig erachteten „community spirit“ (Mitscherlich) ermöglicht. „Es ist die Frage zu beantworten, in welcher Form und in welchem Umfang architektonisch-städtebauliche Maßnahmen zur Lösung dieses Problems, nämlich der Ermöglichung von Kommunikation, beitragen können.“<sup>20</sup>

Neben dem Leben in der Siedlung mit den anvisierten Kommunikationsräumen war das zweite große Wettbewerbsthema die Verknüpfung des neuen Stadtteils mit der Ratinger Altstadt. Schon in der Ausschreibung der Stadt zu dem Architekturwettbewerb wurde das Problem der Anbindung des neuen Stadtteils an das alte Stadtzentrum besonders hervorgehoben: „In der Verbindungszone zwischen künftigem Bahnhof und dem Scheifenkamp soll ein Baugebiet nach den bisherigen Vorstellungen vorgesehen werden, das neben der geplanten Fußgängerverbindung im Grünstreifen, neben Radwegen und Straßenverbindungen, durch die dort projektierte Bausubstanz (z.B. Hotels, Verwaltungsbauten, Ausstellungsbauten, kleinere Gewerbebauten mit Publikumskontakt usw.) eine lebendige Verbindung zwischen Alt-Ratingen und dem Siedlungsgebiet westlich des Scheifenkamps bilden soll.“<sup>21</sup>

Fasst man die im Vorfeld des Baubeginns von Ratingen-West durchgeführten stadtplanerischen Überlegungen zusammen, dann lassen sich zwei konzeptionelle Ansätze unterscheiden. Zum einen bestand die Vorstellung von der neuen Großsiedlung als einem eigenständigen sozialen System. Zum anderen gab es die sich daran anschließende, das soziale System der Großsiedlung überschreitende Perspektive, welche sich mit dem Verhältnis von Subzentrum und Hauptzentrum beschäftigte. Dieser Ansatz verfolgte das Ziel, eine Anbindung des neuen Stadtteils an den Alt-

19 Vgl. M. Schwonke, Chance, Schema, Spielraum. Die Wirksamkeit städtebaulicher Maßnahmen für die Kommunikation in der Gemeinde, in: *Neue Heimat/BDA* (s. A 7), S. 46-57.

20 Ebda., S. 46.

21 *Neue Heimat/BDA* (s. A 7), S. 63.

stadtbereich zu gewährleisten, um somit von vornherein eine Entkopplung der auf freiem Feld entstehenden Siedlung von der sie umgebenden städtebaulichen und sozialen Umwelt zu verhindern. Denn darin waren sich damals alle Beteiligten einig: der Architekturwettbewerb sollte dazu beitragen, der Entstehung einer Trabantenstadt entgegenzuwirken.<sup>22</sup>

#### 4. Der Realisierungsprozess

Während der Architekturwettbewerb, an dem sich rund 200 Architektinnen und Architekten mit 132 eingereichten Arbeiten beteiligt hatten, große Aufmerksamkeit erzeugte und die Planung des neuen Stadtteils öffentlich diskutiert wurde, verlief demgegenüber der Realisierungsprozess in einem lokalen Arkanum informeller Entscheidungsfindung. In Anbetracht einer immer noch drückenden Wohnungsnot und zum Teil katastrophalen Wohnverhältnissen ging es den Beteiligten vor Ort in erster Linie darum, möglichst schnell zu bauen. Städteplanerische Vorüberlegungen oder gar sich daran anschließende Diskussionen wurden sowohl von der Stadt Ratingen und der Neuen Heimat als auch von großen Teilen der unter der Wohnungsnot leidenden Ratinger Bevölkerung primär als Verzögerung des Baubeginns wahrgenommen. Wie schon gezeigt wurde, lag es vor allem an dem gesellschaftlichen Protest gegen die Neue Heimat, dass überhaupt ein Wettbewerb durchgeführt wurde. Der Wohnungsbaukonzern bezweckte auf diese Weise, seinen guten Willen zu demonstrieren und sich in der bundesweiten Öffentlichkeit positiv darzustellen. An der gesellschaftlichen Stimmungslage auf kommunaler Ebene hatte sich durch den Wettbewerb gleichwohl kaum etwas geändert. Die Rheinische Post fasste diese im April 1966 wohl richtig zusammen, wenn sie bezüglich des Architekturwettbewerbs schrieb: „So wichtig die Kommunikationsbereiche für das Leben in einem neuen Stadtteil sind, möchten die Ratinger Wohnungssuchenden doch vordringlich wissen, wann die ersten Möbelwagen in das Neubaugebiet Eckamp einfahren können.“

Wirkte der Wettbewerb somit auf alle Beteiligten vor Ort gleichermaßen störend, hatten doch die drei erwähnten Parteien – Stadt Ratingen, Neue Heimat, Bevölkerung – jeweils spezifische Gründe für ihre ablehnende Haltung gegenüber zeitraubenden städtebaulichen Planungen. So hatte die Stadt Ratingen von der benachbarten Stadt Düsseldorf den Baugrund erworben. Ihr musste es im Folgenden darum gehen, in denkbar kurzer Zeit die dringend notwendige Wohnbebauung zu beginnen, um einem möglichen Rückzieher der Landesregierung zuvorzukommen. Die Ratinger Stadtverwaltung forcierte somit den Baubeginn, um die Zusage für die finanzielle

22 „Dieser Wettbewerb will als Modellfall Lösungsmöglichkeiten finden, dass sich nicht, wie man es in den letzten Jahren häufig erleben konnte, in neuen Städten und Großsiedlungen ein eigenes Leben nur schwer oder gar nicht entwickelt“ (Düsseldorfer Nachrichten, 30.04.1966).

Unterstützung des Landes zu sichern. Hatte man erst einmal mit dem Großteil der geplanten Bebauung begonnen, so die strategische Überlegung, dann war es der Landesregierung nur noch schwer möglich, sich gegen die Finanzierung zu sperren. Schließlich entdeckten die Stadtvertreter schon bald den Charme der Altstadt wieder und planten von da an alle zentralen öffentlichen Einrichtungen, die damals neu gebaut wurden (Rathaus, Stadthalle, Schwimmbad, Museum, Kino), im Bereich der Altstadt zu errichten und nicht in der Verbindungszone oder gar dem neuen Stadtteil. Damit richteten sich die Pläne der Stadt Ratingen freilich gegen den ersten der beiden zentralen Wettbewerbsgedanken, ein Leben in der Siedlung zu ermöglichen, das über die reine Wohnfunktion hinaus reicht.

Demgegenüber war die Neue Heimat vor allem darum bemüht, ihre führende Rolle bei der Konzeption und Realisierung von Ratingen-West zu festigen. War das Unternehmen zwar zunächst durch den Druck der Öffentlichkeit dazu gezwungen, mit der Ausschreibung des Architektur-Wettbewerbs andere Architekten zu beteiligen, so blieb ihr diese Arbeitsweise gleichwohl fremd. Einem hierarchisch strukturierten und zentralistisch gesteuerten Großunternehmen wie der Neuen Heimat fehlte die nötige Beweglichkeit, um angemessen auf die Ideenvielfalt des Architektur-Wettbewerbs zu reagieren. Hier macht sich die von Otto Ulrich analysierte Eigendynamik von Großtechnologien bemerkbar, die sich innerhalb einer Blockstruktur wie der Neuen Heimat vollzieht. Die Funktionsweise ist durch einen einfachen Input-Output-Mechanismus gekennzeichnet, innerhalb dessen abstrakte Flussgrößen produziert werden. „Die Prozesslogik auf der Makro-Ebene ist systemnotwendig blind gegenüber den differenzierteren Strukturen der Gebrauchswerte, qualitative Bedürfnisse der Menschen erfahren nur eine Realisierung, wenn sie sich in die Prozesslogik der abstrakten Flussgrößen fügen. Und so, wie positive qualitative Bedürfnisse nur ein Abfallprodukt dieser abstraktifizierenden Produktionsweise ist, werden auch negative Abfallprodukte so lange nicht ausgegelt, solange sich diese nicht empfindlich auf die Input/Output-Relation der abstrakten Flussgrößen auswirkt.“<sup>23</sup>

Dementsprechend wirkte die konzeptionelle Abweichung von der industriellen Fertigungsnorm, wie sie mit dem Wettbewerb ja gerade angestrebt wurde, auf den unflexiblen bürokratischen Riesen irritierend; sie war der Neuen Heimat vor allem lästig. Als einem Unternehmen, das sich im Wohnungsbau auf die industrielle Massenfertigung (*economies of scale*) spezialisiert hatte, musste es der Neuen Heimat unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten darum gehen, möglichst große Bauprojekte an sich zu ziehen. Die Neue Heimat war daher im Fall Ratingen zunächst darauf bedacht, wie es der Niederschrift einer Besprechung mit den Ratinger Stadtvertretern zu entnehmen ist, „das gesamte [Bau]Gelände im Griff zu behalten“. Denn das Wohnungsbauunternehmen war aus Kostengründen darauf angewiesen, seine industrielle Massenfertigung auszulasten, indem es sich den größten Teil der Bebauung von Ratingen-West

23 O. Ulrich (s. A 8), S. 253.

sicherte. Zeit spielte auch bei der Neuen Heimat insofern eine wichtige Rolle, als der einmal geplante Sollbestand an Wohnungseinheiten möglichst schnell produziert und aufgebaut werden musste, um etwaigen Zahlungsfriktionen zuvorzukommen. Befürchtete die Stadt Ratingen den Eingriff der Landesregierung, z.B. in Form einer Änderung des Flächennutzungsplans, so musste die Neue Heimat damit rechnen, dass die Ratinger Stadtverwaltung den Bebauungsplan in dem Moment ändert, wo sie zu der Überzeugung gelangt, das Projekt Ratingen-West übersteige ihren Haushaltset oder entspreche aus anderen Gründen nicht mehr ihren Vorstellungen. Der Neuen Heimat ging es somit auch darum, Einwände gegen die Bebauung während der Bauphase nach Möglichkeit auszuschließen, indem sie die Reaktionszeit durch eine forcierte Bebauung verkürzte. Das, was einmal stand, konnte nicht mehr wegdiskutiert werden. Schließlich, wiederum aus Kostengründen, vertrug sich eine auf wenige Arrangements mit normierten Betonprodukten gefertigte industrielle Massenproduktion nicht mit kreativen, individuellen, architektonischen und städteplanerischen Ideen, wie sie im Architekturwettbewerb formuliert wurden. Aus der Sicht der Neuen Heimat gab es also gleich mehrere Gründe dafür, kein Interesse an der Verwirklichung ausgefallener Siedlungsprojekte zu haben, wie sie in den Wettbewerbsentwürfen angestrebt wurden.

Des Weiteren strebte die Neue Heimat im Zusammenhang mit der Großsiedlung Ratingen-West den Bau eines überregionalen Einkaufszentrums an. Um eine optimale verkehrliche Anbindung zu erreichen, sollten das Einkaufszentrum und die Großsiedlung an der nahe gelegenen Autobahn errichtet werden. Indem der Standort des neuen Stadtteils damit weiter von der Altstadt weg verlegt wurde, konterkarierten die Pläne der Neuen Heimat auch den zweiten zentralen Wettbewerbsplan einer Anbindung des neuen Stadtteils an den Altstadt kern.

Während mithin der von der Wohnungsnot betroffene Teil der Ratinger Bevölkerung den zügigen Wohnungsbau ohne die Berücksichtigung umständlicher städtebaulicher Vorüberlegungen wünschte, um endlich „ein Dach über dem Kopf zu haben“, dominierten bei den Erwägungen der Stadt Ratingen wie auch bei der Neuen Heimat vor allem merkantile Gründe, die einem Bezug auf städteplanerische Ideen des Architekturwettbewerbs von vornherein Grenzen setzten. Mehr noch, zwischen den Zielen der Stadt Ratingen auf der einen Seite, die sich zunehmend auf die Altstadt richteten und denen der Neuen Heimat, die sich mit ihren Plänen eines Einkaufszentrums immer mehr von der Altstadt entfernten, wurde das Wettbewerbskonzept gleichsam zerrissen.

Dementsprechend verwundert es nicht, dass schon geraume Zeit vor Beendigung des Wettbewerbs mit der Erschließung des ersten Bauabschnitts nach den Plänen der Neuen Heimat und der Stadt Ratingen begonnen worden war.

### 5. Figurationen sozialer Macht – Ratingens Elite

Die Verselbständigung des Realisierungsprozesses gegenüber den ursprünglichen Planungen, soweit dass erneut eine Satellitenstadt mit den bekannten Problemen entstand, erklärt sich nur vor dem Hintergrund eines besonderen lokalen Herrschaftsgefüges, dass sich seit 1964 auf der absoluten Mehrheit der SPD gründete. Von da an wurde die Gemeinde durch eine kleine Zahl von Personen aus Politik und Verwaltung repräsentiert, welche die zentralen Entscheidungen auch gegen zum Teil heftigen Widerstand durchzusetzen vermochten, ohne sich öffentlich legitimieren zu müssen. Entscheidend war hier nicht die Macht von Organisationen, wie etwa im Falle der Neuen Heimat, sondern die spezifische Organisation der Macht. Dabei erklärt sich das Wirken der Rater Elite nicht allein aus der formalen Stellung der einzelnen Akteure im kommunalen Funktionszusammenhang. Vielmehr realisierte sich die Wirkungsmacht über den funktionalen Strukturzusammenhang erst durch eine dynamische Gruppenkonstellation, in der individuelle Fähigkeiten zum Tragen kamen. Die Elite der Rater Entscheidungsträger bildete eine spezifische Figuration sozialer Macht.<sup>24</sup> Sie setzte sich im Kern aus vier Personen zusammen, die an entscheidenden Stellen wirkten. Neben dem Bürgermeister K. und seinem Sohn, der als Landrat tätig war und die Interessen der Stadt auf Kreisebene vertrat, zählte dazu der Freund des Hauses J., der als Bauunternehmer das Siedlungsprojekt im Stadtrat repräsentierte sowie der erste Beigeordnete und spätere Stadtdirektor D.

#### *Der Patriarch – Bürgermeister Peter K. sen.*

Ein wichtiger Entscheidungsträger in der Rater Nachkriegszeit war der Bürgermeister Peter K. sen. (1900-1972). Seine kommunalpolitische Karriere begann in der Weimarer Zeit als aktiver Gewerkschaftssekretär, der innerhalb der Rater SPD zum pragmatischen Flügel zählte. Mit ihm setzte sich nach dem Zweiten Weltkrieg im Vorstand der SPD der an konkreten Alltagsproblemen orientierte Typ des „Machers“ durch. Dies verband sich mit der grundsätzlichen Einstellung der Stadtvertreter in der Nachkriegszeit, die strikt zwischen der ‚großen Politik‘, die ihrer Ansicht nach im Bundestag stattfand, und der ‚Sachpolitik‘ auf kommunaler Ebene unterschieden. Als „Bürgermeister des Volkes“ wirkte K. sen. vor Ort, wobei in der überschaubaren Kleinstadt langjährige persönliche Kontakte und Insiderwissen von Vorteil waren.

Sozialisiert in der Weimarer Zeit, hatte K. sen. noch das traditionelle Verhältnis der Unterordnung der Betriebsräte gegenüber den Gewerkschaften verinnerlicht. In seinem autoritären Habitus des Gewerkschaftssekretärs verbanden sich ein ausgeprägtes soziales Gerechtigkeitsgefühl mit unbedingter Loyalität gegenüber der Gewerkschaftsführung. Seine große Popularität innerhalb der Rater Gemeinde,

24 N. Elias, Menschen in Figurationen. Ein Lesebuch zur Einführung in die Prozess- und Figurationssoziologie, hrsg. v. H.P. Bartels, Opladen 1995, S. 139 ff.

über soziale und politische Grenzen hinweg, speiste sich gerade aus der zwiespältigen Stellung des ‚guten Patriarchen‘.

Auch im Verlauf des Entstehungsprozess der Großsiedlung übte K. sen. maßgeblichen Einfluss aus. Seine uneingeschränkte Unterstützung der gewerkschaftseigenen Wohnungsbaugesellschaft Neue Heimat festigte deren von Anfang an dominante Stellung. Weder wurden neben dem Gewerkschaftskonzern andere Wohnungsbaugesellschaften zugelassen, noch erlaubte K. sen. die Ansiedlung von privaten Einzelhandelsgeschäften, die nicht, wie etwa Coop, den Gewerkschaften gehörten. Erst später, als K. sen. seinen Einfluss aus Altersgründen weitgehend eingebüßt hatte, bemühte sich die Stadt darum, weitere Wohnungsbauunternehmen zu beteiligen.

Der schwindende Einfluss des Bürgermeisters erklärt sich freilich nur zum Teil aus Altersgründen. Wichtiger war ein sich mit Beginn des Siedlungsprojekts vollziehender Generationswechsel. Die Wahl des ersten Beigeordneten 1965 macht dies deutlich. Zur Bewältigung des städtebaulichen Großprojekts suchte die Kleinstadt Ratingen für den Verwaltungsposten des ersten Beigeordneten eine fachkundige Persönlichkeit, die als rechte Hand des Stadtdirektors die anstehenden Verhandlungen mit der Neuen Heimat, der Stadt Düsseldorf und dem Land NRW koordinieren sollte. Der von der Mehrheit favorisierte Alfred D. wurde von Bürgermeister K. sen. aufgrund seiner CDU-Mitgliedschaft abgelehnt. Dem widersprachen jedoch selbst die eigenen Parteigenossen, die offenbar von den Qualitäten des Bewerbers überzeugt waren. Indem Bürgermeister K. in dieser Frage überstimmt wurde, setzte sich erstmals gegenüber der charismatischen Persönlichkeit persönliche Sachkompetenz durch.

#### *Die Graue Eminenz – Erster Beigeordneter Alfred D.*

Alfred D. (\*1936) verkörperte einen neuen Politikertyp. Hatte Peter K. den Rahmen der Gemeinde nur über den schmalen Grad der Gewerkschaftsbeziehungen überschritten, um die Kontakte zur Neuen Heimat herzustellen, kam mit Alfred D. eine Person von außerhalb, die nicht im engen Kontext der Gemeinde befangen war und von Anfang an in Dimensionen dachte, die weit über die lokalen Verhältnisse hinaus reichten. Bei der Realisierung der Großsiedlung Ratingen-West war insbesondere seine juristische Ausbildung gefragt. In dem Maße, wie das Siedlungsprojekt die politischen Verhältnisse der Kommune bestimmte, nahm die Bedeutung seiner Fähigkeiten zu und wuchs sein Einfluss. Eingestellt als die rechte Hand des damaligen Stadtdirektors, galt er schon bald als wichtiger im Hintergrund wirkender Akteur, als graue Eminenz.

D.´s Fähigkeiten beschränkten sich dabei nicht auf juristischen Sachverstand und persönliches Verhandlungsgeschick. Unter seinem Einfluss begann die Stadt Ratingen, sich als Teil einer Region zu begreifen. Von da an ging es nicht mehr darum, die eigenen Interessen gegenüber anderen zu verteidigen, indem man sich, so gut es eben ging, von den Nachbargemeinden abschottete. Die defensive Haltung der Ratinger Gemeinde nach außen kombiniert mit einer bornierten Sicht nach innen war D. fremd. Er trug dazu bei, dass sich die politische Strategie der Gemeinde von der Igel- zur

Expansionstaktik wandelte. D. erkannte zum einen die schon vorhandene Verflechtung der Stadt im regionalen Kontext, die einer isolierten Stadtpolitik schon damals widersprach, welche die Entwicklung der Gemeinde zunehmend behinderte. Darüber hinaus sah er die Notwendigkeit, das wirtschaftliche Wachstum der Ratinger Gemeinde weiter voranzutreiben, um der Stadt eine eigenständige Zukunft zu sichern.

Im Zusammenhang mit dem Großsiedlungsprojekt verfolgte D. systematisch die Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen. Erst die daraus resultierenden Gewerbesteuererinnahmen eröffneten der Gemeinde auch politische Handlungsspielräume, die sie im Rahmen ihrer weiteren Entwicklung nutzen konnte. So war es der Stadt Ratingen möglich, umfangreiche Infrastrukturmaßnahmen einzuleiten und damit ihre administrative Kompetenz zu demonstrieren. Bei der Gemeindestrukturreform Anfang der 1970er Jahre war dies das entscheidende Argument, mit dem die Gemeinde ihre kommunale Unabhängigkeit gegenüber Düsseldorf verteidigen konnte. 1972 wurde D. zum Stadtdirektor gewählt, wobei er sich in besonderem Maße der abschließenden Großsiedlungsbebauung widmete.

#### *Der Vermittler – Landrat Peter K. jun.*

Der Sohn des Ratinger Bürgermeisters, Peter K. jun. (1929–2003) arbeitete als Landdesschlichter, wobei er im Konfliktfall zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite bei der Aushandlung von Kompromissen mitwirkte. Dabei bestach er weniger durch Charisma, wie sein Vater, sondern durch rhetorisches Geschick und dem Vermögen, Menschen für sich einzunehmen.

Die Eigenschaft zum ausgleichenden Verhandlungsgeschick trug K. jun. auch in die Politik. Während der Realisierungsphase der Großsiedlung Ratingen-West wirkte er als Landrat im Landkreis Düsseldorf-Mettmann und war damit Vorsitzender des Kreistages und des Kreisrates. Die besondere Stellung des Landrats ergibt sich aus dem Organisationsgefüge der kommunalen Selbstverwaltung. Als jeweils selbständige Gebietskörperschaften stehen sich Kreis und Gemeinde gleichrangig gegenüber, zwischen ihnen gibt es keine Über- und Unterordnung. Prinzipiell übernimmt der Kreis jene Aufgaben, die von den kreisangehörigen Gemeinden nicht erbracht werden können, weil sie ihre Leistungskraft übersteigen würden. Umgekehrt leisten die Gemeinden der Kreisverwaltung in vieler Hinsicht Amtshilfe. Insofern ist die Zusammenarbeit zwischen dem Kreis und seinen Gemeinden auf Partnerschaft angelegt. Indem K. jun. als Landrat auf Kreisebene die politische Führung innehatte, während zur gleichen Zeit sein Vater in der Funktion des Bürgermeisters den Vorsitz im Ratinger Stadtrat führte, war ein reger partnerschaftlicher Austausch zwischen der Ratinger Gemeinde und dem Landkreis garantiert.

Diese Aufgabe war umso wichtiger, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Ratinger Gemeinde beim Bau der Großsiedlung in entscheidenden Fragen, soweit sie überörtliche Belange tangierten, auf den Landkreis angewiesen war. So konnte der Kreis im Rahmen seiner Ausgleichs- und Ergänzungsfunktion, die jeweils dazu dient,

leistungsschwächere Gemeinden zu unterstützen, der Ratinger Gemeinde finanzielle Mittel zukommen lassen. Die Kreisstadt Ratingen war immer wieder abhängig von der Unterstützung der Kreisorganisation.

Die nach Aussage von K. jun. noch wichtigeren Kontakte resultierten jedoch aus der Funktion der Kreisorganisationen als verbindendem Scharnier zwischen der Landesebene und den Gemeinden. Ein gutes Verhältnis zur Landesebene war immer dann von Bedeutung, wenn kommunale Projekte landesplanerische Belange betrafen. Der Landrat wirkte dabei als Mittler zwischen Staatsverwaltung und kommunaler Selbstverwaltung. Bei einem städtebaulichen Großprojekt wie der Wohnsiedlung Ratingen-West war dies in vielfältiger Weise der Fall. Landrat K. fungierte dabei gleichsam als Sprachrohr der Ratinger Gemeinde zur Landesregierung.

#### *Der Fachmann – Bauunternehmer Alfred J.*

Die Entscheidung für die Großsiedlung Ratingen-West, so wird erzählt, fiel während eines Waldspaziergangs. Dort beauftragte K. sen. den Stadtverordneten Alfred J. (\*1923), den Großsiedlungsbau fachmännisch im Stadtrat zu begleiten. Als gelernter Feuerungs- und Schornsteinbaumeister galt J. als prädestiniert dafür, das Großsiedlungsprojekt im Stadtrat kompetent zu vertreten. Die Wahl J's war freilich nicht allein durch die Frage der Fachkompetenz bestimmt. Ebenso wichtig war zweifellos die langjährige Bekanntschaft mit der Familie K. Ähnlich wie K. sen. war auch der Unternehmer J. mit seiner zupackenden Art der Typ des Machers. Er schildert die Entstehung der Großsiedlung als einen offensiven, dynamischen Prozess, der gegen politischen Widerstand im Stadtrat durchgesetzt werden musste. Dementsprechend wird J. von verschiedener Seite auch als die „treibende Kraft“ des Teams bezeichnet.

Neben seiner aktivierenden Rolle brachte J. vor allem seine Geschäftserfahrungen ein. Seine Firma arbeitete für große Industrieunternehmen, und J. war es daher gewohnt, in finanziellen Dimensionen zu denken, vor denen viele Ratinger Gemeindevertreter zurückschreckten. Er wusste sowohl das Großsiedlungsprojekt wie auch den Wohnungsbaukonzern Neue Heimat wirtschaftlich richtig einzuschätzen. Dass das damals größte europäische Wohnungsbauunternehmen in der Lage war, allein für die äußere und innere Erschließung des Geländes 500 Millionen DM vorzuschießen, war vielen der Kleinstadtvertreter, die zu dieser Zeit mit einem Ratinger Gesamthaushalt von 38 Millionen DM operierten, kaum vorstellbar. Ein städtebauliches Großprojekt dieser Art, das insgesamt voraussichtlich zweieinhalb Milliarden DM verschlingen sollte, erzeugte vielfach Angst.

Dies war ein weiterer Grund dafür, warum sich der Bürgermeister K. sen. mehr und mehr aus dem Geschäft zurückzog. Neben seinem fortgeschrittenen Alter und den ungewohnten neuen Anforderungen an den Kommunalpolitiker als Außenpolitiker, sah er sich insbesondere von den wirtschaftlichen Dimensionen des Siedlungsprojekts überfordert. In die entstehende Lücke rückte J., der mit unternehmerischen Sachverstand das Großsiedlungsprojekt weiter trieb.

## 6. Fazit

Die Abweichung von den mit der Mustersiedlung Ratingen-West ursprünglich verfolgten Plänen erklärt sich erst vor dem Hintergrund eines engen, ausgewählten Kreises lokaler Akteure, deren Mitglieder sich auf eine absolute Ratsmehrheit stützten und daher keine Rücksicht auf politische Gegenstimmen nehmen mussten. Dabei demonstriert der Architekturwettbewerb zunächst ein damals schon weit verbreitetes Problembewusstsein bezüglich des Großsiedlungsbaus und widerspricht damit der Auffassung, bei den Großsiedlungen handele es sich vor allem um ein Zeitgeistphänomen. Vielmehr ist der öffentlich diskutierte Wettbewerb Ausdruck von gesellschaftlicher Gegenmacht, die in undemokratischen Gesellschaftszusammenhängen wie etwa der DDR, nicht existierte. Der Wettbewerb demonstriert darüber hinaus, dass auch die ökonomische Macht von Wohnungsbauunternehmen wie der Neuen Heimat an Grenzen stieß und allenfalls eingeschränkt zur Erklärung des Großsiedlungsbaus beiträgt. Denn in Westdeutschland bestand, wiederum anders als in Ostdeutschland, neben dem industriell gefertigten Wohnungsbau weiterhin ein vielfältig ausdifferenziertes Angebot des traditionellen Wohnungsbaus, deren Klientel um alternative Baukonzepte konkurrierte und dabei vom BDA machtvoll vertreten wurde.

Im Gegensatz zum Planungsverfahren entzog sich der Realisierungsprozess weitgehend einer öffentlichen Kontrolle. Das lag vor allem daran, dass sich die Umsetzung auf lokaler Ebene vollzog und die mit dem Ideenwettbewerb überregional erkämpfte Öffentlichkeit auf dem Weg in die kommunalen Macht- und Herrschaftsstrukturen verloren ging. Hier regierte eine Partei mit absoluter Mehrheit, aus der sich eine kleine Gruppe von Entscheidungsträgern rekrutierte, die zusammen mit der Neuen Heimat eine Umsetzungsstrategie betrieben, durch welche die Wettbewerbsergebnisse weitest gehend negiert wurden. Der Opposition gelang es unter den gegebenen Umständen nicht, eine wirkungsvolle Gegenmacht aufzubauen, und die von außerhalb der Gemeinde teilweise heftig geäußerte Kritik verhallte weit gehend folgenlos im vermacheten Ratinger Parochialsystem.

Die am Beispiel Ratingens beschriebene enge Verbindung zwischen der politischen Elite und den Repräsentanten des Wohnungsbauunternehmens erinnert an Verhältnisse, wie sie eingangs für den Plattenbau der DDR beschrieben wurden. Hier wie dort kam es, durch die bedingungslose politische Unterstützung der industriell gefertigten Bauweise, zu extremen Ausprägungen einer Großtechnologie. Während es in Ostdeutschland gelang, den industriell gefertigten Massenwohnungsbau, vermittelt über den Staat, der den traditionellen Wohnungsbau systematisch verdrängte, gesamtgesellschaftlich durchzusetzen, war dies in Westdeutschland nur in lokalen Nischen möglich, wo Politik und Ökonomie auf eine Weise miteinander verschmolzen, dass sich kein Korrektiv einer demokratischen politischen Öffentlichkeit etablieren konnte. Schließlich zeigt ein Blick auf die lokalpolitischen Verhältnisse im Falle der 94 anderen westdeutschen Großsiedlungen, dass in nahezu allen Fällen ähnliche politische Bedingungen zu ver-

zeichnen waren.<sup>25</sup> Das Ergebnis lautet daher, dass neben der Vielzahl von Faktoren, die zum Großsiedlungsbau beigetragen haben, Defizite politischer Öffentlichkeit auf kommunaler Ebene die zentrale Ursache für die Errichtung extremer, menschliche Bedürfnisse überformender, städtebaulicher Großstrukturen darstellt.

### 7. Ausblick

Wenn die Einsicht richtig ist, dass sich der moderne Städtebau in dem Maße gegen die vielfältigen menschlichen Bedürfnisse in hochgradig differenzierten Gesellschaften richtet, wie er durch undemokratische, von Partikularinteressen bestimmten Planungsverfahren geprägt wird, dann müssen die städtebaulichen Großprojekte westlicher Architekten und Stadtplaner in Ländern mit autoritären Gesellschaftsregimes, wie z.B. China oder Saudi Arabien, skeptisch stimmen. Das wird besonders deutlich, wenn sich diese Persönlichkeiten von den dort für „Stadtbaumeister“ offenbar unbegrenzten Möglichkeiten fasziniert zeigen und aus Kostengründen eine entsprechende Vereinfachung und Beschleunigung von städtebaulichen Planungsverfahren auch für Deutschland fordern.<sup>26</sup>

Demgegenüber ist mit Blick auf die Erfahrungen im Rahmen des Großsiedlungsbaus der 1960er/70er Jahre daran zu erinnern, dass es zum Teil langwierige und kostspielige Planungsverfahren waren, die uns davor bewahrt haben, dass der Großsiedlungsbau in Westdeutschland, anders als in der DDR, eine Episode geblieben ist. Demokratische Planung benötigt Zeit, man muss sie sich leisten können wollen. Bei kurzfristigen Kosten-Nutzen-Rechnungen hingegen bleiben in der Regel die langfristigen Folgekosten beschleunigter Planungsverfahren unberücksichtigt. Eine abschließende wirtschaftliche Bilanz des Großsiedlungsbaus der 1960er/70er Jahre kann wahrscheinlich erst gezogen werden, wenn die momentan zu verzeichnende Privatisierungswelle im ehemals sozialen Wohnungsbau abgeebbt ist und die Altlasten der öffentlichen Hand deutlich zu Tage treten.

Dementsprechend ist auch die Qualität der seit den 1990er Jahren in Deutschland errichteten Stadterweiterungen nicht in erster Linie an ästhetischen Gesichtspunkten zu messen. So werden an den neuen Siedlungen, die sich zwar an dem ganz anderen Leitbild der Europäischen Stadt orientieren, dennoch die immer wieder gleichen städtebaulichen Fehler der Vergangenheit als Ergebnis strukturell begründeter, falscher Kompromissbildung beklagt.<sup>27</sup> Dieser radikalen Kritik begegnet Johann Jessen mit dem Hinweis, dass ein Kompromiss im Gegensatz zu den eindimensionalen Verfahren

25 Vgl. die Erhebung in *O. Schöller* (s. A 10), S. 220 ff.

26 Vgl. *A. Speer*, in: Frankfurter Rundschau, 23.01.2006.

27 *D. Hoffmann-Axthelm*, Anleitung zum Stadtumbau, Frankfurt a.M. 1996, S. 171.

der 1960er/70er Jahre schon einen Fortschritt darstellt.<sup>28</sup> Allerdings zeigt schon das Beispiel des Architekturwettbewerbs zur Großsiedlung Ratingen-West, dass öffentliche Aushandlungsverfahren zu Alibi-Veranstaltungen verbogen werden können, um hinter der Kulisse umso ungestörter zu agieren.

In Anbetracht der auch von Jessen diagnostizierten weitgehend enttäuschenden Ergebnisse beim Bau der neuen Stadterweiterungen, mit denen ursprünglich exakt dieselben Ziele verfolgt wurden wie seinerzeit im Rahmen des Architekturwettbewerbs zu Ratingen-West, deutet vieles darauf hin, dass auch heute diskursiv vermittelte Kompromissformeln die Illusion einer Öffentlichkeitsbeteiligung erzeugen, während die eigentlichen Praktiken von Stadtentwicklung verschleiert werden.<sup>29</sup> Insofern steht eine abschließende Beantwortung der Frage aus, inwieweit wir aus den Erfahrungen mit dem Großsiedlungsbau der 1960er/70er Jahre gelernt haben und demokratischen Planungsverfahren näher gekommen sind, oder ob gar die Ablösung großer gemeinnütziger Wohnungsbaugesellschaften durch noch größere private Investoren einen Formwandel mit sich gebracht hat, der demokratische Verfahren mehr den je erschwert.

28 Vgl. *J. Jessen*, Europäische Stadt als Baukasten für die Städtebaupraxis – die neuen Stadtteile, in: *W. Siebel* (Hrsg.), Die europäische Stadt, Frankfurt a.M. 2004.

29 Vgl. *E. Strom / J. Mollenkopf*, Vom Reden und Handeln – Diskurs und Stadtentwicklung in New York und Berlin, in: *W. Siebel* (s. A 28), S. 284-300.

Ludger Basten

## Potsdam-Kirchsteigfeld

### *Planerische Entstehung und Alltagstauglichkeit eines neuen Stadtquartiers*

Die ebenso ereignisreiche wie wechselvolle Geschichte der brandenburgischen Landeshauptstadt Potsdam hat auch in städtebaulicher Hinsicht eine außerordentliche Vielfalt hervorgebracht. Obgleich zumeist die grandiosen preußischen Schloss- und Parkanlagen aus dem 18. und 19. Jahrhundert im Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung Potsdams stehen, stellt die Residenzstadt nur eine von mehreren, sehr unterschiedlichen Entwicklungsdynamiken dar, die sich historisch wie stadträumlich teilweise überlagern. So lässt sich etwa die seit dem 18. Jahrhundert ausgebaute Garnisonsstadt erkennen, oder man stößt auf die städtebaulichen Auswirkungen der im 19. Jahrhundert einsetzenden industriellen Stadtentwicklung, hauptsächlich auf dem östlichen Havelufer. Auch der durch ganz andersartige ideologische Vorstellungen getragene Städtebau der DDR-Zeit ist im Stadtbild bis heute deutlich abzulesen, und zwar einerseits durch den teilweisen Umbau des Potsdamer Zentrums westlich der Havel (Abriss des alten Stadtschlusses, Magistralenausbau usw.), andererseits durch den Bau von Wohnsiedlungen in den östlichen Stadtteilen. Der bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert angelegten Entwicklungsrichtung folgend entstanden hier in Babelsberg und Drewitz seit 1960 fünf neue Großwohnsiedlungen.<sup>1</sup>

Drewitz(-Nord), die östlichste und jüngste dieser Plattenbausiedlungen, war zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung noch nicht ganz fertig gestellt. Gleichwohl waren noch zur DDR-Zeit erste Planungen entwickelt worden, diese Siedlung nach Süden weiter auszubauen. Mit der Wiedervereinigung veränderten sich allerdings die politischen wie ökonomischen Voraussetzungen der Stadtentwicklung in Potsdam erneut grundlegend. Die südlichen Flächen, das so genannte Kirchsteigfeld, haben einen völlig anderen Entwicklungsprozess durchlaufen, der zur Entstehung eines ganz andersartigen Quartiers geführt hat. Nicht nur in gestalterischer Hinsicht hat das hier ab 1990 entwickelte neue Stadtquartier mit der nördlich angrenzenden Plattenbausiedlung Drewitz(-Nord), aber auch mit dem südwestlich gelegenen Dorf (Alt-)Drewitz wenig gemein.

Der folgende Beitrag will das Kirchsteigfeld als ein neues Stadtquartier der 1990er Jahre vorstellen und diskutieren. Was macht in diesem Zusammenhang das Besondere des Kirchsteigfelds aus – prozessual wie gestalterisch? Zeichnet sich das Kirchsteigfeld durch besondere Qualitäten aus, und wenn ja, welche sind das und wie sind sie

1 Vgl. H. Viehrig, Potsdam: Geographische Strukturen im Wandel, Potsdam 2002 sowie R. Röhrbein, Die Stadtentwicklung von Potsdam, in: R. Krier/C. Kohl (Hrsg.), Potsdam Kirchsteigfeld: eine Stadt entsteht, Bensheim 1997, S. 33 ff.

entstanden? Lassen sich aus der Entwicklung des Kirchsteigfelds möglicherweise Folgerungen ableiten für andere, zukünftige Stadterweiterungen und Stadtquartiere in Deutschland?

### *1. Standort*

Das Kirchsteigfeld befindet sich im äußersten Südosten des Potsdamer Stadtgebietes. Das Stadtzentrum von Potsdam liegt ca. 6 km (Luftlinie) westnordwestlich, ist jedoch vom Kirchsteigfeld aus sowohl mit dem Auto (über die Nuthe-Schnellstraße, ca. 15 Minuten) als auch mit der Straßenbahn (ca. 30 Minuten) leicht und komfortabel zu erreichen. Diese Straßenbahnlinie führt vom Hauptbahnhof durch die Plattenbausiedlungen „Am Schlaatz“, „Am Stern“ und Drewitz(-Nord) zum Kirchsteigfeld, was verdeutlicht, dass das neue Stadtquartier den letzten und südöstlichsten Baustein einer schon zu DDR-Zeiten angelegten Entwicklungsachse neuer (Groß-)Wohnsiedlungen bildet. Rein stadträumlich betrachtet, ist das Kirchsteigfeld also Potsdamer Peripherie.

Mit der Wiedervereinigung und der dadurch aufgehobenen räumlichen Eingrenzung Westberlins ist Potsdam insgesamt – und insbesondere die östlichen Stadtteile – auch zur Peripherie Berlins geworden. Das Zentrum Westberlins befindet sich lediglich 25 km nordöstlich des Kirchsteigfelds. Der in Berlin aufgestaute Suburbanisierungsdruck hat bekanntlich nach dem Wegfall der Grenze zur massiven Ausweitung der Bautätigkeit im meist noch ländlich geprägten Umland („Speckgürtel“) geführt. Gerade die östlichen Teile Potsdams sind mit öffentlichen und vor allem mit privaten Verkehrsmitteln von Berlin aus schnell zu erreichen. Am Stadtrand führt die Bundesautobahn 115 vorbei, die für die Stadtteile Drewitz/Am Stern und für das Kirchsteigfeld eigene Anschlussstellen besitzt, so dass diese Gebiete nicht nur in Bezug auf Westberlin, sondern auch im gesamten regionalen Verflechtungsbereich ausgesprochen (auto-)verkehrsgünstig liegen. So lässt sich das Kirchsteigfeld im geographischen Sinne auch als Teil der Peripherie Berlins betrachten.

Das Kirchsteigfeld grenzt im Norden an die Plattenbausiedlung Drewitz(-Nord); im Südwesten befindet sich das Straßendorf (Alt-)Drewitz, hinter dem sich die breite Niederung der Nuthe erstreckt. In der Umgebung herrscht eine Mischung unterschiedlicher Flächennutzungen und Bebauungsdichten vor: Ackerflächen und Waldgebiete, alte Dorfstrukturen, zur DDR-Zeit etablierte Industriegebiete und neue Einfamilienhausgebiete. Aus siedlungsstruktureller Sicht entspricht der Standort nahezu idealtypisch dem angelsächsischen Konzept des „Rural-urban Fringe“. Das Kirchsteigfeld ist ein auf der grünen Wiese erbautes Stadterweiterungsprojekt.

### *2. Frühe inhaltliche Zielsetzungen für das Kirchsteigfeld*

Die Konzeption für das neue Stadtquartier sah von Anfang an vor, auf der etwa 60 ha großen Entwicklungsfläche ein Mischprojekt zu verwirklichen. Im Vordergrund

stand dabei die funktionale Mischung von Wohnen, Gewerbe, quartiersbezogenem Einzelhandel und sozialer Infrastruktur. Im Osten, entlang der Autobahn, und im Norden, in der Übergangszone zur Plattenbausiedlung Drewitz, wurden Gewerbenutzungen in Form von Büroimmobilien projektiert, durch welche die Ansiedlung von ursprünglich ca. 3.700 Arbeitsplätzen realisiert werden sollten.<sup>2</sup> Zielvorstellung war also kein herkömmliches Gewerbegebiet, etwa mit großflächigem Einzelhandel, sondern die Ausbildung eines neuen, hochwertigen Bürostandorts, wobei man sich insbesondere von der damals angestrebten Länderfusion Berlin-Brandenburg erhebliche Impulse für die Nachfrage nach Büroimmobilien versprach. Darüber hinaus wurde die Ansiedlung von wohnstandortnahe Einzelhandel geplant, bei dessen Dimensionierung auch die Tagbevölkerung der projektierten Büroflächen in die Planungen einbezogen wurde. Einzelhandel, Gastronomie und andere quartiersbezogene Dienstleistungen sollten hauptsächlich im Zentrum des Kirchsteigfelds lokalisiert werden, um dort ein echtes Nahversorgungszentrum für das neue Stadtquartier auszubilden, an dem sich auch kommunale sowie kirchliche Wohnfolgeeinrichtungen orientieren sollten – mit Ausnahme der eher am Rand vorgesehenen Schulen.

Fester Bestandteil der inhaltlichen Zielsetzungen für das Kirchsteigfeld war jedoch nicht nur die funktionale Mischung, sondern auch eine gewisse soziale Mischung der Bewohnerschaft. Für die bereits angesprochene Wohnnutzung ging man von einer Zielgröße von über 5.000 (bis zu 7.000) Bewohnern aus. Bei geschätzten 3.700 Erwerbstätigen sollte somit ein in etwa ausgewogenes Verhältnis von Arbeitsplätzen und Erwerbstätigen erreicht werden. Dafür wurden, je nach Planungsstand, 2.500 bis 2.700 Wohneinheiten projektiert, denen im Wesentlichen drei unterschiedliche Finanzierungsmodelle zu Grunde lagen. Frühzeitig stand fest, dass der Großteil der Wohnungen als öffentlich geförderter Wohnungsbau entstehen sollte, und zwar ca. 500 Wohneinheiten im ersten Förderweg finanziert („sozialer Wohnungsbau“) sowie 1.500 Wohneinheiten im dritten Förderweg („vereinbarte Förderung“). Mehr als 500 Wohneinheiten sollten frei finanziert und vermarktet werden. Durch diese durchaus kleinteilige Mischung unterschiedlicher Finanzierungs- und Eigentumsformen (und die daraus abzuleitenden differenzierten Miet- bzw. Preisniveaus) sowie die „Durchmischung der verschiedenen Wohntypen und Wohnungsgrößen“<sup>3</sup> sollte insgesamt eine gewisse Heterogenität der Bewohnerschaft erzielt sowie eine Aufteilung des Kirchsteigfelds in jeweils sozioökonomisch homogene Teilräume vermieden werden.

- 2 *Freie Planungsgruppe Berlin*, Zwischenbericht zur Rahmenplanung. Kirchsteigfeld, Potsdam-Drewitz, Berlin 1991. Die Zielgrößen wurden im Laufe des Planungsprozesses verschiedentlich modifiziert, so dass beispielsweise Wiegandt von 5.000 geplanten Arbeitsplätzen berichtet: C.-C. Wiegandt, Neue Stadtteile in den 90er Jahren. Gestaltungsmöglichkeiten am Stadtrand, in: Informationen zur Raumentwicklung 48 (1998), S. 537 ff., hier S. 541.
- 3 *Freie Planungsgruppe Berlin*, Aufgabenstellung zum Architekten-Workshop: Städtebauliches Konzept Kirchsteigfeld in Potsdam Drewitz, Berlin 1991, S. 7.

Aus der Konzentration auf öffentlich geförderten Wohnungsbau und der angestrebten Bebauungsdichte ließ sich ableiten, dass das neue Stadtquartier im Wesentlichen in Form von Geschosswohnungsbau entstehen musste. Trotz oder gerade wegen dieser Grundsatzentscheidung wurde ganz zu Beginn der Planungen ein expliziter und hoher gestalterischer Anspruch an das neue Stadtquartier formuliert: Das Kirchsteigfeld sollte „in jeder Hinsicht ein Vorzeigeobjekt“ mit „hervorragender Architektur“ und „erstklassigen Wohnfolgeeinrichtungen“ werden, die zudem die Ausstattungsdefizite in der benachbarten Plattenbausiedlung kompensieren sollten.<sup>4</sup> Durch gute Ausstattung und hohe gestalterische Qualität der Freiräume sollte auch die Identifikation der neuen Bewohner mit ihrem Stadtquartier gestützt werden.<sup>5</sup>

### 3. Strukturelle und personelle Konstellationen

Das Kirchsteigfeld wurde als Großprojekt nur eines Investors „aus einem Guss“ geplant und realisiert. Dieser Investor, die Westberliner Investorengesellschaft Groth und Graalfs, verfügte über know-how sowohl aus dem Gewerbe- als auch aus dem Wohnungsbau, so dass er die besonderen Chancen eines vergleichsweise großen Mischprojekts erkennen konnte. Hinzu kam, dass Groth und Graalfs in planerischer und gestalterischer Hinsicht ambitioniert genug war, ein Anfang der 1990er Jahre im Potsdamer Kontext völlig neuartiges Stadtquartier zu entwickeln. Und letztlich war man auch dazu bereit, die für die Projektentwicklung notwendigen Strukturen zu großen Teilen selbst zu schaffen, da die Planungs- und Bauverwaltung der Stadt Potsdam in der Umbruchphase der Wiedervereinigung dazu kaum in der Lage war.

Die inhaltliche Konzeption und die Strukturierung des Umsetzungsprozesses wurden daher in wesentlicher Weise vom Investor Groth und Graalfs mitbestimmt. Dafür wurde zunächst 1990/91 ein lockerer Expertenkreis zusammengestellt, in dem recht offen über die inhaltlichen und gestalterischen Zielsetzungen für das neue Stadtquartier diskutiert wurde. Neben den zwei zentralen Fachvertretern der Potsdamer Planungsverwaltung – dem Leiter des Stadtentwicklungsamts und dem Beigeordneten für Stadtentwicklung<sup>6</sup> – wurden hauptsächlich dem Investor bekannte externe Fachleute als Berater hinzugezogen, sodass der Diskussionsprozess fachlich und nicht politisch orientiert war. Es fanden jedoch auch schon Vorgespräche mit dem Brandenburger Stadtentwicklungsministerium statt, um die Möglichkeiten öffentlicher Wohnungsbauförderung zu ermitteln. Ein von Groth und Graalfs engagiertes privates

4 Brief des Stadtrats von Feldmann an den Investor vom 19.04.1991, zitiert in: *Freie Planungsgruppe Berlin* (s. A 2), Anlage 1.

5 Bei der Formulierung dieser Zielvorstellungen bildeten die nahe gelegenen Plattenbausiedlungen und die Berliner Großwohnsiedlungen den negativen Referenzpunkt der Beteiligten.

6 Beide stammten aus Westberlin und waren mit dem Investor Groth und Graalfs durch ihre früheren Tätigkeiten bekannt.

Planungsbüro, die Freie Planungsgruppe Berlin, moderierte den Diskussionsprozess und übernahm die Ausarbeitung der inhaltlichen Vorstudien, welche im Herbst 1991 abgeschlossen wurden.<sup>7</sup>

Kernelement der städtebaulichen Konzeption war ein vom Investor Anfang 1992 ausgerichteter Architekten-Workshop. Abweichend von einem klassischen Wettbewerb wurden sechs ausgesuchte Büros aufgefordert, städtebauliche Ideen für das neue Stadtquartier zu entwickeln und in zwei Workshop-Phasen allen Beteiligten vorzustellen, miteinander zu diskutieren und im Lichte dieser Diskussionen zu überarbeiten. Am Ende des Workshops wurden Rob Krier und sein Partner Christoph Kohl als Gewinner des Wettbewerbs beauftragt, ihre Entwürfe zu einem städtebaulichen Masterplan auszuarbeiten, der zur Grundlage aller weiteren Planungen wurde. Sowohl die Ausrichtung des Workshops als Instrument der inhaltlichen Konkretisierung als auch die letztliche Beauftragung des Büros Krier/Kohl gingen zu wesentlichen Teilen auf Entscheidungen des Investors Groth und Graalfs zurück.

Mit dem Workshop veränderte sich daher die personelle Konstellation des Projekts. Während die frühen Diskussionspartner in den Hintergrund traten, nahm das Büro Krier/Kohl fortan einen zentralen Platz in der weiteren inhaltlichen, insbesondere der städtebaulich-gestalterischen Ausarbeitung des neuen Stadtquartiers ein. Dabei ist zu betonen, dass Krier und Kohl in ihrem Masterplan für das Kirchsteigfeld – wie in all ihren städtebaulichen Arbeiten – einer ganz spezifischen, und zwar traditionalistischen Vision von gebauter Stadt folgten, die sich an eher innerstädtischen städtebaulichen und architektonischen Formen orientierte. Insbesondere Rob Krier vertrat diese Vision einer dichten und kompakten Stadt und seine daraus abgeleiteten Planungen für das Kirchsteigfeld mit Vehemenz und reklamierte aus seiner Position als Masterplaner heraus ein hohes Maß an (künstlerischer) Eigenständigkeit und Entscheidungsfreiheit.

Die planungsrechtliche Umsetzung des Projekts beruhte auf einem Paket von städtebaulichen Verträgen zwischen Groth und Graalfs und der Stadt Potsdam. Darin verpflichtete sich der Investor unter anderem zur Übernahme der Erschließungskosten sowie der Planungskosten für die Umarbeitung des Masterplans von Krier/Kohl in einen Bebauungsplan durch die Freie Planungsgruppe Berlin. Angesichts der Finanzknappheit der Stadt sowie der Engpässe in der Planungsverwaltung schien dies der einzig gangbare Weg, um eine zeitlich straffe Realisierung des neuen Stadtquartiers zu gewährleisten.

#### *4. Zeitgeschichtlicher Kontext*

Die spezifische Situation kurz nach der Wiedervereinigung hat Inhalte und Umsetzung des Projekts Kirchsteigfeld stark beeinflusst. Zugespitzt kann man formulieren, dass

<sup>7</sup> *Freie Planungsgruppe Berlin* (s. A 2).

sie überhaupt nur aus dem spezifischen Kontext der frühen 1990er Jahre heraus zu verstehen sind.

In Ostdeutschland führte die Wiedervereinigung zu einer völligen Neustrukturierung der Immobilienmärkte, insbesondere zu massiven Umwälzungen der Nachfrage- wie der Angebotsseite. Während Investoren und Bauträger neue Entwicklungschancen erkannten – unterstützt durch investitionsfördernde Gesetze des Bundes –, entwickelten Nachfrager parallel zu ihrer Wahrnehmung neuer Wahlmöglichkeiten auch neue Erwartungen und Wünsche in Bezug auf die quantitative und qualitative Ausstattung mit Wohnraum.

Potsdam war schon zu DDR-Zeiten ein nachgefragter Wohnort gewesen, sodass es hier zur Zeit der Wiedervereinigung, trotz des seit 1960 betriebenen Großwohnsiedlungsbaus, ca. 10.000 amtlich registrierte Wohnungssuchende gab. Unter Politikern und Planern war man sich Anfang der 1990er Jahre einig, dass einer massiven Wohnungsnot abgeholfen werden musste. Hinzu kam, dass das gerade neu etablierte lokale politische System einen besonderen Legitimations- und Handlungsdruck verspürte. Es galt, möglichst schnell deutlich erkennbare Erfolge vorzuweisen, um die Überlegenheit des neuen Systems zu demonstrieren. Private wie öffentliche Investitionen „nach Potsdam zu holen“, war für die lokale Politik eine Möglichkeit, politische Kompetenz zu demonstrieren und große Bauprojekte eigneten sich dazu aufgrund ihrer Sichtbarkeit besonders. Zudem versprach das Kirchsteigfeld eine deutliche Entspannung auf dem Wohnungsmarkt.<sup>8</sup> Insofern entsprachen die grundlegenden Entwicklungsziele vollständig den Prioritäten der politischen Vertreter der Stadt, die sich demnach nicht in die weitere Projektentwicklung einmischten.

Ein zusätzlicher und außergewöhnlicher Handlungsspielraum ergab sich für das Projekt durch den noch im Prozess befindlichen Um- bzw. Neuaufbau des Planungssystems nach westdeutschem Vorbild. Dies führte zu einer beträchtlichen Mehrbelastung der lokalen Planungsverwaltung, die eine großteils neue Bauleitplanung erarbeiten musste, während der einsetzende, spekulative „Bauboom“ den bestehenden Zeitdruck weiter verschärfte. Da sich in dieser Phase auch die meisten Stadtplaner erst noch mit den Verfahren und Instrumenten des neuen Planungssystems vertraut machen mussten, existierte zu Beginn der 1990er Jahre ein gewisses Planungsvakuum: wenig festgefügte Pläne und planerische Zielsysteme sowie eine größere Bereitschaft, sich flexibel auf die Vorstellungen von Investoren einzulassen und Planungsaufgaben von ihnen vorbereiten oder ausführen zu lassen. Im Projekt Kirchsteigfeld existierten demnach sehr kurze Wege zwischen Groth und Graalfs, den Stadtplanern Krier und Kohl, der mit der planungsrechtlichen Ausarbeitung beauftragten Freien Planungsgruppe

8 Ein ähnlicher Legitimationsdruck erwuchs zunehmend auch der Wohnungsbauförderung des Landes, da aufgrund einer zunächst sehr engen Auslegung der Förderrichtlinien Fördermittel in erheblichem Umfang nicht abgerufen worden waren – und somit für das Kirchsteigfeld noch zur Verfügung standen.

Berlin und der städtischen Planungsverwaltung, insbesondere da dort der frühzeitig eingebundene Leiter des Stadtentwicklungsamts das Kirchsteigfeld mit besonderem Engagement als „Chefsache“ vorantrieb.

Man kann demnach im Rückblick ein Zeitfenster ausmachen, in dem die ökonomischen, politischen und planerischen Rahmenbedingungen dem Investor und den anderen Beteiligten einen besonderen Handlungsspielraum offerierten, durch den eine relativ schnelle, flexible und individuelle Projektentwicklung nach den gemeinsam erarbeiteten Zielvorstellungen möglich wurde.

### 5. *Bauliche Umsetzung*

Die in den frühen Diskussionsphasen erarbeiteten Zielvorstellungen wurden im Masterplan von Krier und Kohl städtebaulich ausformuliert und in präzise planerische und gestalterische Vorgaben umgesetzt. Diesem Masterplan entsprechend gliedert sich das Stadtquartier in Wohnblöcke oder Karrees mit in der Regel viergeschossiger Blockrandbebauung. Die Blockkanten sind mittig meist unterbrochen, sodass die individuell gestalteten und begrünten Blockinnenhöfe über ein halböffentliches Fußwegenetz verknüpft werden (vgl. Abb.1). Die einzelnen Karrees bestehen aus einer Vielzahl von Einzelhäusern, die von jeweils unterschiedlichen Architekten entworfen wurden, um eine große architektonische Vielfalt zu erzielen (vgl. Abb.2).

Die Blöcke sind allerdings unregelmäßig, denn der Straßengrundriss folgt keinem starren Rasterplan und bildet eine Reihe unterschiedlich geformter Plätze aus, die den einzelnen Teilräumen ein individuelles Gepräge geben sollen. In der Mitte des Kirchsteigfelds ist ein klassischer Marktplatz gebaut worden, um den sich der Einzelhandel und die übrigen kommerziellen Dienstleistungen gruppieren (vgl. Abb.3). Zudem ist hier ein Gemeindezentrum entstanden, in dem kirchliche und kommunale Einrichtungen (z.B. eine Filiale der Stadtbibliothek) angesiedelt worden sind. Weitere Einrichtungen der sozialen Infrastruktur sind in Randbereichen des Quartiers gebaut worden: eine Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe, eine Grundschule, drei „Kitas“ sowie ein Jugendclub.

Seit Baubeginn im Herbst 1993 sind im Kirchsteigfeld 2.340 Wohneinheiten für knapp 5.000 Einwohner entstanden. Während der öffentlich geförderte Wohnungsbau den Planungen entsprechend realisiert worden ist, ergaben sich in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zunehmend Probleme bei der Vermarktung der frei finanzierten Geschosswohnungen. Dies veranlasste Groth und Graalfs zu einer Umplanung der letzten beiden Baufelder im Südwesten des Quartiers, wo dann 1999/2000 – in Abweichung von den klaren Blockstrukturen des Masterplans – dreigeschossige Reiheneigenheime erstellt wurden. Da jedoch auch diese kaum zu verkaufen waren, stoppte man die weitere Entwicklung, sodass hier bis heute größere Flächen noch nicht bebaut sind.



Abb. 1: Die Blockrandbebauung mit ihrer fußgängerorientierten Maßstäblichkeit führt zu einem klar gefassten Straßenraum. (Foto: L. Basten, 2003).



Abb. 2: Die Blockinnenhöfe sind individuell begrünt und mit Kinderspielplätzen ausgestattet (Foto: L. Basten, 2003).

Augenfälliger und bedeutsamer ist jedoch die vollständig misslungene Ansiedlung von Bürodienstleistungen. Die Flächen des geplanten Gewerbegürtels im Osten und Norden liegen bis heute brach, sodass im Kirchsteigfeld auch kaum Arbeitsplätze entstanden sind. Die ehemals angestrebte Mischung von Wohnen, Arbeiten und Leben ist somit Vision geblieben.<sup>9</sup>

<sup>9</sup> Das ursprüngliche Motto für das Kirchsteigfeld lautete „Wohnen, Arbeiten und Leben in Potsdam“. Es wurde später umgewandelt in „Richtig Stadt und doch im Grünen“ (vgl. C.-C. Wiegandt (s. A 2), S. 544).

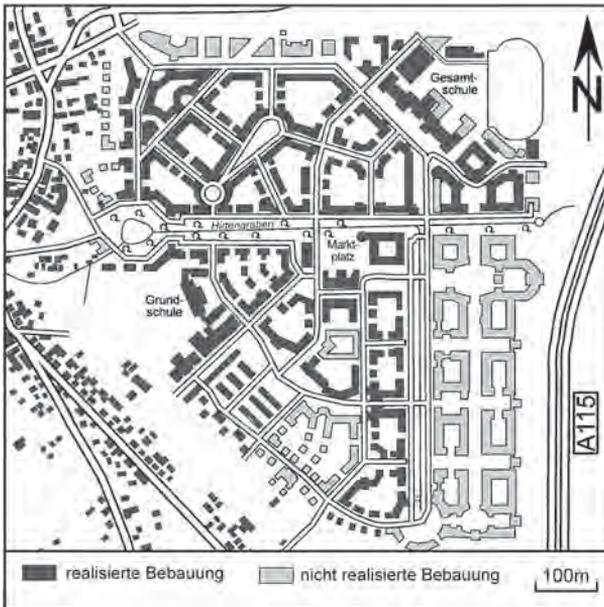


Abb. 3: Dieser Plan zeigt die städtebaulichen Gestaltungsprinzipien des Masterplans von Krier und Kohl - mit dem Marktplatz und Gemeindezentrum im Mittelpunkt des neuen Stadtquartiers (Kartographie: R. Wieland, 2006).

## 6. Qualitäten eines neuen Stadtquartiers

Die geplante funktionale Mischung und das damit anvisierte kompakte Quartier der kurzen (Arbeits-)Wege haben sich demnach nicht realisieren lassen. Wie sieht es aber mit den übrigen Zielsetzungen der Produzenten dieses neuen Stadtquartiers aus: mit der hohen gestalterischen Qualität, der sozialen Mischung und mit dem Versuch, den Bewohnern ein hohes Maß von Identifikation mit dem neuen Stadtraum zu ermöglichen?

Unterhält man sich mit Bewohnern über das Kirchsteigfeld,<sup>10</sup> so kommen diese meist recht schnell auf gestalterische Aspekte ihres Stadtquartiers zu sprechen, die offenbar einen zentralen Stellenwert in der Bewohnerwahrnehmung einnehmen. Die bauliche Gestaltung wird dabei einer ästhetischen Betrachtung unterzogen: sie wird als außergewöhnlich empfunden und überwiegend positiv bewertet. Im Vordergrund stehen dabei architektonische Gestaltungselemente. Das Kirchsteigfeld wird ob seiner Vielfarbigkeit, seiner ausgeprägten architektonischen Vielfalt sowie der Variation von Wohnungsgrundrissen gelobt, obgleich auch verschiedene planerische und bauliche

10 Der Verfasser führte im Rahmen einer längeren Studie Einzel- und Gruppeninterviews mit einer (statistisch nicht repräsentativen) Auswahl von 41 Bewohnern des Kirchsteigfelds durch; vgl. L. Basten, Postmoderner Urbanismus. Gestaltung in der städtischen Peripherie, Münster 2005.

Mängel angeführt werden. Auch die Gestaltung der Grün- und Freiflächen wird als ästhetisch ansprechend und daher als positive Gestaltungsqualität wahrgenommen.

Auffällig ist, dass gegenüber diesen (noch dazu eher oberflächlichen) architektonischen Gestaltungselementen die städtebaulichen Gestaltungselemente in den Betrachtungen der Bewohner kaum auftauchen. Dies steht in starkem Kontrast zu der Wahrnehmung der an der Entwicklung Beteiligten (Investoren, Stadtplaner, Masterplaner), für die gerade diese Elemente die zentralen positive Qualitäten des neuen Stadtquartiers ausmachen: die be- und erlebbaren Räume (Höfe, Plätze, fußgängerorientierte Straßenräume), die Orientierung an einem menschlichen Maßstab, die durch Dichte und Kompaktheit beförderte Lebendigkeit, die Vermittlung einer hierarchisch gegliederten stadträumlichen Ordnung usw. Dabei handelt es sich also stets um Elemente, denen eine Auswirkung auf das individuelle und soziale Verhalten der Bewohner im neuen Stadtquartier unterstellt wird. Viele Bewohner bewerten das soziale Miteinander im Kirchsteigfeld auch durchaus positiv, sie bringen dies jedoch in den Interviews nicht in einen Zusammenhang mit städtebaulichen Gestaltungselementen.

Verschiedene Fachkritiker haben insbesondere den Städtebau im Kirchsteigfeld aufgrund Kriers Orientierung an einem traditionalistischen Vorbild der „europäischen Stadt“ als rückwärtsgewandt oder auch „tümelnd“ abqualifiziert. Diese Art der Kritik ist allerdings eher auf einer prinzipiellen, ideologischen Ebene angesiedelt als dass sie die alltägliche und soziale Wirkung und Funktion dieser Art von städtebaulicher Gestaltung in den Blick nimmt. Letztere bildet jedoch die Grundlage der positiven Bewertung der städtebaulichen Qualitäten des Kirchsteigfelds durch die an der Entwicklung Beteiligten.

Die architektonische und städtebauliche Gestaltung des Kirchsteigfelds ist für die Bewohner jedoch nicht nur im Sinne eines ästhetischen Wohlempfindens wichtig, sondern auch deshalb, weil sie die persönliche Identifikation mit dem Stadtteil erleichtert. Das Kirchsteigfeld wird schon ob seiner Gestaltung als Besonderheit wahrgenommen, als ein klar definiertes Stadtquartier, das sich von seiner Umgebung, insbesondere von der nördlichen Plattenbausiedlung, deutlich absetzt. Insofern unterstützt die baulich-materielle Gestaltung das Aufkommen einer von vielen Bewohnern bestätigten Stadtteil-Identität und die klare Selbstidentifikation als „Kirchsteigfelder“, nicht etwa als „Drewitzer“. Hinzu kommt, dass das Kirchsteigfeld als erstes Potsdamer Stadtquartier nach der Wiedervereinigung für viele seiner Bewohner assoziativ für den Aufbruch in das vereinte Deutschland steht: als Abkehr von einer angebotsorientierten planwirtschaftlichen Wohnungsbaubauindustrie mit ihrer gestalterischen Eintönigkeit der tristen, grauen Plattenbausiedlungen und als Hinwendung zu einer eher nachfrageorientierten Vielfalt der westlichen Marktwirtschaft mit qualitativ höherwertigen Produkten.<sup>11</sup>

11 Diese Assoziation führt verschiedentlich zu Enttäuschungen, etwa wenn im Kirchsteigfeld unerwartete bauliche Mängel auftreten.

Für manche Bewohner und Außenstehende symbolisiert und erleichtert diese gestalterische Ausnahmestellung im Potsdamer Kontext auch die Möglichkeit sozialer Abgrenzung. Manch einer sieht das häufig zitierte „Kirchsteigfeldbewusstsein“ weniger aus dem gelebten Miteinander einer ortsbezogenen Gemeinschaft abgeleitet als vielmehr aus dem Bewusstsein, in einem besser situierten Stadtquartier zu wohnen, das sich eben nicht jeder Potsdamer leisten kann. So wird verschiedentlich kolportiert, dass im Kirchsteigfeld hauptsächlich Vereinigungsgewinner zu finden seien, während die Plattenbausiedlungen zunehmend „Verslumungsprozesse“ durchliefen. Insofern wird hier die außergewöhnliche Gestaltung als offensichtliches Mittel der sozialen Distinktion erkannt – obgleich diese Wahrnehmung mit den tatsächlichen sozialen Realitäten und Entwicklungen auch innerhalb des Kirchsteigfelds nicht unbedingt in Einklang zu bringen ist.

Es darf jedoch nicht unerwähnt bleiben, dass für viele Bewohner die tatsächlich gelebte Gemeinschaft im Kirchsteigfeld entscheidend für ein durchaus offensiv vertretenes Quartiersbewusstsein ist. Blockfeste in den Innenhöfen, Stadtteilfeste auf dem Marktplatz, vom SC Potsdam organisierte Sportveranstaltungen sowie Aktivitäten innerhalb der beiden Kirchengemeinden sind Anzeichen für ein sozial lebendiges Stadtquartier. Solche Initiativen, wie auch die Quartierszeitung, sind jedoch häufig ohne die personelle und finanzielle Unterstützung der Vermietungsgesellschaft Allod nicht vorstellbar. Diese Tochtergesellschaft des Investors betreibt gewissermaßen eine Form privatwirtschaftlichen Quartiersmanagements.

Über diese Betrachtungen der ästhetischen und sozialen Implikationen baulicher Gestaltung soll jedoch nicht vergessen werden, dass die meisten Bewohner des Kirchsteigfelds diese bauliche Gestaltung selbstverständlich auch aus einer funktionalen Perspektive wahrnehmen: Architektonische und städtebauliche Gestaltungselemente werden ganz wesentlich in Bezug auf ihre Alltagstauglichkeit hin evaluiert. Insbesondere werden etwa die Ausstattung mit Geschäften und öffentlichen Einrichtungen, mit Grün- und Freiflächen sowie die Fußläufigkeit des gesamten Stadtquartiers als positiv hervorgehoben.<sup>12</sup> Die Anlage des Marktplatzes und der Innenhöfe wird ausdrücklich gelobt, weil diese eben aus funktionaler Sicht als mögliche Veranstaltungsorte und Räume der Begegnung erkannt werden. Gleichzeitig werden jedoch die relativ engen Straßenräume kritisiert, weil sie als verkehrstechnisch beschwerlich und gefährlich empfunden werden. Die Intention der Gestalter, den Fußgängerraum zu betonen und den fließenden Verkehr durch Enge und teilweise Unübersichtlichkeit zu verlangsamen, wird von den Bewohnern weder erkannt noch honoriert. Dennoch bleibt festzuhalten, dass die meisten Bewohner die Gestaltung des Kirchsteigfelds als gelungen bezeichnen, da sie das Quartier (und letztlich diesen Städtebau) als im Alltagsleben außerordentlich

12 Die positive Bewertung der Versorgungslage geht auch auf das nahe gelegene Einkaufszentrum Stern-Center zurück, was jedoch eine stärkere Einzelhandelsentwicklung im Kirchsteigfeld selbst behindert. Die meisten Bewohner würden eine breitere Auswahl direkt im Stadtquartier begrüßen.

praktisch empfinden. Diese Alltagstauglichkeit stellt für viele Bewohner eine der herausragenden Qualitäten des Kirchsteigfelds dar.

### *7. Ausblicke*

Eine Erfolgsgeschichte ist die Entwicklung des Kirchsteigfelds in vielerlei Hinsicht. Hier ist ein neues Stadtquartier entstanden, mit dem gehobene gestalterische und planerische Ansprüche und Zielsetzungen realisiert worden sind, die auf angenehme Weise in einem starken Kontrast stehen zu der oft plan- und gedankenlosen (Sub-)Urbanisierung des Berliner Umlands seit den 1990er Jahren. Trotz des Misserfolgs beim Aufbau eines neuen Bürostandorts und daher der nicht gelungenen Funktionsmischung im großen Stil hat das Kirchsteigfeld doch zumindest das Angebot an Wohnraum in Potsdam erheblich erweitert und gleichzeitig differenziert. Und einerlei, wie man nun zu Kriers traditionalistischen Gestaltungslösungen stehen mag, es ist offensichtlich, dass ein lebendiges neues Stadtquartier entstanden ist, das den meisten seiner Bewohner gefällt, in dem sie sich außerordentlich wohl fühlen und mit dem sie sich gern identifizieren.

Gleichwohl verbleiben offene Fragen in Hinblick auf die Übertragbarkeit und Nachhaltigkeit der Kirchsteigfelder Entwicklungen. Wie sieht es aus mit der ökonomischen Zukunft des neuen Stadtquartiers? Demographischer Wandel und Veränderungen auf den Wohnungsmärkten haben die Konkurrenzsituation verschärft. „Nach oben“ locken die später, auf der grünen Wiese preisgünstig realisierten Eigentumsprojekte in der Umgebung, „nach unten“ sind die inzwischen modernisierten Plattenbausiedlungen für manche wieder zu einer attraktiven Alternative geworden.

Diese Ausdifferenzierung des Wohnraumangebots in Potsdam und Umgebung unterstützt eine Tendenz zur sozioökonomischen Entmischung und zur Homogenisierung der bestehenden Stadtquartiere insgesamt. Im Kirchsteigfeld könnte die eigentlich angestrebte soziale Heterogenität dadurch weiter abnehmen. Wie stabil sind dann auf längere Sicht das „Kirchsteigfeldbewusstsein“, die hier erwachsene soziale Gemeinschaft und die Strukturen bürgerschaftlichen oder kirchlichen Engagements? Letztlich gehen viele Anstöße und Aktivitäten dazu auf ein vom Investor finanziertes Quartiersmanagement zurück, das unter anderem angesichts der mangelnden gewerblichen Entwicklung im Kirchsteigfeld nicht dauerhaft gesichert erscheint.

Offen bleiben letzten Endes auch zwei programmatische Streitfragen von Städtebau und Stadtplanung. Erstens: Welchen Anteil haben die städtebaulichen und architektonischen Gestaltungslösungen wirklich an einer Erklärung individuellen und sozialen Verhaltens der Bewohner und an deren Identifikation mit dem neuen Stadtquartier? Und zweitens: Leisten Projekte wie das Kirchsteigfeld aufgrund ihrer Kompaktheit einen wirksamen Beitrag zur Erhaltung (oder Neuerschaffung) der europäischen Stadt oder verschärfen sie durch ihre Realisierung auf peripheren grünen Wiesen eher deren Auflösung?

## Bauen mit Baugemeinschaften

*Alle Wirklichkeit ist die Utopie von gestern.*

Franz Oppenheimer

In den letzten Jahren haben sich in zahlreichen Städten Baugemeinschaften gebildet, die häufig innovative Wohnprojekte realisieren und dies ohne die Einbeziehung eines professionellen Bauträgers. Überwiegend werden diesen neuen Baugemeinschaften große Sympathien entgegengebracht. Es scheint, als ob sich durch die Einbeziehung dieser neuen Bauherren jene Fehlentwicklungen vermeiden lassen, unter denen zahlreiche neue Stadtquartiere seit den 1960er Jahren litten, wie soziale Segregation, Anonymität oder defizitäre Urbanität.

Baugemeinschaften stehen häufig für stabile Nachbarschaften, für die Möglichkeit zur Wohneigentumsbildung auch von jungen Schwellenhaushalten, für plurale Wohnformen und selbstbestimmtes Wohnen. Durch den oftmals langen Findungs- und Planungsprozess durchlaufen die neuen „Bauherren“ klärende Phasen, in denen sie sich bereits vor dem Einzug kennen lernen und jeweils ihre Schwächen und Stärken unmittelbar erfahren. Die neuen Bewohner ziehen also mit ihnen bereits bekannten Personen zusammen. Das Wohnen in vertrauter Nachbarschaft kann die gegenseitige Anteilnahme fördern und so im alltäglichen Bereich des Wohnens der Entsolidarisierung in der Gesellschaft entgegen wirken. Von Befürwortern der Baugemeinschaften wird auch die Hoffnung formuliert, dass diese neuen Wohn- und Lebensformen ein „Antitoxin“ gegen die stetigen Zwänge zur Veränderung und Anpassung in der postindustriellen Gesellschaft sein könnten. Es würden sich so neue Nachbarschaften bilden, die eine fortschreitende Auflösung ehemals vertrauter kultureller Milieus ausgleichen und die der Fragmentierung sozialer Beziehungen und der Tendenz zur Vereinzelung entgegenwirken. Der Lethargie und Passivität werde durch Freie Baugemeinschaften mit bürgerschaftlichem Engagement begegnet, der Entsolidarisierung und Anonymität mit der Herstellung einer neuen Gemeinschaftlichkeit und der Bevormundung mit Partizipation.

So verlockend diese vermeintlichen Stärken der Baugemeinschaften für die soziale Stadtentwicklung auch sein mögen, so zeigt uns gleichwohl die Praxis der letzten Dekade auch die Grenzen des Bauens in Baugemeinschaften und Ausdifferenzierungen des idealtypischen Modells. Nachfolgend sollen die Wurzeln, die Entwicklungsstufen, die Phasen der Bildung von Baugemeinschaften und die Ausdifferenzierung skizziert werden.

### 1. Wurzeln der Baugemeinschaften

Die neuen Wohnprojekte und Organisationsformen sind prinzipiell keine Innovationen, sie können vielmehr auf eine lange und reiche Geschichte des Reformwohnungsbaus zurückblicken. Bereits vor 1900, als sich die moderne, kapitalistische Stadt herausbildete und die Wohnsituation für viele Menschen von Wohnungsnot und Wohnungselend geprägt war, schlossen sich Menschen zusammen, um gemeinsam Wohnprojekte zu realisieren.

Diese Wohnreformbewegung war um 1900 ausgesprochen vielfältig und in eine große, vernetzte Debatte eingebunden. So wurde die Versorgung mit eigenem Wohnraum – überwiegend in Genossenschaften – stets mit einer neuen Lebenskultur verknüpft. Die Geschichte der Wohnreform ist auch eine Geschichte des dritten Weges, also zwischen Kapitalismus und Kommunismus oder zwischen Miethaus und Eigenheim. Sie berührt auch die Frage der Selbsthilfe oder öffentlichen Förderung, die nicht alternativ, sondern komplementär gedacht werden muss.

Der Theoretiker der neueren Genossenschaftsbewegung Klaus Novy entwickelte vier unterschiedliche Typen.<sup>1</sup> Eine erste Form stellte die mittelständisch-besitzindividualistische Richtung dar. Die Mitglieder sahen in den Genossenschaften ein Mittel zur Verbesserung der Marktausgangslage. Ziel war die Eigentumbildung und weniger die Realisierung einer Wohnutopie. Ein Beispiel war die Berliner Baugenossenschaft von 1886. Novy schätzte diese Variante wegen ihrer Eigentumsorientierung nicht sonderlich, doch erhält diese heute in Form der Freien Baugemeinschaft wieder eine größere Bedeutung. Den zweiten Typ bildeten die arbeitgebernahen und die Beamten-Baugenossenschaften, deren vorrangiges Ziel die Unterbringung von Belegschaftsmitgliedern war. Die Beamten-Wohnungsvereine beispielsweise waren genossenschaftlich-demokratisch verfasst und stark arbeitsrechtlich- und lebenskulturell gebunden. Ein Beispiel war der Beamtenbauverein in Kassel von 1889. Den dritten Typ stellte die paternalistisch-sozialreformerische Richtung dar. Ein Beispiel war der „Spar- und Bauverein von 1892“ in Berlin. Der vierte Typ entstammte der oppositionell-reformerischen Bewegung. Die Genossenschaften dieser Richtung erlebten besonders in den 1920er Jahren eine Blütezeit. In den 1970er und 1980er Jahren fand eine Anknüpfung an diese Genossenschaftstradition statt, und es wurden einige „alternative“ Wohnprojekte unter dem Motto „gemeinsam Wohnen, Arbeiten und Bauen“ realisiert. Diese lebensweltlich eng begrenzten Wohnprojekte konnten jedoch größere Bevölkerungsgruppen nicht ansprechen und bewegten sich stets in einer kulturellen und sozialen Nische. Gleichwohl knüpften die Hamburger Wohnprojekte, von denen noch zu sprechen sein wird, an diese Tradition an. Da die Größe der Wohngruppenprojekte besonders in den 1980er Jahren zumeist sehr überschaubar blieb, konnten von ihnen zwar wohn- und sozialreformische Impulse ausgehen, aber sie stellten keine tragenden Säulen der Stadtteilentwicklung dar.

1 K. Novy, Wohnreform in Berlin – Eine Entwicklungsskizze. Berlin 1991, S. 7-23.

Im Gegensatz zu den traditionellen gemeinschaftsorientierten Wohnprojekten gründen sich die neuen Projekte heutzutage nicht auf Armut, sondern beruhen auf Wohlstand und hohen sozialer Ausdifferenzierung.<sup>2</sup> Angesprochen sind jene sozialen Zielgruppen, die in den letzten Jahrzehnten bevorzugt öffentlich gefördert wurden, wengleich auch die Fördereffizienz sehr bescheiden blieb, wie an der nur langsam ansteigenden Wohneigentumsquote ersichtlich ist.

## 2. Formen der Baugemeinschaften

Die Baugemeinschaften haben sich in den letzten Jahren sehr differenziert,<sup>3</sup> sodass viele Varianten entstanden sind, die der Gruppe der Baugemeinschaften zugeordnet werden können. Es können folgende Grundtypen unterschieden werden:

- Freie Baugemeinschaften
- „Architekten-Baugemeinschaften“
- Bauen in Nachbarschaft
- Genossenschaftliche Baugemeinschaften

### 2.1 Freie Baugemeinschaften

Eine Pionierfunktion bei der Herausbildung Freier Baugemeinschaften<sup>4</sup> nahmen die Stadtentwicklungsprojekte in Freiburg im Breisgau (Vauban und Rieselfeld) und in Tübingen (Französisches Viertel / Loretto) ein. Die Impulse gingen entweder von Nutzergruppen aus (Freiburg-Forum Vauban), oder sie wurden von städtischen Akteuren initiiert (Tübingen).

Freie Baugemeinschaften waren in der Tübinger und Freiburger Stadtentwicklung zunächst ein Baustein von mehreren. Nachdem die Konversionsprojekte weitgehend realisiert sind und inzwischen zahlreiche Erfahrungen vorliegen, kann gesagt werden, dass die Bedeutung der Baugemeinschaften für die Gestaltung lebendiger Quartiere ausgesprochen groß ist. Inzwischen kann durchaus auch von Baugemeinschaften als

2 J. Brech, Neue Wohnformen – eine neue Baukultur?, in: Wohnprojekte – Baugemeinschaften – Soziale Stadtentwicklung: das STATTAU-Buch, hrsg. von STATTAU Hamburg, Hamburg 2002, S. 47-52, hier 47.

3 In einem Forschungsprojekt der Wüstenrot Stiftung werden derzeit von den Verfassern neue Formen der Wohn-Bau-Beratung und der kommunalen Handlungsstrategien untersucht. Die Ergebnisse dieser Untersuchung, auf die sich zum Teil auch dieser Artikel stützt, werden Ende des Jahres 2006 veröffentlicht.

4 Inzwischen hat sich der Begriff „Freie Baugemeinschaften“ durchgesetzt. „Private Baugemeinschaft“ ist ein synonyme Begriff. Der ältere Terminus „Bauherrengemeinschaft“ wird kaum noch verwendet, u.a. da er auch mit dem „Bauherrenmodell“ in Verbindung gebracht werden kann. Der Tübinger Jurist Friedrich Heinzmann charakterisiert „freie Baugemeinschaften“ als „Bauherrengemeinschaft ohne professionellen Betreuer“; F. Heinzmann, Die freie Bauherrengemeinschaft. Praktische Überlegungen aus juristischer Sicht und Vertragsmuster, Möckmühl 1998, S. 8.

einer „Art von Motoren“<sup>5</sup> der urbanen Stadtentwicklung gesprochen werden. Ohne das Engagement, die Risikobereitschaft und die Innovationskraft der Baugemeinschaften sähen das Französische Viertel und das Loretto-Areal in Tübingen anders aus, so Matthias Schuster, Mitentwerfer des städtebaulichen Rahmenplans der Tübinger Südstadt und Architekt einiger Baugemeinschaftsprojekte.

Andreas Pätz und Cord Soehlke, früherer und heutiger Leiter des Tübinger Stadtansierungsamtes, schrieben hierzu: „So war von Anfang an klar, dass eine Methode gefunden werden musste, die späteren Nutzer schon bei der Grundstücksvergabe als Bauherren an den Bauvorhaben zu beteiligen, und nicht erst, wie bei konventionellen Bauträgern, vergleichsweise spät als Käufer vorgeplanter Wohnungen.“<sup>6</sup> Das Prinzip war einfach: Es schließen sich eine bestimmte Anzahl an Interessenten zur Baugemeinschaft zusammen, klären Detailfragen, suchen einen Architekten und bauen ihr Wohnprojekt. „So einfach die Idee in der Theorie, so kompliziert waren die ersten Versuche der Umsetzung: Wie sehen die Verträge zwischen den verschiedenen Mitgliedern der Baugemeinschaften aus? Was passiert, wenn man sich nicht einig wird? Wie überzeugt man die Banken, trotz einer noch fehlender Mitbauherren Kredite zu geben? Wer bestimmt über was in welchem Maße? Dies sind nur einige Fragen, die für die ersten privaten Baugruppen ernste Probleme darstellten, so dass diese Gruppen als wirkliche Pioniere gelten können.“<sup>7</sup>

Die Pioniere wurden in Tübingen von den Mitarbeitern des Stadtansierungsamts und in Freiburg unter anderem vom Verein Forum Vauban intensiv unterstützt. Es wurden Workshops veranstaltet und Moderationsverfahren erprobt. In Kursen wurde über die passenden Rechtsformen diskutiert und von dem städtischen Justiziar Friedrich Heinzmann ein „Ratgeber“ mit Vertragsmustern erarbeitet.<sup>8</sup> Inzwischen, nach der experimentellen Phase, die intensiver Betreuung und Unterstützung bedurfte, sind Baugemeinschaften stabil und selbsttragend zum „Normalfall“ in diesen beiden Städten geworden und in die zivilgesellschaftlichen und urbanen Netzwerke eingebunden. Im Südwesten Deutschlands haben sich folgende Phasen der Baugruppenbildung durchgesetzt:

- 5 M. Schuster, Baugemeinschaften als Motoren der Südstadt, in: go south. Das Tübinger Modell, Tübingen 2005, S. 26.
- 6 A. Pätz / C. Soelke, Lässt sich Stadtleben planen? Ziele und Werkzeuge, in: A. Feldtkeller (Hgrs.), Städtebau: Vielfalt und Integration. Neue Konzepte für den Umgang mit Stadtbrachen, Stuttgart 2001, S. 68.
- 7 Ebda.
- 8 F. Heinzmann (s. A 4); inzwischen sind mehrere Publikationen veröffentlicht, die gut über Baugemeinschaften informieren. In Halle a.d.S. beispielsweise können Musterverträge der HWG via Internet abgerufen werden; in Schleswig Holstein hat das Innenministerium und die „Arbeitsgemeinschaft Zeitgemäßes Bauen“ einen „Leitfaden für Gruppenwohnprojekte und innovative Wohnkonzepte“ veröffentlicht.

(a) *Interessengemeinschaft*: In der ersten Phase finden sich die Bauwilligen zusammen und klären ihre Vorstellungen. Oftmals einigt sich eine Gruppe auf ein verbindendes Thema, wie beispielsweise ökologisches Bauen, generationenübergreifendes Wohnen oder neue Wohntypologien. Nach dieser Klärungsphase bilden sich Interessensgruppen mit unverbindlichem Charakter. Es wird bereits nach einem Baugrundstück gesucht und um weitere Mitglieder geworben.

(b) *Planungsgemeinschaft*: Die nächste Phase hat bereits verbindlicheren Charakter. Erstmals muss zur Begleichung anfänglicher Kosten und zur Herstellung einer größeren Bindung ein kleinerer finanzieller Beitrag geleistet werden. Ein Ausstieg aus der Gemeinschaft ist aber prinzipiell noch möglich. Die Gruppe beauftragt einen Architekten und Fachplaner; es wird eine ausführliche Baubeschreibung verfasst und ein vollständiger Kostenplan erstellt. Die zukünftigen Wohneinheiten werden verteilt, wobei die Verfahren, mit denen Lagevorteile und Lagenachteile (Dachwohnung versus erstes Obergeschoß) ausgeglichen werden, sehr unterschiedlich sind. Die einzelnen Mitglieder erstellen ihren individuellen Finanzierungsplan und müssen zur Sicherheit den Nachweis der Finanzierung gegenüber der Gemeinschaft belegen, beispielsweise durch eine unwiderrufliche Finanzierungsbestätigung einer Bank. Falls die Baugemeinschaft noch nicht vollständig ist, wird noch um weitere Mitglieder geworben. In dieser Phase sind die Baugemeinschaften am fragilsten und – falls ihnen keine Option<sup>9</sup> (Gewährung eines Planungszeitraums und bindende Zusage der Bereitstellung eines Grundstückes) eingeräumt wird – im Wettbewerb mit klassischen Bauträgern im Nachteil.

(c) *Bau(herrn)gemeinschaft*: In dieser verbindlichen Phase werden das Grundstück gekauft und die rechtlichen Verhältnisse (Teilungsvertrag, Grundbucheintragung) fixiert. Es wird mit dem Bau begonnen, wobei eine Einzelvergabe der Gewerke oder die Vergabe an einen Generalunternehmer möglich ist. In dieser Bauphase müssen auch verschiedene Detailfragen (Farbe für Anstrich, etc.) geklärt werden.

(d) *Eigentümergeinschaft*: Nach der Baufertigstellung wird entsprechend dem Wohneigentumsgesetz geteilt, so dass eine Rechtsgemeinschaft an dem fertigen Gebäude auf sehr lange Zeit besteht. Das Sondereigentum an einzelnen Wohnungen und an den Gewerbeeinheiten wird zugeteilt. Es ist daher ein Verkauf, eine Beleihung und eine Vererbung der einzelnen Einheiten möglich.

Die juristischen Konstruktionen weichen in einigen Städten, z.B. Halle und Leipzig, von dem skizzierten Modell ab. Ein allen Freien Baugemeinschaften gemeinsames Wesensmerkmal ist, dass sie, ohne die Hinzuziehung von kommerziellen Bauträgern, im Wohneigentum die individuellen Wohnwünsche gemeinsam mit anderen Personen-

9 In Süddeutschland wird zumeist von Option gesprochen, hingegen in Norddeutschland von Inhandgabe.

gruppen realisieren. Die oftmals als Gegensatz aufgefassten Begriffe wie Eigentum und Gemeinwesen, Individualität und Gemeinschaft oder Privatheit und Öffentlichkeit werden entideologisiert und in einer neuen Form und Interpretation angewandt.

Diese neue „Baukultur“ wird exemplarisch in den Innenhöfen im Französischen Viertel / Loretto in Tübingen praktiziert. Grundlage für diese „Gärten der Demokratie“ ist der individuelle Besitz an Grundstücksanteilen. Unmittelbar am Haus wird die Terrasse als schmaler Streifen privat genutzt. Der sonstige Innenhof wird aber von allen Bewohnern gemeinsam geplant und – unabhängig von individuellen Besitzrechten – gemeinsam genutzt. Dadurch entsteht eine klare Trennung von öffentlichem Raum zur Straße und privatem, aber überwiegend quartiersintern genutztem Raum im Innenhof. Der Widerspruch von privatem Besitz und gemeinschaftlicher Nutzung besteht nicht weiter fort. Die Verschränkung von privatem Grundbesitz, gemeinschaftlicher Planung und Nutzung sowie „überschaubare“ Verantwortlichkeiten lässt robuste urbane und soziale Strukturen entstehen.

Zumeist eint eine Freie Baugemeinschaft eine verbindende Idee. Baugruppen bilden sich, weil sie z.B. generationsübergreifend zusammenwohnen wollen oder weil sie gemeinsam eine Zielsetzung verfolgen, die sich von einzelnen Bauherren wesentlich schlechter realisieren lässt (Passivhaus-Verbund, Blockheizkraftwerk, Wohnen ohne Auto usw.). Die verbindende Idee kann ausgesprochen vielfältig sein, wie auch die Namen der Baugruppen dies bereits ausdrücken (z.B. „Mittendrin“, „Kunst & Wohnen“, „Wohnen + Arbeiten in Lofts“, „Inferno verde“, „Haus Kristall“ oder „Mistral“). Entsprechend dieser verbindenden Idee gehören diese Gruppen oftmals einem homogenen sozialen Milieu an, was auch zu geringeren sozialen Konfliktpotentialen führen kann. Der sozialen Homogenität auf der Parzelle soll in manchen Konzepten wiederum eine soziale Pluralität im Quartier gegenüberstehen.

In einer Untersuchung über die Tübinger Südstadt kam allerdings Katharina Manderscheid zu dem Ergebnis, dass in der Bewohnerstruktur „eine starke Überrepräsentation der hochgebildeten und modernisierten sozialen Milieus (besteht), deren Vorstellungen und Ideale die urbanen Quartiersqualitäten offenbar stärker entsprechen. Das heißt, dass die neu gebaute Urbanität, die zur sozialen Vielfalt führen sollte, selbst sozial exklusiv wirkt.“<sup>10</sup> Zwar ist wahrscheinlich, dass methodische Probleme der Untersuchung wie eine selektive Rücklaufquote der schriftlichen Befragung zu einer Überschätzung der Dominanz der genannten Milieus geführt haben. Unabhängig davon handelt es sich bei der Frage der sozialen Homogenität um einen wichtigen, unter Umständen sogar neuralgischen Aspekt bei der Beurteilung von Funktion und Leistungsfähigkeit von Baugemeinschaften als Träger neuer Stadtteile.

10 Vgl. K. Manderscheid, Städtische Vielfalt im Quartier als milieuspezifische Vorstellung vom „guten Wohnen“, in: Die alte Stadt 31. Jg. (1/2004) S. 38-57.

Zu Beginn der städtebaulichen Maßnahme war die Südstadt in Tübingen kein bürgerliches Stadtquartier. „Die heute in der Südstadt vorhandene Bevölkerungsstruktur mit einem hohen Anteil an Zuwandern, die erst im Zuge der geplanten Entwicklung ausgeglichen werden kann,“ so die Aussage im Städtebaulichen Rahmenplan 1993, „erfordert in der Anfangsphase des Projekts besondere Anstrengungen im Bereich der Sozial- und Gemeinwesenarbeit“<sup>11</sup>

Die ersten Pioniere, die das Experiment „Freie Baugemeinschaften“ wagten, gehörten sicherlich dem von Manderscheid genannten modernen, akademisch geprägten Milieu an. Inzwischen – mit dem Erfolg des Modellprojekts und mit dem reichen Erfahrungsfundus – findet eine Ausweitung der Akteure statt, wodurch die Südstadt insgesamt, so die Aussage von Cord Soelke, zu einem normalen Stadtquartier geworden ist. Dies gilt beispielsweise dann, wenn man der Betrachtung die Quote der Tübinger ohne eine deutsche Staatsangehörigkeit oder die soziale Schichtung zugrunde legt. So gesehen, konnte im städtebaulichen Entwicklungsbereich Südstadt durch den Baustein „Freie Baugemeinschaften“ eine sozialräumliche Ungleichheit ausgeglichen und ein neues Wohn- und Arbeitsquartier stabilisiert werden.

Dennoch bleibt der Aspekt der sozialen Homogenität der Bewohner durchaus kritisch zu betrachten. Wahrscheinlich bedarf es einer gewissen Stabilität der Lebensweise von Interessenten, um die Erwartungen zu erfüllen, die seitens der Gemeinschaft an die Verlässlichkeit hinsichtlich Lebenslage und Finanzierung gestellt werden. Spätestens dann, wenn eine Baugemeinschaft klar definierte Zielsetzungen (Energie, Ökologie) verfolgt oder einen Gegenentwurf zur wachsenden Individualisierung und Vereinsamung darstellen soll, wird die Selbstselektion in Freien Baugemeinschaften erst tatsächlich im Sinne einer sozialen Homogenisierung wirksam. Dieser Effekt schwächt sich umso stärker ab, je größer die Anzahl der Baugemeinschaften und damit je differenzierter die Zielsetzungen werden. Der für die erste „Grundsteinlegung“ zunächst noch erforderlichen ersten Generation risikobereiter Pioniere folgen nach einiger Zeit weitere Gruppen, deren Nachfrage vor allem von den zwischenzeitlich für diesen Standort erreichten Perspektiven geleitet wird.

## 2.2 „Architekten-Baugemeinschaften“

Beim Typ der „Architekten-Baugemeinschaften“ bleiben die herkömmlichen Bauträger ausgeschaltet, aber es findet eine Umkehrung der Gründungsimpulse von Architekten und Baugemeinschaften statt. Nicht die Baugemeinschaft beauftragt nach einer Ideenphase einen Architekten, sondern die Architekten suchen zur Realisierung ihrer Ideen eine Baugemeinschaft. Sie sind sicherlich ein Reflex der schlechten Arbeitsmarktsituation für Architekten, sie werden aber auch getragen und gefördert durch die Sympathie der Architekten für diese Wohnformen.

11 *Stadt Tübingen*, Städtebaulicher Rahmenplan „Stuttgarter Straße / Französisches Viertel“, Tübingen 1994, S. 28



Abb. 1: Projekte Freier Baugemeinschaften in der Tübinger Südstadt (Foto: Autoren).



Abb. 2: Projekt einer „Architekten- Baugemeinschaft“ in Karlsruhe, Dragonerkaserne (Foto: Autoren).

In zahlreichen Städten mit einer reicheren Tradition an innovativen Wohnprojekten haben sich inzwischen Büros auf die Realisierung von gemeinschaftsgeprägten, partizipatorischen Wohnprojekten spezialisiert und können neben ihrer engeren fachlichen Kompetenz auch reiche Moderationserfahrungen einbringen.<sup>12</sup> In den „Architekten-Baugemeinschaften“ ist die Experimentier- und Diskussionsfreudigkeit oftmals nicht so ausgeprägt wie in Freien Baugemeinschaften, jedoch kann die mögliche Professionalität der Architekten zu einem strafferen Planungs- und Bauprozess führen. Häufig ist auch eine einheitlichere Architektursprache erkennbar.

### 2.3. Bauen in Nachbarschaft

Baugemeinschaften differenzieren sich inzwischen stark aus. Die Grenzen zwischen den einzelnen Formen verwischen sich. Ein Typus, der eine Übergangsform darstellt, kann als „Bauen in Nachbarschaften“ bezeichnet werden. Er ist zwischen den Freien Baugemeinschaften und den Bauträgermodellen zu verorten.

Das Ausmaß der Beteiligung ist in diesen Projekten niedrig und beschränkt sich überwiegend auf die Berücksichtigung individueller Wünsche beim Innenausbau. Gemeinschaftseinrichtungen sind in diesen Wohnprojekten oftmals nicht vorhanden. Die Grünanlagen werden privat ausgewiesen, zum Teil aber nicht durch Zäune oder Barrieren getrennt. Durch die starke Stellung des Architekten bzw. Projektentwicklers kann eine einheitliche äußere Formgestaltung umgesetzt werden.

Ein Beispiel für dieses Modell ist die „Baugemeinschaft“ im Weberviertel in Potsdam. Um Einfluss auf die Qualität im Kernbereich des Sanierungsgebietes zu behalten, initiierte das Büro Stadtkontor als treuhänderischer Sanierungs- und Entwicklungsträger eine Baugemeinschaft. Es gelang, gemeinsam mit den neuen Hauseigentümern eine qualitätvolle Bebauung inmitten des Sanierungsgebietes zu realisieren.

### 2.4. Genossenschaftliche Baugemeinschaften

Neben den gemeinschafts- und eigentumsorientierten Wohnprojekten haben sich in den letzten beiden Jahrzehnten zahlreiche neue genossenschaftliche Wohnprojekte gebildet. Diese „alternativen“ Genossenschaften standen den Ökologie- und Hausbesetzer-Szenen oftmals sehr nahe. Ihre Wohnprojekte verwirklichten sie anfänglich zumeist im Bestand. Neuerdings werden verstärkt Wohnprojekte im Neubau, auch jenseits der „Szene-Viertel“ realisiert. Durch ihre teilweise militanten Aktionsformen trugen sie zur Polarisierung bei, sensibilisierten zugleich aber auch die Öffentlichkeit für städtebauliche Probleme. Letztlich lieferten diese Wohnprojekte wichtige Impulse für die „behutsame“ Stadtsanierung und trugen zur Befriedung ganzer Stadtquartiere bei. In eine Reihe dieser Wohnprojekte wurden auch soziale „Dienstleistungen“ integriert.

12 Z.B. in Hamburg die Büros Reinig, Huke-Schubert, stattbau, Neitmann, Reumschüssel; in Lübeck Steffen; in Stuttgart Lehen drei, in Karlsruhe Pia, Humpert Architekten; in Berlin roedig.schop architekten oder in Leipzig dura architekten; vgl. Bauwelt (11) 2006.

Zweifelsfrei ist Hamburg die Hochburg der neuen genossenschaftlichen Wohnprojekte-Bewegung in Deutschland. In dieser Stadt wurden für die unterschiedlichsten sozialen Milieus und Lebensstilgruppen (Familien, Alleinerziehende, Alleinstehende, Lesben, Graue Panther, Homos etc.) vielfältige Wohnprojekte realisiert. Inzwischen werden dort auch Freie Baugemeinschaften nach dem süddeutschen Muster gefördert. Verwaltungsinterne Fürsprecher sind die Mitarbeiter der städtischen Agentur für Baugemeinschaften. Die ehemals starre Gegenüberstellung von traditionellen und neuen Baugenossenschaften wird auch in Hamburg vorsichtig aufgelöst. Statt der Konfrontation deuten viele Zeichen auf eine Kooperation.

Genossenschaftliche Wohnprojekte gewinnen auch deshalb an Bedeutung, weil mit dem Niedergang des traditionellen sozialen Wohnungsbaus die Wohnraumversorgung von einkommensschwachen Gruppen in den Städten immer problematischer wird. Es haben sich daher auch in anderen deutschen Städten (u.a. in Darmstadt-Wohnsinn, Freiburg-Genova, München-Wagnis) neue genossenschaftliche Wohnprojekte gegründet. Durch ihre Experimentierfreude sind sie wieder Träger einer neuen Wohnreform. Interessant ist auch, dass sich verschiedene Eigentumsformen in einem Projekt vermischen. So sind in Stuttgart, München oder Tübingen jeweils Wohnprojekte realisiert worden, in denen „Miet-“, und „Eigentumsgenossen“ in einem Haus zusammen wohnen und so zur sozialen Durchmischung des Quartiers beitragen.

### 3. Baugemeinschaften und Stadtentwicklung

Der Beitrag der Baugemeinschaften zur Stadtentwicklung ist in den einzelnen Städten sehr unterschiedlich zu bewerten. Es gibt die Beispiele der Konversionsgebiete in Tübingen und Freiburg, in denen den Baugemeinschaften ein hoher Stellenwert eingeräumt wurde und die insgesamt betrachtet als gelungen angesehen werden können. Die jetzt bereits erkennbaren urbanen Qualitäten wurden mit der Verleihung mehrerer Preise gewürdigt. In diesen beiden Städten wurden die risikobereiten Pioniere in der Anfangsphase intensiv beraten und gefördert. Da es sich um städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen handelte, konnten Optionen für Grundstücke (sechs Monate mit Verlängerungsmöglichkeit) eingeräumt werden. Auf diese Weise wurde den Gruppen ausreichend Zeit gelassen, um sich zu finden und zu festigen, und die Bauinteressenten konnten so tragfähige Finanzierungspläne erstellen.

Eine vergleichbare Bedeutung hatten Baugemeinschaften auch im prozesshaften Bau- und Wohnberatungsexperiment Smiley-West in Karlsruhe. Dort wurde das Gebiet in drei Bauphasen mit Freien Baugemeinschaften entwickelt, wobei diese auch an der Erstellung des städtebaulichen Rahmenplans beteiligt wurden.<sup>13</sup>

13 Der Prozess ist gut dokumentiert in: *Wüstenrot Stiftung Ludwigsburg* (Hrsg.), *BauWohnberatung Karlsruhe*. Wissenschaftliche Begleitung des Modellprojektes einer prozesshaften Wohnberatung,

Es gibt allerdings auch Beispiele, in denen Baugemeinschaften zwar eine tragende Rolle in der Stadtteilplanung einnehmen sollten, dieser Erwartung aber nicht annähernd gerecht werden konnten. Beispiele hierfür sind die Unterneustadt in Kassel und das Quartier Wohnpark Römerstraße in Ulm. In anderen Stadtentwicklungsgebieten wiederum werden Baugemeinschaften gefördert, nachdem städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen ins Stocken geraten sind, wie in den Berliner „Wasserstädten“, in Darmstadt Kranichstein oder im Vaubangebiet in Landau in der Pfalz.

In zahlreichen Städten – u.a. Stuttgart, Hannover oder Esslingen – werden derzeit Überlegungen angestellt, wie das Bauen mit Baugemeinschaften gefördert werden kann. Im Vordergrund stehen nicht mehr die großen Stadtentwicklungsmaßnahmen auf industriellen Brachen oder militärischen Konversionsflächen, sondern einzelne Baulücken, die im Rahmen des kommunalen Flächenmanagements als für den Wohnungsbau geeignet angesehen werden.<sup>14</sup> Dadurch soll der Abwanderung gerade junger Familien ins Umland entgegengewirkt werden. Die Tätigkeit des Beratungsbüros „selbstnutzer.de“/Immothek in Leipzig, das engagiert Baugruppen fördert, ist für diese Praxis ein gutes Beispiel. Es gelang hier, die Stadtfucht zu stoppen und einzelnen Quartieren eine neue Entwicklungschance zu geben.

#### 4. *Baugemeinschaften, Partizipation und Subsidiarität – Baugemeinschaften als Träger neuer Stadtteile?*

Die Frage, welche Funktion und welchen Anteil insbesondere die Freien Baugemeinschaften an der Entwicklung neuer Stadtteile oder an der Revitalisierung und Stabilisierung bestehender Quartiere übernehmen können, lässt sich nicht beantworten, ohne die aktuellen Tendenzen und Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung mit einzubeziehen. Es sind vor allem zwei Entwicklungsstränge, die unseres Erachtens dazu geführt haben, dass Baugemeinschaften eine wichtige Rolle der Stadtentwicklung übernehmen können:

- Die veränderten finanzpolitischen Rahmenbedingungen für die Kommunen verstärken die Abkehr vom traditionellen Leitbild eines zwar durch Mehrheitsentscheid legitimierten, jedoch administrativ intervenierenden Politikmodus. Die Kommunen sind zur Bewältigung der anstehenden Aufgabe eines umfassenden Stadtumbaus darauf angewiesen, ihre bisherigen Zuständigkeitsbereiche für die Mitwirkung ihrer Bürger zu öffnen.

Ludwigsburg 2003; G. Kuhn / C. Simon, BauWohnberatung Smiley West, Karlsruhe, in: *Wüstenrot Stiftung Ludwigsburg* (Hrsg.), *Wohnen im Eigentum in der Stadt*, Stuttgart 2004, S. 188-193.

14 B. Scholl, *Wohnbauentwicklung steuern – Bauentwicklung und Flächenmanagement*, in: *Wüstenrot Stiftung Ludwigsburg 2004* (s. A 13), S. 52-61.



*Abb.3: Bauen in Nachbarschaft  
im Potsdamer Weberviertel  
(Foto: Autoren)*

- Engagierte Bevölkerungsgruppen erweisen sich als immer kompetenter und handlungsfähiger, um mit der öffentlichen Hand oder privaten Unternehmen zu kooperieren, wobei der Grad der Institutionalisierung und der Verbindlichkeit entsprechend den Erfordernissen variiert werden kann. Die in den kooperativen Verfahren gewonnenen Erfahrungen aller Beteiligten (Kommunen, Wirtschaft und Privatpersonen) befördern die gemeinsame Verständigung über die übergeordneten Zielen und Aufgaben der Stadtentwicklung.

Mit dem Ausbau des modernen Sozialstaates im vergangenen Jahrhundert war die Vorstellung verbunden, der Staat sei eine Art zentrale Problemlösungsagentur, die für alle gesellschaftlichen Anliegen und Aufgaben verantwortlich sei – die Befriedigung der individuellen Bedürfnisse eingeschlossen. Die Beteiligung von Bürgern an der Gestaltung der Gesellschaft wurde auf vielen Ebenen zugunsten von Spezialisten und Fachleuten zurückgestellt. Dies galt auch für die Stadtpolitik. Dem einzelnen Bürger wurde kaum noch Engagement abverlangt, ihm zugleich aber auch immer weniger Spielraum für Veränderung und damit für eine Identifikation mit dem Gemeinwesen gelassen.

Seit einiger Zeit stößt die Leistungskraft des Staates bekanntlich an immer engere Grenzen – es fehlt dabei nicht nur an finanziellen Ressourcen, auch die wirtschaftliche und soziale Reichweite des politischen Gestaltungswillens lässt nach. Und selbst da, wo der Staat noch gestalten will und dafür noch über Mittel verfügt, haben globale wirtschaftliche, technische und kulturelle Entwicklungen die räumlichen Grenzen seiner Zuständigkeit gesprengt.

Parallel hierzu haben engagierte Menschen in vielen anderen Bereichen – beispielsweise in der ökologischen Bewegung – sich handlungsorientierte Strukturen geschaffen, die mit wachsender Selbstverständlichkeit in neue Formen des Zusammenwirkens



Abb. 4: Genossenschaftliche Baugemeinschaft „Wagnis“ in München (Foto: Autoren)

zwischen öffentlicher und privater Seite eingebunden werden. Infolge dieser Prozesse haben subsidiäre Lösungen in den letzten Jahren an Gewicht gewonnen. Von nahezu allen Seiten wird wieder mehr Eigeninitiative und mehr Eigenvorsorge gefordert. Solche Tendenzen gibt es auch beim Städtebau. Viele Kommunen erfüllen ihre städtebaulichen Aufgaben heute zunehmend nicht mehr allein, sondern übertragen sie auf Dritte, meist an anonyme Investoren. Damit ist allerdings die Gefahr verbunden, dass lokale, bürgerschaftliche Interessen nicht im ausreichenden Maße artikuliert und berücksichtigt werden können.

Es gibt keinen Zweifel daran, dass die Qualität unserer gebauten Umwelt und der Umgang mit ihr nicht alleinige Aufgabe professioneller Planer sein kann, sondern unter eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung fällt. Wie aber können Bürger heute Verantwortung für ihre Stadt übernehmen, sich mit ihr identifizieren und darin Präsenz und Gestaltungswillen auch baulich manifestieren? Wie kann die Idee des Stadtbürgers, wie er einst die alten europäischen Handels- und Handwerkerstädte prägte, in einer neuen Form wiederbelebt werden?

Die Chancen dafür stehen gar nicht so schlecht, denn seit einer Reihe von Jahren lässt sich wieder ein steigendes öffentliches Interesse an städtebaulichen und gestalterischen Themen beobachten. Erkennbar wird dies auch an der wachsenden Zahl an Beteiligungsverfahren und Kooperationsprojekten zwischen Bürgern, Kommunen und Wirtschaft, die auf unterschiedlichen Ebenen und in vielen unterschiedlichen Formen stattfinden. Zugleich umfassen deren Inhalte und Zielsetzungen inzwischen nahezu das ganze Spektrum der Stadtentwicklung und der Stadterneuerung, darunter auch die Revitalisierung einzelner Quartiere und historischer Zentren, die Standortsuche für Schlüsselprojekte der kommunalen Entwicklung oder die Ausarbeitung und Umsetzung neuer, eigenständiger Standortprofile zur Sicherung der lokalen Zukunftschancen.

Für die Kommunen sind Beteiligungsverfahren und Kooperationsprojekte unabhängig von ihren konkreten Inhalten wichtig. Je weniger die Kommunen in der Lage sind, die Strukturen und die Elemente der städtischen Entwicklung weiterhin allein durch administratives Handeln zu bestimmen, desto wichtiger wird ein neues Politikverständnis, das ihnen verstärkt die Rolle als Moderatoren eines Prozesses zuweist, in dem sie sich der Unterstützung anderer gesellschaftlicher Kräfte versichern.

Die Logik der mittlerweile erprobten und verbreiteten Beteiligungsverfahren schließt ein, andere Organisations- und Kompetenzstrukturen nicht nur zu erkennen, sondern auch anzuerkennen und zu respektieren. Die mit der Durchführung solcher Beteiligungsverfahren erworbenen Kompetenzen ermöglichen es den Kommunen, angesichts der fortschreitenden Individualisierung der Gesellschaft und der Pluralisierung von Lebensstilen in den Baugemeinschaften neue Partner zu finden, mit denen sie sich in einem gemeinsamen Prozess auf zukünftige Ziele der Stadtentwicklung verständigen können. Dies ist der Hintergrund, vor dem Baugemeinschaften als Träger neuer Stadtteile oder als Motoren der Erneuerung und Revitalisierung bestehender Quartiere eine wichtige Rolle übernehmen können. Freiburg und Tübingen sind mit ihren unterschiedlichen Entstehungshintergründen die herausragenden Beispiele für die Potenziale, die in dieser Beteiligung liegen. Aber auch Hamburg oder Leipzig, in denen die Rolle der Baugemeinschaften in Form von über die ganze Stadt verteilten einzelnen Projekten wirksam wird, verdeutlichen die Vielfalt der Möglichkeiten für eine Integration neuer Formen bürgerschaftlicher Beteiligung im Prozess der Stadterneuerung und des Stadtumbaus.

Barbara Engel

## Die blauen Städte Sibiriens *Ursprünge, Gegenwart und Perspektiven*

### *1. Die Entstehung der Blauen Städte*

„Blaue Städte“ ist die literarische Bezeichnung für Städte, die nach dem Zweiten Weltkrieg in Sibirien und dem Fernen Osten gegründet wurden. Der im Volksmund verwendete Begriff geht auf ein Lied aus einem sowjetischen Kinofilm „Zwei Sonntage“ zurück, in dem diese Städte als Realisierung eines Traumes von einem besseren Leben besungen werden. Die Farbe Blau meint dabei „unwirklich“ und „traumhaft“ und steht für den Enthusiasmus und die Aufbruchsstimmung nach dem Krieg, die die ersten Bewohner mit der Gründung dieser Städte verbanden. Für sie waren die Städte Synonym für Fortschritt und Wohlstand. Mit dem Aufbau dieser Städte verknüpften sich große Hoffnungen auf einen wirtschaftlichen Aufschwung des Landes und damit auch persönliche Entwicklungsperspektiven. Die Tatsache, dass die Städte allen anderen Sowjetbürgern nicht zugänglich waren und sich auch die Presse ausschwig, bot zudem großen Raum für Spekulationen über Gestalt und Realität des Lebens in den Blauen Städten und führte gewissermaßen zu einem geheimnisumwobenen Image.

#### *1.1 Neue Industriestädte in Sibirien*

Im Zeitraum von 1955 bis 1975 wurden in Sibirien zahlreiche neue Städte an großen Energieknotenpunkten, in der Nähe neuer Industriestandorte oder als Zentren der Forschung und Wissenschaft realisiert.<sup>1</sup> Sie liegen an neuen Verkehrsstrassen und Entwicklungsachsen, die ausgehend von wichtigen Städten an der Transsibirischen Eisenbahn nach Norden führen. Einige dieser Städte wurden als hoch spezialisierte, meist mit militärisch-industriellen Komplexen ausgestattete Standorte errichtet; diese waren für Besucher gesperrt und wurden deshalb als geschlossene Städte bezeichnet.<sup>2</sup>

1 Vgl. S. Semzov, Probleme der neuen Städte, in: Kunst und Literatur 12 (1970), S. 1296.

2 I. Brade / J. Percik / D. Piperski, Die Raum-, Regional- und Städteplanung in der früheren UdSSR. Voraussetzungen für die Herausbildung des gegenwärtigen Städtesystems in der Russischen Föderation, in: I. Brade / F.-D. Grimm (Hrsg.), Städtesysteme und Regionalentwicklungen in Mittel- und Osteuropa, Russland, Ukraine, Polen, Leipzig 1998, S. 45.

Anfang des 20. Jahrhunderts wies die Sowjetunion zum Zeitpunkt ihrer Gründung nur ein weitmaschiges Netz von Klein- und Mittelstädten sowie kleinere Städteagglomerationen in den Einzugsgebieten von Großstädten auf.<sup>3</sup> Mit den Wirtschaftsprogrammen zur Industrialisierung des neuen Staates erweiterte sich mit rasanter Dynamik auch das Siedlungsnetz, das sich über den gesamten Norden des Landes erstreckte.<sup>4</sup> In diesem Zusammenhang standen auch die zahlreichen neuen Stadtgründungen. Die Verfügbarkeit von enormen Ressourcen an Raum und Bodenschätzen, gepaart mit der Verfügbarkeit billiger Arbeitskräfte, führte zu einem extensiven Wirtschaftsaufbau.<sup>5</sup> Mit außerordentlichem Aufwand an Erschließungs- und Unterhaltungskosten wurde der Naturraum Sibiriens erschlossen.<sup>6</sup> Zur Gewinnung und Ausbeutung der umfassenden Bodenschätze entstanden in den Regionen West- und Ost Sibiriens, im Fernen Osten und in Mittelasien aus gesamtstrategischen Gründen, vor allem in den 1960er und 1970er Jahren fast neue 800 Industriestädte<sup>7</sup> (vgl. Abb. 1 und 2)

Vierorts erschwerten Dauerfrostböden, ungünstige Reliefverhältnisse und andere oft extreme klimatische und naturräumliche Gegebenheiten eine Besiedelung und schlugen sich in immensen Kosten bei der Errichtung von Gebäuden und Infrastruktureinrichtungen nieder.<sup>8</sup> Verkehrsverbindungen über Schiene und Straße wurden daher meist auch nur mangelhaft realisiert. Viele der Blauen Städte waren nur über ungenügend ausgebaute Straßen und über die Flughäfen mit Moskau und anderen Städten der UdSSR verbunden.<sup>9</sup>

Das Konzept der Erschließung Sibiriens sah die Errichtung dauerhaft besiedelter Orte, so genannte „Schwerpunktstädte“ oder „Stützstädte“ im Süden sowie die Errichtung von Basisstädten und kleineren Ortschaften im Norden vor.<sup>10</sup> Grundlegendes Ziel der „sozialistischen Besiedelung“ war das Bestreben, eine übermäßige Entwicklung großer Städte zu verhindern und stattdessen verstärkt die Entwicklung von Klein- und Mittelstädten zu fördern.<sup>11</sup> Dabei waren die Basisstädte die Zentren einer Industrieregion und Ausgangsbasis für weitere Erschließungen. Neben den grundlegenden Produktionsfunktionen erfüllten diese Städte auch kulturelle und häufig administrative Aufgaben. In ihnen befanden sich die Bau- und Versorgungsbetriebe,

3 Vgl. *M. B. Mazanova*, Siedlungsstruktur und Urbanisierung, Leipzig 1981, S. 21 ff.

4 Vgl. *S. Semzov* (s. A 1), S. 1295-1296.

5 Vgl. *G. Tumanik*, Aktuelle Problem der Erschließung Sibiriens, in: *BTU Cottbus* (Hrsg.), Die Zukunft der Blauen Städte Sibiriens, Cottbus 2001, S. 81 ff.

6 *A. Kappeler*, Russische Geschichte, München 1997, S. 78.

7 *E.N. Percik*, Gorod v Sibiri. Problemy, opyt. Poisk reshenij, Moskau 1980, S. 120.

8 Vgl. *G. Tumanik* (s. A 5), S. 79.

9 Ebda., S. 79.

10 *I. Brade u.a.* (s. A 2), S. 34.

11 *B. Heumann*, Über einige Erfahrungen und Probleme im Städtebau und in der Architektur, in: Deutsche Architektur 12/ 21 (1972), S. 709



Abb. 1: Beispiel neuer Stadt in Russland. Erdölförderung in Usinsk; aus: *J.B. Chromov, Landschaftnaja architektura gorodov Sibiri i Evropejskogo severa, Leningrad 1971, S. 95.*

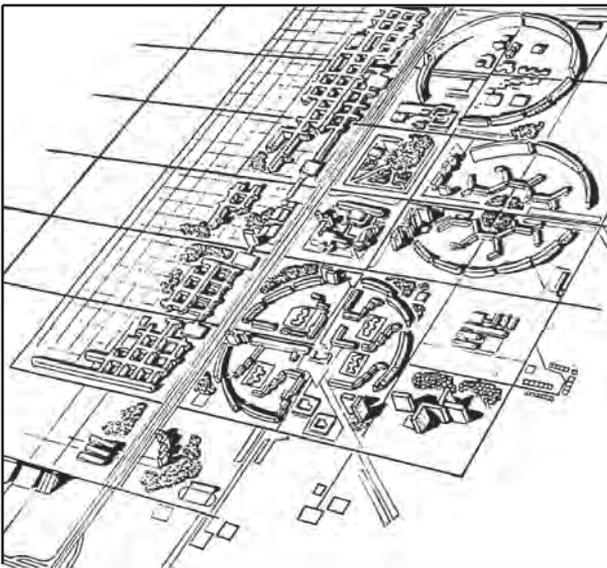


Abb. 2: Beispiel neuer Stadt in Russland: Wissenschaft in Akademgorodok; aus: *J.B. Chromov* (s. Abb. 1).

die für die Errichtung der Industrie- und Kulturobjekte sowie der Siedlungen des Gebietes erforderlich waren.<sup>12</sup>

Dieses Planungskonzept wurde erst 1975 in ein gültiges Regelungsdokument überführt: Mit dem „Generalschema der Siedlungsstruktur auf dem Territorium der UdSSR“ wurde das Programm für die weitere Entwicklung des Landes festgeschrieben, das damit eine gleichmäßige Verteilung von neuen Städten über das gesamte Territorium des Landes vorsah<sup>13</sup> (vgl. Abb. 3).

Die Klassifizierung der Städte erfolgte nach ihrer Größe (Bevölkerungszahl) und nach funktionellen Typen. So unterschied man Siedlungen städtischen Typs, Klein-, Mittel- und Großstädte und außerdem die jeweilige Branchenspezialisierung in der Industrie, im Wissenschafts- oder Dienstleistungsbereich.<sup>14</sup> In den ersten fünfzig Jahren seit Gründung des Sowjetstaates wurden mehr als 900 neue Städte realisiert.<sup>15</sup> In den 1950er und 1960er Jahren entstanden in der UdSSR jedes Jahr ca. 25 bis 27 Städte, mehr als die Hälfte davon in unerschlossenen Gebieten Sibiriens, des Fernen Ostens, im Hohen Norden und in Mittelasien.<sup>16</sup> Insgesamt wurden in dem Zeitraum von 1926 bis 1989 etwa 1.500 neue Städte und Siedlungen städtischen Typs gebaut.<sup>17</sup> Die Zahlen belegen die immense Dimension des Stadtwachstums in der UdSSR und das hohe Tempo, mit dem die Stadtneugründungen vorgenommen wurden. Im Zeitraum von 1970 bis 1990 stieg die Zahl der Städte mit mehr als 500.000 Einwohnern von 17 auf 34 an,<sup>18</sup> im Jahre 1989 existierten in der UdSSR 341 Städte mit jeweils mehr als 100.000 Einwohnern.<sup>19</sup> Nicht ohne Grund wird Russland auch als „das Land der großen Städte“<sup>20</sup> bezeichnet.

Innerhalb von 60 Jahren änderte sich das Verhältnis von städtischer zu ländlicher Bevölkerung grundlegend: In den Jahren 1926 bis 1989 erhöhte sich die städtische Bevölkerung der UdSSR von 26 auf 189 Millionen, d.h. von 18% auf 66% der Gesamtbevölkerung.<sup>21</sup> Der größte Anteil des Wachstums der Stadtbevölkerung entfiel

12 *Gosudarstvennyj komitet po grazhdanskomu stroite'lstvu i architekture pri gosstroie SSSR*, Planirovka i zastrojka novych gorodov, Moskau 1974, S. 127.

13 *M.B. Mazanova* (s. A 3), S. 14.

14 *E.N. Percik* (s. A 7), S. 228 ff.

15 Diese Zahl benennt der Gosstroj-Vorsitzende Kucherenko in seiner Rede auf der Allunionskonferenz im Jahre 1960. Die auf den ersten Blick propagandistisch anmutende Zahl wird durch zahlreiche Quellen weiterer Fachleute, auch aus dem Ausland, bestätigt; vgl. *A.R. French/F.E.I. Hamilton*, *The Socialist City. Spatial Structure and Urban Policy*, New Yow, 1979; vgl. *J.H. Bater*, *The soviet City. Ideal and Reality*, London 1980.

16 *I. Brade* u.a. (s. A 2), S. 16.

17 *Ebda.*, S 17.

18 *Vishnevsky* 1996 zit. nach *D. Piperski*, *The cities of Russia: some recent trends and experience of regional and urban planning*, in: *GeoJournal*, 43/4 (1997), S. 395.

19 *I. Brade* u.a. (s. A 2), S. 16.

20 *D. Piperski* (s. A 18) S. 385.

21 *I. Brade* u.a. (s. A 2), S. 16.

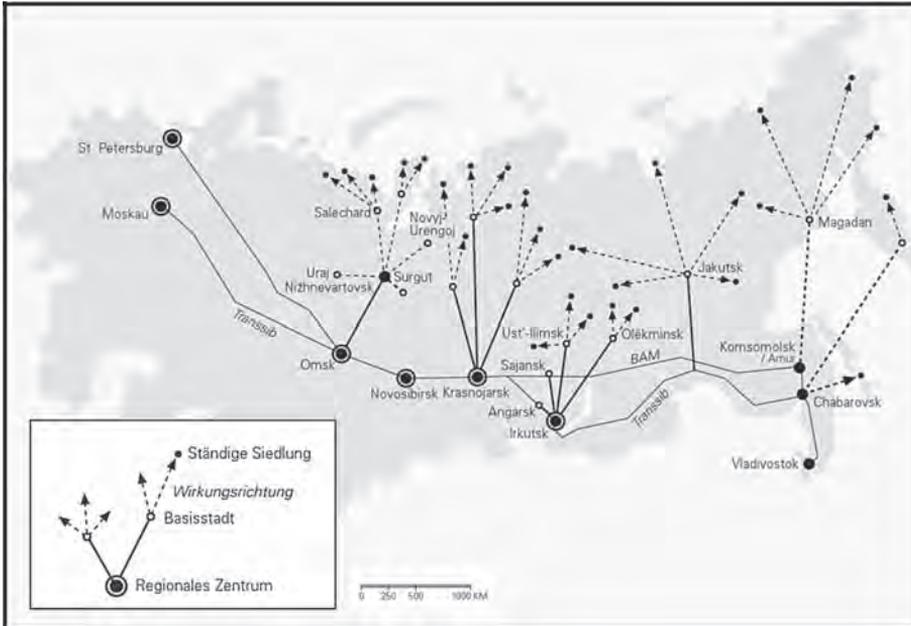


Abb. 3: Schema der Stadtentwicklung. Die Zeichnung gründet sich auf mehrere Gespräche mit dem früheren Direktor des Planungsinstitutes LenNIIPgradostroitelstva Viktor I. Smirnov und Prof. Nikitin aus St. Petersburg; außerdem: *Ostsibirische luftgeodätische Gesellschaft*, Roskartografija, 1999 (verändert).

bis in die 1980er Jahre hinein auf den Osten und Nordosten des Landes, d.h. auf Sibirien, den Hohen Norden und den Fernen Osten. Die Bevölkerungszahl wuchs dort im Zeitraum von 1926 bis 1990 von 11,8 auf 31,4 Millionen Einwohner.<sup>22</sup>

Die Menschen wurden durch die Zusicherung von Privilegien verschiedener Formen sowie durch die Aussicht auf hohe Gehälter und einen besseren Lebensstandard in den Norden gelockt.<sup>23</sup> Die Menschen, die dorthin zogen, erhielten Pässe und genossen damit Reisefreiheit innerhalb des Landes, sie bekamen die Möglichkeit, eine komfortable Wohnung zu beziehen und somit den Barackenbehausungen in ihren Heimatstädten zu entfliehen.<sup>24</sup> Die Urlaubsvergütungen für diejenigen, die sich in

22 Ebd., S. 39 und S. 41 f.

23 E. Giese/H. Klüter, Industrielle Erschließung und Entwicklung Sibiriens, in: *Geographische Rundschau* 42/7-8 (1990), S. 387.

24 M. Meerovich, Gradostroitel'naja politika. Uroki istorii, in: *BTU Cottbus* (Hrsg), Die Weiterentwicklung der Großsiedlungen im 21. Jahrhundert, Cottbus 2002, S. 79.

die Neuen Städte aufmachten, waren gleichermaßen großzügig: Flüge nach Sotschi am Schwarzen Meer waren genauso üblich wie die Besuche bei den Verwandten im europäischen Russland. Aber auch ideologische Gründe, wie z.B. der Wunsch, beim Aufbau neuer Städte mitzuhelfen, in Komsomolzen-Arbeitsgruppen Aufbauarbeit zu leisten und sich als Pionier zu profilieren oder gar eine Karriere aufzubauen, mögen bei den durchweg jungen Menschen, die in den Norden zogen, als Beweggründe eine Rolle gespielt haben.

### *1.2 Die Energiestädte in Ostsibirien – das Beispiel Angarsk*

Als Energiestädte bezeichnet man die neuen Städte Angarsk, Ust'-Ilimsk und Sajansk in der Region Ostsibirien, deren Generalpläne von dem Forschungsinstitut für Städtebau im damaligen Leningrad projektiert wurden. Dieses Institut war dem Ministerium der Atomindustrie unterstellt und erarbeitete nicht nur die Entwicklungs- und Masterpläne, sondern erstellte auch die detaillierte Planung von Wohnquartieren, sozialen und kulturellen Einrichtungen. Nacheinander entstanden Angarsk in den 1950er Jahren als Standort der Chemieindustrie, in den 1960er Jahren Ust'-Ilimsk mit einem Zellulose- und einem Wasserkraftwerk als Hauptzweig der Industrie und in den 1970er Jahren Sajansk, um aus den dort großen Salzvorkommen PVC herzustellen (vgl. Abb. 4)

Der Zeitdruck, unter dem das Institut stand, führte zu einer nachlässigen Detailplanung. Dies betraf insbesondere die Abstimmung der Haustypologien auf die besonderen Bedingungen in Sibirien. Die Planer im fernen Leningrad planten – denkbar ungeeignet für den schneereichen sibirischen Osten – fünf- und neungeschossige Wohnhäuser mit Flachdächern. Gemeinsam ist den drei Städten die starke Prägung durch eine rasch aufgebaute Industrie, das hohe Tempo der städtebaulichen Erschließung, die dem Produktionszuwachs folgte, und eine schwache Ausstattung mit sozialer Infrastruktur.

Alle drei Städte verfehlten das anvisierte Planungsziel. Sie befanden sich zum Zeitpunkt der Perestroika noch im Entwicklungsstadium; die geplanten und prognostizierten Wachstumsgrößen wurden bei weitem, meistens nicht einmal zur Hälfte erreicht. Die Folge davon sind rudimentäre Stadtkörper, denen wichtige infrastrukturelle Einrichtungen oder gar ihre ursprünglich anvisierte polyfunktionale Stadtstruktur und ihre Stadtzentren fehlen. Näher vorgestellt wird hier die Neugründung Angarsk, die mit der Schaffung eines großen Chemiekombinats einherging.

Angarsk war eine der ersten Blauen Städte der Nachkriegsgeneration und wurde als Zentrum eines großen erdöl-chemischen Komplexes 50 km nordwestlich von der Regionshauptstadt Irkutsk geplant.<sup>25</sup> Die Stadt liegt auf einer Fläche von 1.143,78 km<sup>2</sup>, zwischen der Angara und dem Kitoj-Fluss, der nördlich von der Stadt in die Angara

25 B.I. Ogly, *Stroitelst'vo gorodov sibirii* St. Petersburg, Leningrad 1980, S. 117.



Abb. 4: Lage der Energiestädte in Ostsibirien. Im Zuge der Realisierung der Wasserkraftwerke entstanden flussabwärts mehrere Industriestädte; aus: *B.I. Ogly* (s. A 25), S. 120; verändert.

mündet.<sup>26</sup> Im Oktober 1949 begann die Besiedelung der Stadt, als sich 15 Pioniere zwischen diesen beiden Flüssen niederließen, neben dem Kohlelager von Kheremhovo und zwei wichtigen Transportarterien, dem Fluss Kitoj und der Transsibirischen Magistrale.<sup>27</sup> In einer ersten Siedlung wohnten zunächst ca. 30.000 Einwohner, die mit der Realisierung der neuen Stadt im Zuge der Gründung des Erdölchemischen Kombines „Neftichemie“ dorthin umgesiedelt wurden.

Viele Probleme der heutigen Situation von Angarsk haben ihren Ursprung in der allein an industriellen und ökonomischen Interessen orientierten Wahl des Standortes. Die beiden Hauptindustriezweige, Elektrochemie und Ölchemie belegen bandartig riesige Flächen entlang des westlichen Ufers der Angara in wertvollem

26 *GOSKOMSTAT RF*, Irkutskij Oblastnoj komitet Gosudarsvennoj Statsitiki, *Poluvekovoj jubilej Angarska* (2001), S. 7.

27 *Ebda*.

Landschaftsraum.<sup>28</sup> Die eigentliche Stadt entstand weiter westlich, abgetrennt vom Industrieareal durch einen Grünstreifen in Richtung des Nebenarmes der Angara, am Fluss Kitoj, im überschwemmungsgefährdeten Gebiet der Flussniederung.<sup>29</sup> Die gesundheitsschädliche Produktion der Industrien verlangte große Abstandsflächen als Pufferzone zu den Wohngebieten der Stadt, die jedoch mit zwei Kilometern das Zehnfache der üblichen Norm unterschritten wurden. Es entstand eine Bandstadt mit strikt getrennten linearen Funktionsbereichen: Wohnen, Erholen, und Arbeiten. Das Werk nutzte die für die Erschließung und Entsorgung günstige Lage an der Angara und verhinderte somit den Zugang der Stadt zum Fluss, der die Stadt ihren Namen verdankte.

Die Stadt wurde von einem Autorenkollektiv des Planungsinstitutes LenNIIP in St. Petersburg entworfen, darunter die Architekten Mirzoev und Witenberg, das für die Planung und Entwicklung der Stadt von 1948 bis 1980 verantwortlich war. 1972 wurde mit der Entwicklung eines Generalplans begonnen, der 1979 in Kraft trat. Er nahm eine Wachstumsperspektive für 300.000 Einwohner an, die später noch auf 400.000 nach oben korrigiert wurde. 318.000 Menschen sollten auf der rechten Seite und ca. 82.000 auf der linken Seite des Kitoj-Flusses wohnen. In der geometrischen Mitte zwischen den beiden Ursprungssiedlungen der Stadt war das Stadtzentrum vorgesehen.

Angarsk wuchs aus zwei Quartieren zusammen, dem im Norden liegenden Gebiet Maïsk und dem im Südwesten liegenden Stadtteil Kwartal. Es entstanden zwei separate Quartiere mit zwei Zentren, die sich von der Peripherie zum geometrischen Zentrum hin entwickelten, was zu einer unabhängigen Entwicklung der Wohnbezirke mit eigenem Dienstleistungszentrum und schließlich zur peripheren Unterbringung der öffentlichen Einrichtungen führte. Das Stadtzentrum, die potenziell verbindende Mitte zwischen den beiden Stadtteilen blieb leer. Oft wurden zudem auf diesem Standort provisorische Zentren untergebracht, was eine endgültige Gestaltung des Stadtzentrums zusätzlich verhinderte<sup>30</sup> (vgl. Abb. 5a,b).

## 2. Die Blauen Städte in den Zeiten der Transformation

In den vergangenen zehn Jahren haben die Städte Sibiriens durch tiefgreifende politische Veränderungen einen Wandel auf mehreren Ebenen erfahren – in ihrer sozialen, ökonomischen und auch in ihrer baulichen Struktur. Die neuen Städte, einst als Symbolträger für die erfolgreiche Industrialisierung und wirtschaftliche Prosperität

28 Vgl. *W.M. Karro / V.K. Sweschnikov / E.S. Sitnikova et al*, *Nowye industrial'nye goroda. Opyt proektirovanija*, Leningrad 1975, S. 3 ff.

29 Vgl. *B.M. Vjatkina*. *Osobennosti formirovanija planirovochnoj i kompozicionnoj struktury Angarska*, in: *BTU Cottbus* (s. A 5.), S. 151 ff.

30 Ebda., S. 149.

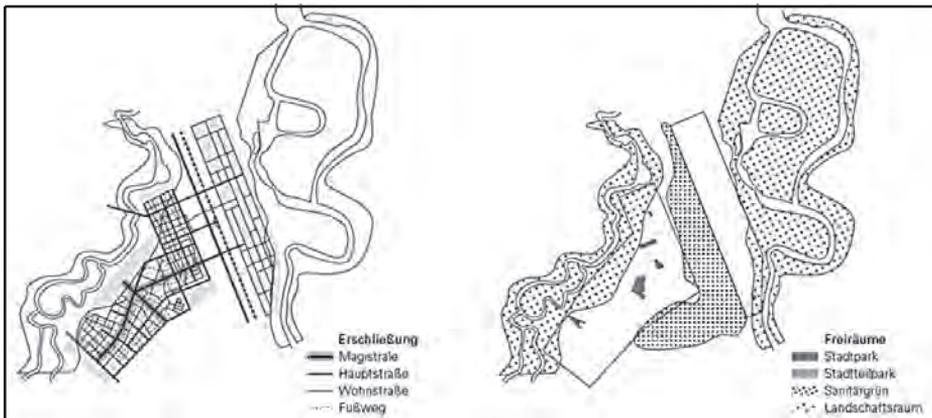


Abb. 5a: Stadtprofil Angarsk (Darstellung d. Vf. nach Karta sotavljenja i pdgotovlena k pechaty 1999; Roskartografija 1999; Atlas sostavljen 2001).

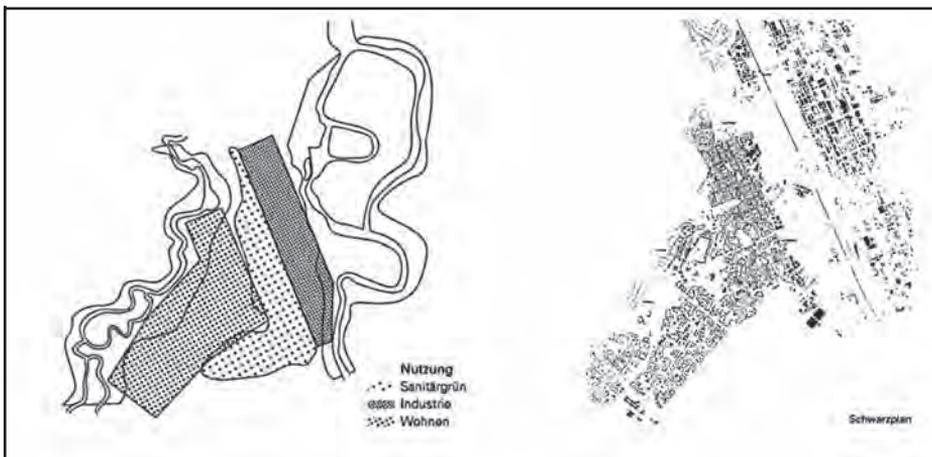


Abb. 5b: Stadtprofil Angarsk.

Aushängeschilder der Sowjetunion, kämpfen seit der Auflösung des Staates mit erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten.

### 2.1 Sozioökonomische Entwicklungen

Der Ausfall der staatlichen Finanzierung 1992 als Folge der Perestroika traf die zum Teil noch im Aufbau befindlichen Städte besonders hart. Die zum Zeitpunkt des Umbruchs in den gültigen Generalplänen noch anvisierten Wachstumserwartungen

erwiesen sich als Träume, denen ein jähes Ende bereitet wurde. Der Zusammenbruch der Sowjetunion bedeutete zunächst für die staatlichen Unternehmen das Aus; der nicht mehr effizient produzierenden Industrie waren die Märkte abhanden gekommen.<sup>31</sup> In der Stadt Sajansk z.B. wurden 1991 nahezu 30% der Bevölkerung auf einen Schlag arbeitslos.<sup>32</sup> Der staatliche Wohnungsneubau kam fast gänzlich zum Erliegen. Nicht viel anders stellte sich die Situation in Ust'-Ilmsk dar: Die Lebenshaltungskosten stiegen dort im Jahr 1991 allein um das 35fache. Der Flugverkehr in Ust'-Ilmsk wurde kurze Zeit nach dem Ende der Sowjetunion eingestellt.

### 2.1.1 Ökonomische Tendenzen

Noch immer liegt der Schwerpunkt der Wirtschaft in Sibirien wegen des vorhandenen Rohstoffreichtums auf der Extraktion von Naturressourcen und der darauf aufbauenden industriellen Produktion.<sup>33</sup> Ein nachhaltiger Umbau der Industrieunternehmen im Hinblick auf eine effiziente Energienutzung und Ressourcen schonende Produktionsweise steht dabei noch aus. Doch gibt seit dem Jahr 2000 die Statistik für das Irkutsker Gebiet Anlass zur Hoffnung, dass die Talsohle des wirtschaftlichen Abschwungs erreicht ist, wenngleich die Zahlen natürlich nicht über die ungebrochen dramatische Situation in den Städten hinwegtäuschen können. Die Arbeitslosenzahlen sinken, die Investitionsvolumina steigen wieder. Lokale Produktionen werden angeschoben und weiterverarbeitende Industriezweige aufgebaut (vgl. Abb. 6).

Mit Unterstützung der Stadtverwaltung wurden die Bemühungen verstärkt, das einseitig ausgerichtete Wirtschaftsprofil der Städte zu verändern. In Angarsk haben sich inzwischen zu der vorhandenen chemischen Industrie weitere Betriebe hinzugesellt. Unternehmensaktivitäten im Bereich des Einzelhandels nehmen zu; ebenso entstehen kleinere weiterverarbeitende Betriebe etwa der Möbelproduktion, denn Holz ist einer der wichtigsten vor Ort verfügbaren Rohstoffe. Es gab sogar die Idee, Autos zu produzieren, die jedoch ebenso wie eine geplante Champagner-Produktion bislang nicht realisiert werden konnte. Ähnliche ökonomische Veränderungen zeigen sich auch in Sajansk mit der Etablierung neuer Funktionen in der Stadt: Ein Internetclub ist entstanden, und der Vertrieb und die Reparatur von elektronischen Geräten wird als Joint-Venture-Projekt mit chinesischen Teilhabern gemeinsam betrieben. Auch die Anforderungen an neue Ausbildungsprofile zeigen schon Wirkung: Im Jahre 1999 haben sich zwei Ableger der staatlichen Hochschulen hier niedergelassen: Studienzweig Betriebswirtschaft.

31 H. Klüter, Der Norden Russlands – vom Niedergang einer Entwicklungsregion, in: Geographische Rundschau 12 (2000), S. 16.

32 H. Miller, Die Stadt Sajansk – Besonderheiten der Planung, Entwicklung und ihre Perspektiven, in: BTU Cottbus (s. A 5), S. 163.

33 H. Klüter / E. Giese (s. A 23), S. 392 ff.

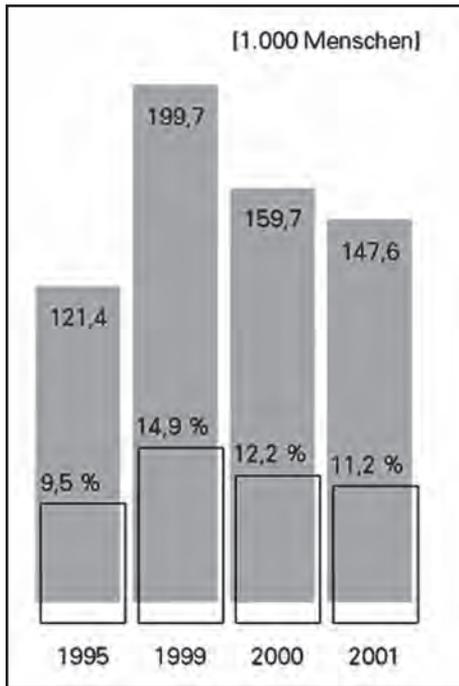


Abb. 6: Arbeitslosigkeit im Irkutsker Oblast.

### 2.1.2 Neue Eigentumsverhältnisse

Die Komplexität der Um- und Neuverteilung von Besitzrechten und Eigentumsverhältnissen nach dem Zusammenbruch des Sozialismus lässt sich am noch andauernden, mit großen Reibungsverlusten verbundenen Prozess der Privatisierung von Wohnraum nachzeichnen.<sup>34</sup> Die staatlichen Ministerien, die den Wohnungsbau in der Sowjetunion finanzierten, sind verschwunden. Der Übergang von der staatlichen Hand in eine kommunale Selbstverwaltung gestaltet sich schwierig, da auch die Kommunen über nicht annähernd ausreichende Finanzressourcen und entsprechende Qualifikationen verfügen.

Dass es im Prozess der Privatisierung noch keine Routinen gibt, zeigen die Städte mit ihren uneinheitlichen Verfahrensweisen: In Sajansk werden die Wohnungen für einen symbolischen Betrag den neuen Besitzern überschrieben. Dennoch müssen die neuen Besitzer und vormaligen Mieter nicht für die Instandhaltung des Hauses und auch nicht für anfallende Reparaturarbeiten in der Wohnung aufkommen. Dies besorgt

34 Vgl. S.G. Lehmann / B.A. Ruble, From Soviet to European Yaroslavl: Changing Neighbourhood Structure in Post-Soviet Russian Cities, in: *Urban Studies*, 34/7 (1997), S. 1098.

eine städtische Verwaltung, die wiederum vom Staat ihr Geld erhält. In Ust'-Ilimsk erfolgte die Privatisierung zwar ebenfalls fast zum Nulltarif, hier aber teilen sich die Bewohner und die Stadt die laufenden Kosten.

Es besteht große Unsicherheit, ob Miete oder Kauf die bessere Alternative ist, zumal sich die Bürger einem undurchsichtigen Procedere mit unabsehbaren Folgen gegenüber sehen. Die Preise orientieren sich nicht an marktregulierten Werten, sondern werden letztlich noch von Staat und lokalen Behörden kontrolliert und nach Kriterien der Sozialverträglichkeit festgesetzt. Allerdings gibt es keine genauen Auskünfte über die notwendigen späteren Aufwendungen wie beispielsweise Hausgeld, Reparaturen usw. Einzig absehbar ist, dass die Steuern für Privatbesitz in jedem Falle steigen werden.<sup>35</sup>

Ungeachtet der etwaigen Schwierigkeiten und Ungereimtheiten im Privatisierungsprozess und möglicherweise als Reaktion auf die jahrelange Entbehrung von privatem Eigentum wurden in Ust'-Ilimsk und Sajansk bis jetzt schon mehr als 60% der Wohnungen privatisiert. Dies ist insofern erstaunlich, als die Käufer als rechtmäßige Eigentümer ihrer Wohnung keinen ökonomischen Vorteil erwarten dürfen, da ein Wohnungsmarkt nicht existiert und es nur theoretisch die Möglichkeit gibt, seine Wohnung zu veräußern.

### 2.1.3 Demographische und soziale Veränderungen

Die boomenden Jahre der neuen Städte gehören der Vergangenheit an. Nach einem immensen Bevölkerungszuwachs in den Gründungsjahren der Städte zeichnen sich in den ehemals wichtigsten Wirtschaftsräumen der früheren Sowjetunion zu Beginn des neuen Jahrtausends stagnierende und sogar sinkende Bevölkerungszahlen ab.<sup>36</sup> Einer niedrigen Geburtenrate stehen eine doppelt so hohe Sterberate und eine niedrige Lebenserwartung gegenüber. Mit durchschnittlich 67 Jahren ist die Lebenserwartung in russischen Städten im internationalen Vergleich niedrig.<sup>37</sup> Zurückzuführen ist dies zum einen auf den Abbau der staatlichen Gesundheitsversorgung, zum anderen auf die schlechten Umweltbedingungen.

Die Städte Angarsk, Sajansk und Ust'-Ilimsk liegen in ihren Wachstumsraten etwas über dem landesweiten und regionalen Durchschnitt. Zu Gründungszeiten waren es meist junge Menschen, die in die Städte zogen und dort ihre Familien gründeten. So weisen die neuen Städte einen überdurchschnittlich hohen Prozentsatz erwerbsfähiger Menschen auf. Die in Sajansk stagnierende bis leicht rückläufige Bevölkerungsentwicklung aufgrund der Geburten- und Sterberate wird kompensiert durch den Zuzug älterer Menschen aus den nördlichen Siedlungen und aus dem Umland.

35 Ebd.

36 *Gosudarstvennyj komitet rossiskoj federazij po statistike*, Sozial'noe položenie i uroven' žizni naselenija, Moskau 1999. S. 45.

37 *GOSKOMSTAT RF* (s. A 26), S. 30.

Auch Ust'-Ilmsk hat sich offensichtlich von den unvorhergesehenen Entwicklungen erholt. Zu Beginn der Jahrtausendwende hat sich die ökonomische Situation dort etwas gefangen und die Stadt wächst wieder. Viele Menschen, die seit der Perestroika die Stadt verlassen hatten, kehren wieder zurück; andere kommen aus landwirtschaftlichen Gebieten aus den nördlichen Teilen des Landes.

Auch wenn die Städte kaum wachsen, besitzen sie dennoch einen nicht unerheblichen Bedarf an Wohnungsneubau. Die Notwendigkeit, die Stadtfläche auszudehnen, erwächst aus verschiedenen Gründen: In Angarsk sind ungefähr 30.000 Menschen in Wohnheimen untergebracht, müssen sich in so genannten Kommunalkas Bad und Küche teilen oder leben extrem beengt in Ein-Raum-Wohnungen. In Ust'-Ilmsk sind es ca. 40.000 Menschen, die auf weniger als den ihnen nach sowjetischer Norm zustehenden Flächen von 12 qm leben. Zum einen muss dieses Defizit an Wohnraum ausgeglichen werden, und zwar zu bezahlbaren Kosten, da der Staat als Geld- oder Subventionsgeber wegfällt; zum anderen ist darüber hinaus davon auszugehen, dass auch dort die Flächenansprüche steigen.

## 2.2 Neue funktionale Anforderungen

Die Liberalisierung des Marktes führt zu einem verstärkten Aufkommen von Handels- und weiteren Dienstleistungseinrichtungen, die meist in temporären Gebäuden und nicht an einem festen Ort untergebracht sind. Dabei sind nicht die neu entstandenen Phänomene des Einzelhandels als solche ein Problem, es ergeben sich aber Fragen der Regulierung. Als Folge fehlender Regularien vollziehen sich individuelle Aneignungsprozesse: Handelseinrichtungen und Märkte formieren sich spontan auf Flächen ohne Planungsgrundlage. Der sich stetig vermehrende Bedarf an provisorischen Bauten (Tankstellen, Parkplätzen, Läden usw.) drängt in Bereiche, die in der Planung für öffentliche Nutzungen vorgesehen waren. Öffentliche Flächen werden illegal bzw. mit Duldung durch die Kommune privat genutzt. So werden Grün-, Sport- und Spielflächen zu Stellplatz- und Abstellflächen degradiert. Plätze, die der Unterhaltung oder anderen Freizeit- und Sportaktivitäten vorbehalten waren, werden zum Parken genutzt oder auch schon einmal über Nacht einfach bebaut

Seit der Liberalisierung des Handels haben die Russen angesichts der anhaltend schlechten wirtschaftlichen Bedingungen ein ganz eigenes System von Warenvertriebsform entwickelt, das gesonderter Erwähnung bedarf: die Kioske (vgl. Abb. 7). Sie sind überall in den Städten zu finden, nicht nur an Straßen, Plätzen und Haltestellen, sondern auch in Verwaltungsgebäuden, Krankenhäusern und ähnlichem. Sie sind als eine Art spontaner Verkaufsstände entstanden, ebenso wie die Trolleys und Lastwagen, die Waren des täglichen Bedarfs anbieten, der nicht in ausreichender Form in den Wohngebieten vorhanden ist.<sup>38</sup> Ihr Warenangebot ist vielseitig und reicht

38 R.A. French, Plans, Pragmatism & People. The Legacy of soviet Planning for todays cities, Pittsburgh 1995, S. 113.



Abb. 7: Informelle Dienstleistungen in Angarsk: Passanten können sich auf der Straße wiegen lassen (links) und oder an einem Verkaufsstand einkaufen (rechts), (Fotos Vf. 2001).

von Coca Cola und anderen Import-Produkten bis hin zu religiösen Kultgegenständen und Uhr-Reparaturen. In der Regel verkaufen sie jedoch Alkohol, Zigaretten und Tabakprodukte, Zeitungen und Magazine, Spielzeuge, Souvenirs, Kleidung, Schuhe, Haushaltswaren, Snackfoods, Früchte und Gemüse und andere Lebensmittel. Wie andere Formen billiger, zugleich mobiler kommerzieller Einrichtungen springen Kioske in die Versorgungslücken und decken einfach und wohnungsnah die Nachfrage der Bevölkerung nach zahlreichen Konsumgütern. Darüber hinaus sind sie sehr flexibel und können ihr Angebot ständig den Wünschen der Käufer anpassen. Allerdings schaffen sie auch neue Probleme, da sie sich als neues informelles Phänomen bisher jeder Regulierung von Standort und Ausgestaltung entziehen (vgl. Abb. 8).

Heute stellt das Auto – ebenso wie in anderen Ländern – ein wichtiges Statussymbol dar. Es ist ein Luxusgut, das bei Neuanschaffungen an erster Stelle steht, selbst wenn die persönliche wirtschaftliche Lage es mit sich bringt, dass aufgrund der Anschaffung eines PKWs auf andere Konsumgüter verzichtet werden muss. Bei einem wenig leistungsfähigen Nahverkehrsnetz und angesichts doch beträchtlicher Distanzen zwischen Wohnort und Arbeitsplatz ist der private Wagen auch sehr wichtig für die Berufspendler. Zu Sowjetzeiten wurde mit einem Schlüssel von nicht einmal 20 Autos pro 1.000 Einwohner gerechnet, heute sind in Angarsk beispielsweise 73.000 Personenkraftwagen offiziell registriert – d.h. innerhalb der letzten 10 Jahre ist die Anzahl der Autobesitzer um das Zehnfache gestiegen, und es ist davon auszugehen, dass sie weiter steigt.

Die ansteigende Motorisierung führt vor allem im Bereich des ruhenden Verkehrs zu städtebaulichen Konflikten. Während die Straßenquerschnitte für den Verkehrsabfluss ausreichend sind, fehlen Stellplatzflächen, die deshalb oft auf zentralen Flächen des öffentlichen Raumes im Stadtzentrum angesiedelt werden. Schon in sowjetischen Zeiten hat man es versäumt, ausreichend Stellplätze in den Städten vorzusehen. Nun



*Abb. 8: Kioske in Sajansk  
(Foto Vf. 2001).*

verschärft sich die Situation durch die zunehmende Auto-Dichte. Die Autos werden wild in Wohnhöfen und an den Straßen geparkt. Viele Einwohner besitzen auch Garagenbauten am Rande der Stadt, in Sajansk zum Beispiel sogar bis zu 1,5 km vom Zentrum entfernt. Hier nutzen die Bewohner dann bisweilen öffentliche Verkehrsmittel, um zu ihrem eigenen Auto zu gelangen.

Da es in vielen Städten aber keinen ausreichend entwickelten öffentlichen Personennahverkehr gibt und auch die Infrastruktur für den individuellen Verkehr – sei mit Auto oder mit Fahrrad – mehr als unbefriedigend ist, kommt man nur schlecht in die näheren Erholungsgebiete. Die Menschen wissen nicht, wo sie sich erholen können. Naherholungskonzepte fehlen und Freizeitaktivitäten finden weit gehend ungeordnet statt, verbunden mit einer „wildem“ Annektierung des Naturraums. Für Ausflüge in die freie Natur – zu einem Picknick im Sommer oder zum Skifahren im Winter – gibt es keine geeignete Infrastruktur. Abfall- und damit Umweltprobleme nehmen in der Folge zu, was die wiederum Möglichkeiten eines unbeschwerten Freizeitgenusses einschränkt oder ihn sogar unmöglich macht.

### *3. Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven*

Die große Herausforderung für die Planungsverantwortlichen und Entscheidungsträger in den neuen Städten Sibiriens besteht darin, den dynamischen Veränderungsprozessen und einer sich stärker individualisierenden Gesellschaft Raum geben. Noch sind die politischen und ökonomischen Unsicherheiten bzw. Defizite gravierend. Doch bedeuten diese gesellschaftlichen Umbrüche nicht nur Niedergang und Ende einer politischen Epoche, sondern sie bieten mit Aufbruch und Neuanfang auch die Chance für einen positiven Wandel der Städte, wobei jede einzelne Stadt auf ihre Eigenarten, auf ihre

Stärken und Schwächen hin differenziert zu betrachten ist. Zu groß sind die Unterschiede in der Planungsgeschichte, in der Einbindung ihrer Industrie in den Weltmarkt, in ihrer Bedeutung für die Region, in den demographischen, sozialen und ökonomischen Entwicklungen und nicht zuletzt in den Bau- und Freiraumstrukturen.

Eine detaillierte Prognose für die zukünftige Entwicklung der Städte ist derzeit sicher nicht möglich. Die überwiegend noch durch die ökonomischen Prämissen und Investitionsentscheidungen der UdSSR geprägte Industriestruktur wird noch für absehbare Zeit das Leben in diesen Städten mit bestimmen, und es wäre vermessen, heute eine konkrete Voraussage zu wagen, ob und in welchen Zeiträumen die vorhandenen Industriezweige dort umgebaut, erneuert oder durch andere Unternehmen des produzierenden Sektors bzw. durch den Ausbau des Dienstleistungssektors ersetzt werden.

Die Städte haben erstmals in ihrer Geschichte die Chance, als selbständige Handlungs- und Entscheidungsträger eigenverantwortlich Einfluss auf ihre Entwicklung zu nehmen.<sup>39</sup> Durch die Um- und Neuverteilung der Verantwortlichkeiten hat sich der Handlungsspielraum der Kommunen erweitert und gleichzeitig das Akteurspektrum ausgedehnt. Zur kommunalen Entscheidungsfindung tragen nun auch nichtstaatliche Handlungsträger wie lokale Autoritäten, private Investoren und die Bürger bei.<sup>40</sup> Zudem haben die veränderten gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Bedingungen zu einer neuen Konkurrenzsituation der Städte untereinander geführt.<sup>41</sup> Im regionalen oder gar landesweiten Wettbewerb ist es für die sibirischen Städte immer wichtiger, sich als Wirtschaftsstandort zu behaupten, rechtzeitig neue Profile zu entwickeln und sich dadurch Wettbewerbsvorteile zu sichern.

Ein wichtiger Schwerpunkt wird hierbei auch die städtebauliche Weiterentwicklung der Städte sein. Die Realität der Stadtentwicklung der vergangenen zehn Jahre hat die Konzeptionen aus den 1970er Jahren längst überholt. Planungsideen für eine Erneuerung der Städte können allerdings nur so gut umgesetzt werden, wie Kommunen über die entsprechenden planungsrechtlichen Voraussetzungen und Planungsinstrumente verfügen. Derzeit besitzen die neuen Städte in Ostsibirien in keiner Weise die essentiell notwendigen instrumentellen Voraussetzungen, um den Planungsaufgaben in der aktuellen Umbruchsituation gerecht werden zu können. Mittelfristig sind auch neue Ausbildungskonzepte für die Architekten und Planer der kommenden Generation erforderlich. Zu wünschen ist, dass dies die mit einer Erneuerung des Planungsverständnisses bzw. der Ansprüche der postsowjetischen Transformationsgesellschaft an die Planung und Gestaltung in ihren Städten einhergeht.

39 I. Brade, *Die Städte Russlands im Wandel. Raumstrukturelle Veränderungen am Ende des 20. Jahrhunderts*, Leipzig 2002, S. 14.

40 Ebda.

41 Ebda.

„Die aktuelle Entwicklungsphase Russlands ist durch Reformen mit sozialer Orientierung, durch die Wiederbelebung der Wirtschaft, des Geisteslebens und der Kultur gekennzeichnet. Eine entscheidende Rolle bei der Fortsetzung dieser positiven Tendenzen der sozial-wirtschaftlichen Auferstehung Russlands können die sibirischen, fernöstlichen und die Städte des Urals spielen, die ein großes kreatives Potenzial in sich tragen, dessen sinnvolle Nutzung eine harmonische Entwicklung des Landes im 21. Jahrhundert sichern helfen könnte.“<sup>42</sup> In dieser Phase des Übergangs stehen die Blauen Städte Russlands aber erst am Anfang. Nun gilt es, die neuen vielfältigen gesellschaftlichen und privaten Verflechtungen über die Grenzen hinweg für den internationalen Erfahrungsaustausch und für die nachhaltige Entwicklung dieser postsozialistischen Städte zu nutzen.

42 A. Karimov, Gradostroielnaja Politika v sovremennich sozialno-ekonomicheskich uslovjach s ispol-sovanijem peredovogo opita rasvitich stran Evropi.in: *BTU Cottbus*, (s. A 24), S. 14.

## AUTOREN

NICOLE DE TEMPLE (1978); Studium der Stadt- und Regionalplanung an der TU-Berlin, 2004-2005 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Koordinationsbüro zur Unterstützung der Stadterneuerung in Berlin; seit Juli 2005 Städtebaureferendarin in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt in der Freien und Hansestadt Hamburg.

BARBARA ENGEL (1969); nach Studium der Architektur an der TH Darmstadt wissenschaftliche Assistentin am Lehrstuhl für Stadtplanung und Raumgestaltung der BTU Cottbus 1996-2002, danach 4monatiger Lehrauftrag an der TU Irkutsk. Seit April 2004 Dozentur für Städtebauliches Entwerfen an der TU Dresden.

REINHARD HUSCHKE (1958), studierte Physik, Romanistik und Germanistik. Nach dem Studium war er mehrere Jahre lang als PR und Werbetexter in der Industrie tätig. Seit 1999 als freier Journalist in Freiburg im Breisgau und in Berlin tätig. Schwerpunkte sind Themen aus Architektur und Städtebau, Verkehr und Umwelt.

JOHANN JESSEN ist Professor für Grundlagen der Orts- und Regionalplanung am Städtebaulichen Institut der Universität Stuttgart. Langjährige Forschungs- und Lehrtätigkeit in der Arbeitsgruppe Stadtforschung der Carl-von-Ossietzky Universität Oldenburg. Veröffentlichungen zur Stadterneuerung, zum sozialräumlichen und stadtstrukturellen Wandel und zur kommunalen Planungspraxis.

STEFAN KRÄMER; Studium der Soziologie mit anschließender Promotion. Wissenschaftlicher Referent bei der Wüstenrot Stiftung, Ludwigsburg. Zuständig für Projekte und Veröffentlichungen u.a. in den Arbeitsschwerpunkten „Wohnen und Versorgung im Alter“, „Raumordnung und Stadtentwicklung“ sowie „Gesellschaftlicher Wandel / Verwaltungsreform“.

GERD KUHN; Studium der Gesellschaftswissenschaften und Neueren Geschichte in Frankfurt am Main; 1989-1995 Wiss. Mitarbeiter an der TU Berlin; Promotion zur Wohnkultur und kommunalen Wohnungspolitik in Frankfurt am Main 1880-1930; seit 1997 Wissenschaftler am Institut Wohnen und Entwerfen, Fachgebiet Sozialwissenschaftliche Grundlagen, der Universität Stuttgart.

OLIVER SCHÖLLER (1967); Studium der Politikwissenschaften, Soziologie, Philosophie und Psychologie in Marburg, Berlin, Edinburgh. Seit 2002 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Organisation und Wissen des WZB mit den Forschungsschwerpunkten Stadt- und Verkehrspolitik.

Reinhard Huschke

## „Wir hatten keine Ahnung von der Stadt“ *Über den Umgang mit den Bauten der Nachkriegsmoderne – ein Streitgespräch*

*Von Leitbildern, Ahnungslosigkeit und Jugendsünden*

Alt sind sie geworden, die „Modernen“: Friedrich Spengelin, Schüler des Hannoveraner Baustadtrats Rudolf Hillebrecht, bezeichnete sich mit seinen 80 Jahren selbst als Methusalem der Runde von vier Städtebauern, die am 27. Oktober 2005 zu einem „Städtebaulichen Streitgespräch“ in der Stuttgarter Hochschule für Technik antraten. Derselben Generation entstammt der 1929 geborene Klaus Humpert, ehemals Chef des Stadtplanungsamtes in Freiburg und später Leiter des Instituts für Stadtplanung an der Universität Stuttgart. Die jüngeren Generationen vertraten der 1941 geborene Berliner Senatsbaudirektor Hans Stimmann und die 53-jährige Stadtplanerin und Professorin für Städtebau und Regionalplanung an der TU München, Sophie Wolfrum. Verschiedene Generationen von Stadtplanern also, die den Städtebau der Nachkriegsmoderne in der Rück- und Vorausschau beurteilen sollten: Welche städtebauliche und architektonische Qualität haben die in der Nachkriegszeit entstandenen Bauten? Wie soll man heute mit ihnen verfahren? Und haben wir überhaupt einen ausreichenden zeitlichen Abstand, um Urteile zu fällen?

Um es gleich vorne wegzunehmen: Ein echter Streit wollte gar nicht erst entbrennen – die Schlacht scheint längst geschlagen. Sogar Friedrich Spengelin verteidigte nur sehr zurückhaltend seine Planungen für harmlose Wohnviertel und Gartenstädte der 1950er Jahre, an denen er mitgewirkt hatte und deren Wohnqualität niemand in der Runde in Zweifel ziehen mochte. Die alte Kontro-

verse flammte nur kurzzeitig auf, als Hans Stimmann an Spengelins Siegerentwurf im Wettbewerb „Hauptstadt Berlin“ von 1957/58 erinnerte, der das im Krieg stark zerstörte Stadtzentrum vollends ausgelöscht und durch eine von Grünstreifen und Verkehrsschneisen durchzogene, geometrische Anordnung von Hochhäusern ersetzt hätte. Zu dieser „Jugendsünde“ sagte Spengelin allerdings im Verlauf der Diskussion kein Wort mehr.

Auch wenn die utopischen Planungen von Spengelin und anderen – schon wegen der Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden – nicht realisiert wurden, bildete Berlin dennoch einen Schwerpunkt des Wiederaufbaus nach den Strategien der Moderne: Schwarzpläne des Berliner Zentrums zeigen, dass in der Aufbauphase nach 1953 etwa noch einmal so viele Gebäude zerstört wurden wie durch den Bombenkrieg und die nachfolgende Enttrümmerung. Der historische Stadtgrundriss wurde dabei bis zur Unkenntlichkeit überplant und verändert. Das städtebauliche Leitbild der 1950er-Jahre war die aufgelockerte und durchgrünte Stadt, ein Leitbild, das in Berlin mit besonderer Konsequenz verfolgt wurde. Man wollte den Bruch mit der Vergangenheit, deren Städtebau man als mitverantwortlich für die deutsche Katastrophe ansah. Dabei wurde übersehen, dass die nach dem Krieg realisierten Planungen vielfach bereits in der nationalsozialistischen Zeit entstanden waren; so ist die „gegliederte und aufgelockerte Stadt“ die Empfehlung aus einem im Auftrag von Albert Speer erstellten Gutachten von 1943, in dem es darum ging, gegen Flächenbombardements resistente Stadtstrukturen zu entwickeln. Hier gingen also die sozialutopischen Vorstellungen



Abb.: Modellfoto des Freiburger Stadtteils „Rieselfeld“ (1990er Jahre); im Vordergrund rechts die Siedlung „Weingarten“ (1970er Jahre); Foto: Stadtplanungsamt Freiburg.

der modernen Städtebauer eine merkwürdige Symbiose mit den ganz und gar unidealistischen Zielen der Nationalsozialisten ein.

Diese Kontaminierung der städtebaulichen Moderne (und vieler ihrer Protagonisten) tat ihrem über zwei Jahrzehnte andauernden Siegeszug jedoch keinen Abbruch. Sie erhielten weidlich Gelegenheit, die bereits in den 1920er-Jahren von den Vertretern des „Neuen Bauens“ – darunter Ludwig Mies van der Rohe, Bruno und Max Taut sowie Walter Gropius – propagierten und 1933 in der Charta von Athen niedergelegten Ziele einer „funktionellen Stadt“ umzusetzen. Darin wurde der historischen, gewachsenen Stadt mit ihren Funktionsmischungen eine Absage erteilt und die Funktionen Wohnen, Arbeiten und Erholung unterschiedlichen Stadträumen zugeordnet, die über entsprechende Verkehrswege zu verbinden waren. Damit war die Entwicklung zu den „autogerechten Städten“ der 1960er Jahre vorprogrammiert.

#### *Vom Versagen der Stadtplaner*

In der Folge machte sich bei Stadtbewohnern wie Fachleuten zunehmend Ernüchterung breit: Man begann zu erkennen, dass die städtebaulichen Strategien der Moderne partout keine zufriedeneren und demokratischer gesinnten Stadtbewohner hervorbringen wollten – im Gegenteil: die Innenstädte waren durch Autoschneisen zunehmend „unwirtlich“ (Alexander Mitscherlich, 1965) geworden und in den Großsiedlungen am Stadtrand wuchsen die sozialen Probleme. Besonders drastisch wurden diese Fehlentwicklungen von Wolf Jobst Siedler und Elisabeth Niggemeyer in ihrem 1964 erschienenen Buch „Die gemordete Stadt“ vor Augen geführt. Der Paradigmenwechsel weg von den Idealen der Moderne und hin zur Neubewertung der Qualität überlieferter Stadtstrukturen ließ jetzt nicht mehr lange auf sich warten, auch wenn Kahl-schlagsanierungen und überdimensionierter Straßenbau noch bis Ende der 1970er Jahre weitergingen.

In den 1980ern, der Hochzeit der so genannten Postmoderne, wurde die Trendwende schließlich überall in gebauter Form sichtbar: In den Innenstädten orientierten sich die Planer wieder an den historischen Straßenführungen, und das Bauen im Bestand erhielt Vorrang vor den Planungen auf der grünen Wiese. Nicht nur in Berlin wurden die Leitbilder der Charta von Athen von der von Josef Paul Kleihues propagierten „kritischen Rekonstruktion“ der historischen Stadt abgelöst. Nutzungsmischung und Nutzungsvielfalt, Verbindung von Arbeiten und Wohnen und Wiederherstellung des sozialen Gleichgewichts hießen jetzt die Ziele, die sich trotz des immer wieder erhobenen Vorwurfs der Rückwärtsgewandtheit inzwischen als Leitbild des Städtebaus in Deutschland (und darüber hinaus) weitgehend durchgesetzt haben.

Wie erklärt ein einst überzeugter Anhänger des modernen Städtebaus diese Entwicklung im Rückblick? Klaus Humpert geht mit seiner Zeit und seiner Zunft hart ins Gericht: „Wir hatten keine Ahnung – wir sind als völlige Ignoranten mit unserem Architektur-Diplom über die Stadt gekommen. Wir konnten nur Siedlungen, aber nicht mehr. Wir hatten keinerlei Konzept für den Wiederaufbau der Städte. Schöne Einzelbauten, das haben wir immer drauf gehabt, aber kein Konzept, diese zusammenzustellen.“ Genau dies wäre aber nach Meinung von Hans Stimmann die Aufgabe der Stadtplaner gewesen, zumal ihnen im öffentlich geförderten Wohnungsbau alle Mittel zur Verfügung gestanden hätten: „Nie hatte unsere Disziplin ein solches Maß an Steuerungsmöglichkeiten und nie hat unsere Disziplin so versagt wie in den letzten 50 Jahren.“

*„Mit Architektur und Städtebau kann man nicht die Welt verändern.“*

Was also tun mit den vielen ungeliebten Ergebnissen jener Epoche, insbesondere den heute als verfehlt angesehenen Großsiedlungen

und Trabantenstädten? Abreißen? Umbauen? Hans Stimmann sieht kein allgemein gültiges Rezept, sondern will die Entscheidung vom Einzelfall abhängig machen. Generell solle jedes Gebäude erst einmal eine Bestandsgarantie erhalten, um zu verhindern, „dass jede Generation wieder abreißt, was die Generation zuvor gebaut hat“. In bestimmten Fällen könne es durchaus gute Gründe für einen Abriss geben, aber dieser dürfe niemals wieder zum Programm erhoben werden: „Wir müssen aufhören, Architektur dafür zu bestrafen, dass wir etwas falsch gemacht haben.“ Er fordert einen „gesellschaftlichen Denkmalschutz“ für alle Gebäude: Eine Gesellschaft könne die durch „obsessive Abrissorgien“ verursachte Geschichtslosigkeit und Ressourcenverschwendung nicht auf Dauer aushalten. Zugleich mahnt er die Architekten und Stadtplaner zur Bescheidenheit: „Mit Architektur und Städtebau kann man nicht die Welt verändern.“

*„Städtebauliche Desaster“*

Auch Sophie Wolfrum will die baulichen Hinterlassenschaften unideologisch betrachtet wissen: „Es gibt keine gute und böse Architektur.“ Viele Bauten dieser Zeit seien „klasse auf der Objektebene des einzelnen Hauses“, nur den Städtebau dieser Zeit müsse man als Desaster ansehen. „So ein Ding für 60.000 Leute bauen, das würde man heute nicht mehr machen.“ Andererseits seien Trabantenstädte wie das Berliner Märkische Viertel oder München-Neuperlach inzwischen Heimat geworden für die, die dort wohnen, sodass man sie auch nicht einfach abreißen könne. Die Aufgabe der Zukunft sieht Wolfrum vielmehr darin, Methoden zu entwickeln, um einerseits städtische Ordnung in solche Quartiere hineinzubringen und andererseits die Qualität der privaten Flächen zu erhöhen. Auch Hans Stimmann sieht in der Wiederherstellung einer klaren Trennung von öffentlichen, halböffentlichen und privaten Bereichen anstelle von „nicht lesbaren Räumen“ einen entscheidenden An-

satzpunkt für die Weiterentwicklung solcher Viertel.

Klaus Humpert ist da radikaler: Er würde manche Großsiedlung des sozialen Wohnungsbaus „komplett wegreißen“, weil sie eine „große schlechte Adresse“ geworden und ein Umbau Verschwendung vom Mitteln sei. Beispielsweise hätte die immer noch nicht abgeschlossene städtebauliche Reparatur des Freiburger Stadtteils Weingarten – der in den 1970er-Jahren für 12.000 Bewohner errichtet wurde – schon ein Vielfaches der ursprünglichen Baukosten verschlungen. „Wir haben lange den Fehler gemacht, die Stadt wie ein Haus zu betrachten – also am besten alles einem Architekten geben, damit ja nichts drin rumgepfuscht wird“, kritisiert Humpert das damals verbreitete Unfehlbarkeitsdenken von Architekten und Planern. Dadurch sei aber das ganz normale „Prinzip des Kommens und Gehens“ von Gebäuden in der Stadt verhindert worden. Auch Hans Stimmann plädiert dafür, dass die Stadtplaner sich bescheiden und nur

die Rahmenbedingungen – Straßen, Plätze, Gebäudevolumina – bestimmen sollten; die Ausführung der Gebäude hingegen solle die Sache der Eigentümer der einzelnen Blocks und Parzellen sein, die damit auch wieder stärker in die Verantwortung genommen würden.

*„Unsere Kultur wäre nie entstanden in einer Großsiedlung“*

Humpert und Stimmann sind sich auch darin einig, den historischen Stadtgrundriss wieder zur wichtigsten Grundlage der Stadtplanung zu machen, wie man es sich in Berlin mit dem umstrittenen „Planwerk Innenstadt“ vorgenommen hat. Der Berliner Baudirektor ist davon überzeugt, dass allein die Rückbesinnung auf das kulturelle Erbe der europäischen Stadt wieder zu lebenswerteren Städten führen wird: „Unsere Kultur wäre nie entstanden in einer Großsiedlung.“

Winfried Mönch

## **Formate von Stadtgeschichtsschreibung.**

### *Zwei Beispiele aus dem Rems-Murr-Kreis*

„Outsourcing“ heißt die scheinbare Zauberformel der ökonomischen Gegenwart. Wie für alle anderen Bereiche gilt dies auch für die Historiographie. Die Städte haben schon viel Personal abgebaut. Die in den Archiven tätigen hauptamtlichen Mitarbeiter sind so vom Tagesgeschäft absorbiert, dass sie kaum noch dazu kommen, ihre Archive zu erschließen, geschweige denn an der Ortschronik zu schreiben oder gar eine Stadtgeschichte zu verfassen. Nur noch selten finden sich Ehrenamtliche wie Geschichtslehrer oder Pfarrer, die solche Aufgaben übernehmen. Ein Ausweg aus dieser Misere ist es, den Auftrag für eine Stadtgeschichte nach außen

zu vergeben. Damit besteht zugleich auch die Chance, sich von außen in einem verstärkten Maße Professionalität einzukaufen.

Dr. Uwe Schmidt ist selbständiger Historiker und gründete eine Agentur für Historische Dienstleistungen in Ulm. Er hat u.a. zwei voluminöse Stadtgeschichten vorgelegt. Der Geschichte der Stadt Langenau<sup>1</sup> folgte im Jahr 2002 die Geschichte der Stadt

1 Uwe Schmidt, Die Geschichte der Stadt Langenau von den Römern bis heute, hrsg. von der Stadt Langenau, Theiss Verlag, Stuttgart 2000.

Schorndorf.<sup>2</sup> Beide Bände erschienen im traditionsreichen Theiss Verlag in Stuttgart, der mit seiner langjährigen Produktion von Stadtgeschichten schon Standards für Qualität gesetzt hat.

Dr. Sönke Lorenz ist Professor für Landesgeschichte an der Universität Tübingen und damit Leiter des dortigen „Instituts für Geschichtliche Landeskunde“. Lorenz ist Herausgeber der Reihe „Gemeinde im Wandel“.<sup>3</sup> Für nahezu jeden der inzwischen rund zwanzig Bände zeichnet er verantwortlich. Die Reihe erschien bis zum Band 10 teils im Selbstverlag der jeweiligen Kommunen, teils bei wechselnden Verlagen. Mit Band 11, der die Geschichte der Stadt Welzheim im Schwäbischen Wald behandelt, wurde die Reihe 2002 im „Markstein-Verlag“, Filderstadt, fortgesetzt.

Beide Historiker haben eine Geschäftsidee. Beide handeln von und handeln mit Geschichte. Und beide verfolgen unterschiedliche Konzepte. Die Bände der Reihe „Gemeinde im Wandel“ sind im Großformat und sind reich bebildert. Die vielen bunten Bilder haben hier die Tendenz, den Text optisch zuzudecken. Der Text erscheint paradoxerweise dann nur noch als Illustration seiner selbst. Im Layout wirken die Bücher wie eine seltsame Mischung aus Illustrierter und Imagebroschüre. Das Konzept arbeitet mit dem unterschweligen Argument, man könne den heutigen „Nutzern“ von Stadtgeschichten, keine dicken Lesebücher mehr zumuten, da diese ja sowieso nicht gelesen würden. Deshalb müsse man ihnen genau das bieten, was sie nach den zweifelhaften Erkenntnissen der Marktforschung auch wollten. Es ist der seltsam anmaßende Anspruch von Seiten der Verleger und Verfasser, dass der Leser gefälligst alles das auch zu konsumieren habe, was er vorgesetzt bekommt. Ganz abgesehen davon, dass das Argument von der Unzeitgemäßheit dicker Bücher auch bei ständiger Wiederholung nicht richtig wird, bleibt die Tatsache, dass eine Ortsgeschichte auch ihren Wert als Referenzwerk haben muss,

denn gute Stadtgeschichten sollten nicht allein anregende Bilderbücher sein, sondern auch Wissensspeicher und Nachschlagewerke. Bilderbücher vermitteln nun einmal schnell den Eindruck: schnell durchgeblättert und damit abgehakt. Bei „modernen Formaten“ geht es ja auch weniger um die Inhalte als um die „Präsentation“.

Die Bände der Reihe „Gemeinde im Wandel“ sind nach dem immer selben Schema aufgebaut. Hat man ein Buch gesehen, kennt man fast schon auch all die anderen. So „zeitgemäß“ die Reihe in ihrem Äußeren erscheint, so anachronistisch ist sie, was die inhaltliche Gliederung angeht. Diese folgt nämlich in chronologischer Ordnung der gängigen Epocheneinteilung. Doch gilt das Vorgehen, viele Autoren für bestimmte klar abgegrenzte historische Zeitalter einzusetzen in der historischen Branche längst als überholt, bietet es immer noch die einfachste Möglichkeit eines schnellen Konzepts. Dabei wäre es für die Leser gerade interessant, gewichtige städtische Sachzusammenhänge über die Zeit hinweg verfolgen zu können. Das Konkrete, die „Stadtpersönlichkeit“, wie es Otto Borst einmal ausgedrückt hat, würde so deutlicher.

Wenn das Chronologische dominiert, besteht zudem die Gefahr, dass die Sachthemen nicht

2 Uwe Schmidt / Rainer Lächele / Beate Sauerbrey / Thomas Vogel, Geschichte der Stadt Schorndorf, hrsg. von der Stadt Schorndorf, Stuttgart: Theiss Verlag 2002, 727 S. (vergriffen).

3 Bis jetzt sind 19 Bände erschienen, die hier in alphabetischer Reihenfolge verzeichnet sind (Reihennummer in Klammer): Aichwald (7), Altdorf im Schönbuch (16), Beuren und Balzholz (17), Böblingen (14), Dagersheim (6), Frickenhausen, Tischardt, Linsenhofen (9), Grafenberg (3), Holzgerlingen (2), Mehrstetten (10), Neubulach (12) Neuhausen auf den Fildern (15), Riederich (5), Rudersberg (1), Waiblingen (13.1 u. 13.2), Waldenbuch (4), Welzheim (11), Wüstenrot (8).

angemessen dokumentiert werden können. Die Fachkompetenz der verschiedenen Autoren kann sich so unter Umständen auch nicht richtig entfalten. Bezeichnenderweise ließ man im Waiblinger Stadtgeschichtsbuch<sup>4</sup> dem Kapitel über das Mittelalter viel zu wenig Raum, um die sich aus der Forschung ergebenden Ergebnisse gebührend darstellen zu können – Forschungsergebnisse von eminenter Bedeutung für die früheste Stadtgeschichte, die dann vom örtlichen Heimatverein publiziert wurden mussten.<sup>5</sup>

Durch den Einsatz vieler Autoren, denen man nur einen begrenzten Umfang für ihre Texte einräumt, wird auch die Tendenz begünstigt, selbst keine eigenen Forschungen mehr vorlegen zu können, denn allein die Verarbeitung der bereits vorhandenen Ortsliteratur dürfte häufig schon den zur Verfügung stehenden Rahmen sprengen. Die schiere Menge der in den nützlichen Bibliographien verzeichneten Veröffentlichungen mag dies unterstreichen. Dabei ist positiv anzumerken, dass überhaupt noch Quellen und Literatur nachgewiesen werden.

Die Serie des Immergeichen führt dann auch zu bedenklichen Mehrfachverwertungen. An den Beiträgen von Sönke Lorenz über das Mittelalter fällt auf, dass zu verschiedenen Städten ganze Textblöcke oft wortgetreu wiederabgedruckt werden. Das Spezielle der jeweiligen Stadt verschwindet so hinter den Jahresringen der Allgemeinen Geschichte, die so oder so ähnlich überall anzutreffen sind. McHistory eben.

Betrachten wir einmal zwei Bücher, bei denen die verschiedenen Konzepte beispielhaft deutlich werden. Schorndorf<sup>6</sup> und das bereits genannte Waiblingen<sup>7</sup> sind beide ehemalige Oberamtsstädte. Zu Beginn der 1970er Jahre kamen sie im Zuge einer Kreisreform zum neu gebildeten Rems-Murr-Kreis. Beide Städte liegen im östlichen Speckgürtel der baden-württembergischen Landeshauptstadt Stuttgart. Beide Orte liegen an der Rems. Das Remstal war als Wohnort Traum und

Ziel der mehr oder weniger wohlhabenden „Großstadtflüchtlinge“ der 1960/1970er Jahre, womit sich Waiblingen in mancherlei Hinsicht von einer Ackerbürger- zu einer Schlafstadt wandelte. Es besteht hier das seltsame Bedürfnis, sich an einer traumhaften Vergangenheit aufzurichten. Es ist längst nachgewiesen ist, dass die „Staufertstadt Waiblingen“ ein Mythos der Romantik ist, an dem vor allem auch in nationalsozialistischer Zeit weitergesponnen wurde. Trotzdem zierte ein Titel wie „Waiblingen, Stadt der Könige und Kaiser“ (!)<sup>8</sup> einen der beiden Lorenz'schen Bände, die in der Reihe „Gemeinde im Wandel“ über Waiblingen erschienen sind.

Dagegen zeigt Schorndorf in seiner Stadtgeschichte eine kulturelle Identität, die sich nicht an derartigen heroischen Vergangenheiten aufzurichten braucht. Es ist ein dickes Buch mit viel Text, der zum Schmökern einlädt. Die Bilder und Fotos haben eine dienende Funktion. Sie werden nur sparsam eingesetzt zur Verdeutlichung des Textes. Es gibt keine Illustrationen als aufmacherischen Selbstzweck. Einzelne Themen der Schorndorfer Geschichte werden im zeitlichen Längsschnitt vorgestellt. Siedlungs-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte stehen so u.a. neben der Geschichte von Kirche, Schule und Kultur. Ein geschlossener Gesamteindruck, den das Waiblinger Epochenbuch eben nur ansatzweise zu vermitteln vermag – etwa innerhalb der überaus gelungenen Studien von Robert Kretzschmar und

4 *Sönke Lorenz* (Hrsg.), Waiblingen. Eine Stadtgeschichte, im Auftrag der Stadt Waiblingen, Filderstadt: Markstein Verlag 2003 (Gemeinde im Wandel 13,2), 486 S.

5 *Ellen Widder*, Waiblingen. Eine Stadt im Spätmittelalter, hrsg. vom Heimatverein Waiblingen 2005, vgl. S. VII, 2.

6 (s. A 2).

7 (s. A 4).

8 *Sönke Lorenz*, Waiblingen, Ort der Könige und Kaiser (Gemeinde im Wandel 13,1), Filderstadt: Markstein-Verlag 2000.

Albrecht Ernst über die Amtstadt Waiblingen in der Frühen Neuzeit bis zu ihrer Zerstörung im Dreißigjährigen Krieg.

Diskussionen um neue zeitgemäße „Formate“, sei es in den elektronischen, sei es in den traditionellen Medien, propagieren im Endeffekt bezeichnenderweise immer Qualitätsabstriche. Man argumentiert immer nach demselben Muster, der Zuschauer, der Leser werde von zuviel „Infos“, oder von zuviel „Text“ überfordert; er brauche leicht Verdauliches mit möglichst vielen und bunten Bildern. Doch trifft dies wirklich zu?

Schorndorf hat mit seiner in kürzester Zeit vergriffenen Stadtgeschichte ein gewichtiges „Pfund“, mit dem die Stadt wuchern kann. Und für zukünftige kommunale Auftraggeber mag es durchaus ein erwägenswertes Kriterium für die Vergabe eines Auftrages sein, ob sie eine „vorformatierte“ Gemeindegeschichte „von der Stange“ bekommen, oder, ob sie ein nachhaltiges Werk von einigem historischen Gewicht ordern.

## BESPRECHUNGEN

MATTHIAS PUHLE (Hrsg.), *Magdeburg 1200. Mittelalterliche Metropole, Preußische Festung, Landeshauptstadt. Die Geschichte der Stadt von 805 bis 2005*, Stuttgart: Konrad Theiss Verlag 2005, 360 S., zahlr. Abb., 29,90 Euro.

Die Ersterwähnung Magdeburgs in einem karolingischen Kapitular war im Jahr 2005 der Anlass für eine Sonderausstellung des Kulturhistorischen Museums Magdeburg, die ungeachtet der großen Bedeutung Magdeburgs in vielen Phasen der deutschen Geschichte vor allem auch der Stadt selbst bei der Suche nach einer neuen Identität und einem neuen Selbstbewusstsein helfen sollte (Vorwort, S. 11). Die durchaus intendierte Selbstreferenzialität hat dem Projekt aber nicht in dem Sinne geschadet, dass es in einer Provinzialisierung der Stadtgeschichte geendet ist. Vielmehr ist es gelungen, die mehr als 1200-jährige Geschichte der Stadt in den verschiedenen Epochen und mitsamt den stadtgeschichtlichen Brüchen und Verwerfungen ausgewogen und angemessen abzubilden. Der dazu erschienene und hier vorzustellende Katalogband dokumentiert diese Konzeption in vorzüglicher Weise.

Bereits der Titel verweist auf die unterschiedlichen Phasen der Stadtgeschichte, die auch die jeweilige Rolle Magdeburgs mitgeprägt haben. Das Trikolon von mittelalterlicher Metropole, preußischer Festung und Landeshauptstadt benennt dabei die Grobstruktur, die der Band selbst in zwölf einzelnen Kapiteln auffächert und differenziert. Im Bewusstsein der relativen Zufälligkeit der überlieferten Ersterwähnung setzt der Katalog auch nicht mit dem jubiläumstiftenden Jahr 805 ein. Vielmehr ist ein Kapitel für die Vor- und Frühgeschichte des magdeburgischen Raumes vorgeschaltet, das gleichsam im Parforceritt die Zeit von der steinzeitlichen Siedlung bis in die historische Zeit des frühen Mittelalters durchschreitet.

Die folgenden Kapitel finden dann rasch zur großen Zeit Magdeburgs im Mittelalter, das im ottonischen Reich als Pfalz und als Sitz des Erzbischofs eine bedeutsame Rolle spielte. Wichtig für die Entwicklung wurde der Handel, der die Stadt in den Kreis der Hanse führte. Für den Stellenwert der Stadt aussagekräftig ist die Fernwirkung des Magdeburger Stadtrechts, das weit nach Ostmitteleuropa ausstrahlte und dort von vielen Städten adaptiert wurde. Auch diese aufstrebende Phase im Spätmittelalter war nicht frei von Rückschlägen, Katastrophen und Konflikten: angefangen bei der Pest, städtischen Unruhen wie dem Münzaufstand von 1402 sowie dem Konflikt mit dem Erzbischof, der 1325 in der Ermordung Erzbischof Burchards III. und der darauf erfolgten Belegung Magdeburgs mit dem Kirchenbann kulminierte. In der Reformationszeit wurde die Stadt durch den erfolgreichen Kampf gegen das Interim 1550/51 zum Symbol des protestantischen Widerstands.

Das endgültige Ende der mittelalterlichen Metropole brachte der Dreißigjährige Krieg. Neben der völligen Zerstörung im Jahr 1631 sind es vor allem die gescheiterten Bemühungen um die städtische Freiheit. Statt den Status einer Reichsstadt zu gewinnen, fiel Magdeburg an die Hohenzollern und wurde zur brandenburg-preußischen Festungsstadt. Magdeburg erlebte im Ancien Régime durchaus ein Retablisement und partizipierte an der Hinwendung zur Barockkultur und später zur Aufklärung, allerdings ganz im Rahmen der preußischen Geschichte. Die Moderne kündigte sich mit dem Industriellen Zeitalter an, das Magdeburg in mehreren Etappen von Grund auf verändern sollte und im Laufe des 19. Jahrhunderts auch den Festungscharakter der Stadt völlig verwischte. Die politischen Erschütterungen wie gleichermaßen die Reformen zu Beginn des 20. Jahrhunderts fanden auch in Magdeburg ihren Widerhall, und ab 1933 bot die Stadt allen rassistischen Auswüchsen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft eine Bühne. Der Krieg endete für

Magdeburg in neuerlicher totaler Zerstörung. Nach 1945 erfolgte der Wiederaufbau unter dem Schlagwort von Magdeburg als „Stadt des Schwermaschinenbaus“, eine Typisierung, die für die Stadt nach der Wende und Wiedervereinigung Deutschlands in einen neuerlichen, jähen Umbruch mündete, Magdeburg aber auch den Status der Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts bescherte.

Das entscheidende Stichwort für die wechselvolle Geschichte der Stadt ist der des steten Wandels, und überhaupt stellen die vielen Umbrüche das eigentliche Kontinuum der Stadtgeschichte dar. Der Band selbst setzt keine thematischen Schwerpunkte, sondern stellt alle Epochen der Stadtgeschichte weitgehend gleichgewichtig dar; Ausgewogenheit ist kennzeichnend für die Darstellung. Rundherum geglückt ist die Binnengliederung, der gemäß die Stadtgeschichte eben nicht in einem durchgängigen Text erzählt wird. Vielmehr ist jedes der zwölf Großkapitel in Einzelabschnitte untergliedert, die auf einer (Doppel-)Seite einen stadthistorischen Aspekt thematisieren. Dazu wird ein kurzer, meist einseitiger Text mit der Abbildung eines für das Thema typischen Exponates kombiniert, das dann leitmotivisch diesen thematischen Schwerpunkt versinnbildlicht. Es ist diese Kunst der kleinen historiographischen Form, die meist in ausgesprochen geglückter Weise eine geraffte Stadtgeschichte nicht in ihrer Totalität, wohl aber in klug gewählter Exemplarität vorstellt.

Auch wenn sich in vielen Episoden der Stadtgeschichte deutsche und teilweise auch europäische Geschichte widerspiegelt, gelingt es durchweg überzeugend, große historische Ereignisse an die Stadtgeschichte anzukoppeln, ohne der Gefahr der Provinzialisierung zu erliegen – egal, ob es sich um Magdeburg als Hansestadt, als Schauplatz der 1848er Revolution oder um die Verfolgung der Juden, Sinti und Roma in der Zeit des Nationalsozialismus handelt. Was fehlt, ist die Kontextualisierung der einzelnen Ereignisse und Phänomene, durch die die Alltäglichkeit

oder eben doch die Besonderheit des jeweiligen Magdeburger Beispiels erklärt werden könnte. Man hat auf der anderen Seite sicher gut daran getan, die gelungene Konzeption nicht mit immer weiteren Anforderungen zu überfrachten, und in dem Sinne auf eine Ausweitung der Perspektive verzichtet, die schon aus Platzgründen kaum adäquat hätte dargestellt werden können. So ist am Ende ein Band entstanden, der eben nicht mit enzyklopädischem Anspruch auftritt, aber in sehr griffiger und daher anschaulicher Weise die wechselvolle Geschichte einer Stadt überzeugend nahe bringt.

Michael Kaiser, Köln

OTTO VON GUERICKE, *Relationes (1642 bis 1660), Transkription: Ditmar Schneider, Lateinische Übersetzung: Rudolf Engelhardt, Halle/Saale: Verlag Janos Stekovics 2005 (Otto von Guericke Gesamtausgabe. Zweiter Band. Reihe II – Otto von Guericke, Das Werk, Teilband II.2.3.1 Relationes / Transkription), XX-XIX, 561 S., 42,- Euro.*

Es verwundert schon ein wenig, dass die Schriften Otto von Guericke nach wie vor einer angemessenen Edition harren. Vieles ist nicht mehr oder nur schwer zugänglich, vieles bis auf den heutigen Tag unpubliziert. Diesem Missstand abzuwehren, hat sich die Otto-von-Guericke-Gesellschaft zum Ziel gesetzt. Mittlerweile kann hier der zweite Band vorgestellt werden, der die diplomatische Tätigkeit des wohl berühmtesten Sohns der Stadt Magdeburg veranschaulicht.

Der barocke Titel ist der der Edition zugrunde gelegten Berliner Handschrift entnommen und verweist bereits auf den Charakter der Schriften. Es handelt sich um Berichte Guericke über seine Gesandtschaftstätigkeit, als er für Magdeburg auf dem Westfälischen Friedenskongress, auf dem Nürnberger Exe-

kuktionstag und dem Regensburger Reichstag 1653/54 die Verhandlungen führte. Darüber hinaus vertrat er die Magdeburger Interessen wiederholt am Kaiserhof in Wien, aber auch bei den der Elbstadt benachbarten Reichsfürsten, vor allem bei den Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg.

Den Berichten beigeordnet sind zahlreiche Dokumente, die Guericques diplomatische Tätigkeit illustrieren. So liegen den eigentlichen „Relationes“ eine stattliche Anzahl von Korrespondenzen, Eingaben und Denkschriften bei. Für die Stadtgeschichte von besonderer Bedeutung ist die Bürgerrolle von 1638, die prosopographisch wichtiges Material für die schwierige Phase der Stadt nach ihrer Zerstörung im Jahr 1631 bietet.

Anders als man zunächst vermuten könnte, handelt es sich nicht um offizielle Schriften. Zwar gehörte es zu seinen Aufgaben, über die Verrichtungen namens der Stadt Rechenschaft abzulegen, doch hat Guericke diese Dokumente aus eigenem Antrieb zusammengestellt: In späteren Jahren kam Streit auf zwischen der Stadt und dem Mann, der sich so sehr für Magdeburg eingesetzt hatte. Guericke wollte offenkundig Material sammeln, um sich und seine Leistungen rechtfertigen zu können. Darüber hinaus lässt sich für Guericke auch ein historiographisches Interesse nachweisen. Er besaß ein Bewusstsein für die historische Relevanz seiner mehr als 50jährigen diplomatischen Tätigkeit, hatte zudem auch schon die frühere Geschichte der Elbmetropole und ihre Zerstörung beschrieben, Schriften, die heute als verschollen gelten müssen.

Damit bieten Guericques Relationen einen Einblick in die Geschehnisse und vor allem in die Konflikte, die Magdeburg in der Spätphase des Dreißigjährigen Kriegs und in den Jahren danach zu bestehen hatte. Vor allem ging es der Stadt darum, den Status der Reichsfreiheit zu erringen, ein Vorhaben, das jedoch an den machtpolitischen Ambitionen Kursachsens und Kurbrandenburgs scheitern sollte. Besonders die spürbar wachsende Bedeutung des letzteren Kurfürstentums wird anhand

Guericques Gesandtschaftstätigkeit deutlich. Daneben spielten für die Handelsmetropole an der Elbe naturgemäß auch wirtschaftspolitische Fragen eine zentrale Rolle.

Ein besonderer Reiz dieser Schriften liegt aber auch daran, dass sie immer wieder Schlaglichter auf den Akteur der Verhandlungen selbst werfen: die Figur Guericques selbst bekommt schärfere Konturen, wenn er über lebenspraktische Schwierigkeiten seiner Missionen berichtet. Deutlich wird in jedem Fall, dass seine Gesandtschaftstätigkeit weniger vom Glanz diplomatischer Inszenierungen geprägt war als vielmehr von Entbehrungen und Gefahren auf der Reise.

All diese Aspekte lassen sich in dieser sorgfältig gearbeiteten Edition nachvollziehen. Den Relationen und den Anlagen vorgeschaltet sind einführende Texte, die über die Geschichte Magdeburgs zur Mitte des 17. Jahrhunderts handeln, Guericques Tätigkeit auf dem Westfälischen Friedenskongress beleuchten und die Textgeschichte samt Editionsgrundsätzen vorstellen. Zu betonen ist, dass die Herausgeber einen möglichst authentischen Eindruck der Vorlage liefern wollten und deswegen auch Unterstreichungen, Tilgungen, Randbemerkungen usw. kenntlich gemacht haben. In den Anmerkungen liegen vor allem Übersetzungen für lateinische Passagen vor; hinzu kommen einige lemmatische und Sacherklärungen, die jedoch keiner historischen Tiefenerschließung gleichkommen. Zur Orientierung tragen allerdings jeweils Namens-, Ort- und Werkindizes bei.

Nachdem der 2002 zuerst publizierte Band der Guericke-Gesamtausgabe den Naturwissenschaftler vorstellte, rückt nun der Diplomat und Politiker in den Vordergrund. Die Relationen Guericques, der nach seiner 1666 erfolgten Nobilitierung das „u“ in seinen Namen eingefügt hatte (wobei aber in den früher datierten Dokumenten die alte Namensform „Gericke“ erhalten bleibt), geben Aufschluss über den Autor selbst und sind zentral für die Geschichte der Stadt, können aber auch aufgrund der reichsweiten Bedeutung Magde-

burgs weit mehr als nur stadthistorische Relevanz beanspruchen.

*Michael Kaiser, Köln*

CHRISTINE MÜLLER, *Langräfliche Städte in Thüringen. Die Städtepolitik der Ludowinger im 12. und 13. Jahrhundert, Köln / Weimar / Wien: Böhlau 2003 (Veröff. der Historischen Kommission für Thüringen, Kleine Reihe 7), 374 S., 20 Abb., 39,90 Euro.*

Die Ludowinger, aus kleinsten Verhältnissen kommend, stiegen in staufischer Zeit zu den mächtigsten reichsfürstlichen Geschlechtern auf. Nachdem sie im Jahre 1131 mit der Landgrafschaft Thüringen belehnt worden waren, suchten sie ihre Herrschaft durch eine bewusst betriebene, planvolle Städtepolitik zu stärken. Dieser Politik widmet sich das vorliegende Buch, das die Druckfassung einer Dissertation darstellt, die der Jenaer Landeshistoriker Matthias Werner angeregt und betreut hat. Müller untersucht die ludowingischen Städte im einzelnen, sowohl die beiden größeren (Eisenach und Gotha) als auch die sechs kleineren (Weißensee, Freyburg/Unstrut, Sangerhausen, Schmalkalden, Thamsbrück und Creuzburg); sie fragt darüber hinaus nach dem Anteil der Landgrafen an der Stadtwerdung anderer thüringischer Städte (Waltershausen, Eckartsberga und Tennstedt sowie Dornburg/Saale, Nebra, Schlotheim und Treffurt). Angesichts einer dürftigen Quellenlage beachtet sie auch spätere chronikalische Nachrichten und berücksichtigt Erkenntnisse anderer Disziplinen, beispielsweise der Archäologie und der Bauforschung. Im systematischen Teil der Arbeit vergleicht sie die ludowingischen Städte nach Entstehung, Typ, Größe, rechtlichen und kirchlichen Verhältnissen und stellt sie in den räumlichen und zeitlichen Zusammenhang des thüringischen Städtewesens. Aufschlussreich ist schließlich ein Vergleich mit

den ungleich zahlreicheren ludowingischen Städten in Hessen.

Deutlich wird, dass von „der“ Ludowingerstadt kaum gesprochen werden kann. Die städtepolitisch engagierten Landgrafen, unter denen Hermann I. (1190-1217) herausragte, betätigten sich eher als Förderer denn als Gründer von Städten. Überdies kennzeichnet die von ihnen im Wortsinne gegründeten Städte Freyburg/Unstrut, Thamsbrück und Creuzburg eine eher geringe Größe und bescheidene Bedeutung. Doch waren die Landgrafen die ersten Herrscher im Lande, die sich der Städtepolitik als Mittel zur Sicherung und Stärkung ihrer Herrschaft zu bedienen wussten. Sie begriffen, dass Städte eine zentralörtliche Funktion in wirtschaftlicher, administrativer und kirchlicher Hinsicht besaßen, mithin der Herrschaftsverdichtung und ihrem Ansehen als Herrscher zugute kamen. Wie die Knoten eines Netzes verteilten sich die von ihnen erhobenen Städte innerhalb der Grenzen ihres engeren Machtbereichs; darüber hinaus griffen sie nur im Falle von Sangerhausen. Zeitgleich mit den ludowingischen Städten stiegen auch die thüringischen Reichsstädte auf (Saalfeld, Mühlhausen und Nordhausen), deren Wert die Landgrafen ebenso erkannten wie den des kurlandischen Erfurt. Gerade diese Stadt, das natürliche Zentrum des Landes, forderte sie heraus, die erzstiftische Machtausweitung mit eigenen Stützpunkten zu verhindern. Es unterstreicht die Bedeutung der ludowingischen Städtepolitik, dass eine ihrer entsprechenden Politik von einheimischen Grafen und Herren in territorienbildender Absicht zu dieser Zeit noch nicht verfolgt werden konnte, allenfalls wurde der Ort einer Herrschaft zur Stadt erhoben, wie das die Grafen von Orlamünde mit Weimar taten.

In ihrer Verbindung von analysierender und systematisierender Methode bringt die Arbeit etliche neue Erkenntnisse und Einsichten; sie ist ein bemerkenswerter Beitrag zur Erforschung des Städtewesens im hochmittelalterlichen deutschen Reich.

*Ulman Weiß, Erfurt*

STEPHAN ALBRECHT, *Mittelalterliche Rathäuser in Deutschland. Architektur und Funktion, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2004, 300 S., zahlr. Abb., 64,- Euro.*

Seit etwa 60 Jahren ist keine umfassende Übersicht über das deutsche Rathaus vorgelegt worden, obwohl es sowohl architektonisch, als auch städtebaulich noch heute vielfach einen wesentlichen Akzent im Stadttinneren darstellt. Die Kunst- und Architekturgeschichte hat sich wenig mit ihm beschäftigt. Hier mag seine „dichte Nutzungskontinuität“ (8) mit ihren baulichen Auswirkungen im Laufe der Jahrhunderte, die ihm allerdings auch vielfach das Überleben gesichert hat, ein Erschwernis für eine vergleichende Darstellung gewesen sein. In Größe, Schmuck und Baustil des Rathauses manifestiert sich das Selbstbewusstsein der Bürger, z.B. je nachdem ob es sich um eine quasi-souveräne Reichstadt oder eine territorial eingebundene Bürgergemeinde handelte.

Es geht dem Verf. um eine grundsätzliche Materialerfassung, wozu er archivalische und archäologische Quellen benutzt und aktuelle Befragungen zugrunde legt, und zwar für die „ehemaligen Städte deutschen Rechts“ (S. 8) bis 1550. Es gelingt ihm ohne Zweifel ein repräsentativer Querschnitt, auch wenn er sich naturgemäß nach dem jeweiligen Grad der Erforschung richten muss. Gelegentlich kommt ihm, dass durch Öffnung nach Osten nun auch jene Gebiete offen liegen und gerade dort in den letzten 15 Jahren neue architekturgeschichtliche Erkenntnisse erbracht wurden. Die 80 mehr oder weniger ausführlich dargestellten Rathausporträts sind nicht nach einem festen Schema – also nicht lexikalisch – dargestellt, sondern sie werden jeweils individuell und anschaulich kommentiert (mit vielen älteren und aktuellen Abbildungen sowie Bauzeichnungen!). Nach skizzenhafter Darstellung des Rats in seiner Entstehung werden kurz die Funktionen des Rathauses (Verwaltung, Gerichtsstätte, Festort usw.) gestreift, wobei

es um die äußere Form (kaum um die Inneneinrichtung und Möblierung) geht. Entstehung und Verbreitung, Gestalt der Rathäuser, Zweckbestimmung, Anzahl, Lage in der Stadt sowie Prüfung des Verhältnisses von Form und Funktion bilden die Exposition der Untersuchung, sodann lässt der Verf. die Rathäuser in ihrem regionalen Zusammenhang Revue passieren: den südlichen Ostseeraum, Westfalen, Niedersachsen, Brandenburg, Rheingebiet, Hessen, Sachsen, Thüringen, den Nordosten, Franken, Bayern, Schwaben, Schweiz und Bodenseeraum. Die Darstellung reicht also von Lübeck über Aachen, Straßburg, Basel, Zürich, München, Passau, Wien, Breslau, Thorn nach Danzig. Jedem dieser Abschnitte geht eine kurze Einleitung voraus, in der Besonderheiten und eventuelle Einflüsse von außen dargelegt werden. In den meisten Fällen bietet sich jedoch ein uneinheitliches Bild; gerade die Vielfalt der Rathäuser ist typisch für sie und lässt sich einfach nicht über einen Kamm scheren, wenn der Verf. auch versucht, durch Lauben, Türme und sonstige bauliche Applikationen ein Ordnungskriterium festzuhalten. Dies Ergebnis ist nicht verwunderlich; eher erfreut es den Leser, dass hier jemand versucht hat, diese Vielfalt in anregender und sehr lesbarer, dabei doch fundierter Form auszubreiten, ergänzt durch eine umfangreiche Bibliographie und eine Zeittafel zur Entstehungszeit der Rathäuser. Hinzu kommt, dass vom konkreten, visuell erfahrbaren Bestand des Untersuchungsobjekts ausgegangen wird, aber überdies auch sehr viel über das Selbstverständnis des Bürgers in der Stadt des Mittelalters fassbar ist. Daher wäre es sehr sinnvoll, dass auch heutige Stadtplaner dieser Darstellung einen nachdenklichen Blick gönnten.

*Antjekathrin Graßmann, Lübeck*

MARCO MÜLLER, *Die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Stadt Rastatt 1815 – 1890, Ubstadt-Weiher / Rastatt: Verlag Regionalkultur 2005 (Stadtgeschichtliche Reihe 8), 464 S., 44 Abb., 19,90 Euro.*

Mit seiner Dissertation leistet der Verfasser einen Beitrag zur modernen Stadtgeschichtsschreibung, die er als Erforschung und Darstellung der lokal differenzierten Teilnahme an gesamtgesellschaftlichen Prozessen versteht. Dabei gelingt es ihm trefflich, einen Mittelweg zwischen Struktur- und Ereignisgeschichte zu gehen.

Für seine Studie hat er ein reichhaltiges Quellenmaterial durchgesehen und den Ertrag instruktiv dargelegt. Im Stadtarchiv, im Kreisarchiv, im Generallandesarchiv Karlsruhe und im Erzbischöflichen Archiv Freiburg befindet sich vielerlei bisher unerschlossenes Verwaltungsschriftgut, u.a. Gemeinderatsprotokolle, sowie gedruckte Quellen, Zeitungen und Memoiren. Daneben konnte er auch einige private Quellen, vor allem Tagebücher, Haus- und Familienchroniken, auswerten. Auch die einschlägige Literatur hat er umfassend einbezogen. Die Arbeit umfasst neben dem Einleitungs- und dem zusammenfassenden Schlusskapitel fünf Hauptkapitel. Im Einleitungskapitel werden die geographische Lage Rastatts und die Schwierigkeiten skizziert, die daraus erwachsen, dass es nach 1771 aufgrund der Wiedervereinigung der katholischen Markgrafschaft Baden-Baden mit der evangelischen Markgrafschaft Baden-Durlach den Charakter einer Residenzstadt verlor. Kapitel 2 beschreibt die Entwicklungen in Rastatt in der Zeit von 1815 bis 1832, an deren Ende durch die Einführung einer neuen Gemeindeordnung eine tiefe Zäsur in der Lokalgeschichte erfolgte. Die Periode zwischen 1832 und der Revolution von 1849, die Müller in Rastatt als fortschrittlich bezeichnet, wird in Kapitel 3 dargestellt. Auf die Revolutionsereignisse geht er am Rande ein. Da die Geschichte Rastatts seit den 1840er Jahren untrennbar mit der Errichtung der Bundesfestung verbunden

war, widmet der Autor in legitimer Weise der Festung und ihren Auswirkungen auf die Stadt ein eigenes Kapitel, das sich zeitlich mit den anderen Hauptkapiteln überschneidet. Die beiden nächsten Kapitel behandeln Rastatt in der Reaktionszeit und in der Zeit der liberalen Vorherrschaft. Mit Ausnahme des Kapitels über die Festung sind die anderen vier Hauptkapitel thematisch gleich aufgebaut und in sieben Bereiche untergliedert: Einwohnerschaft, Rechtsstellung und Verwaltung der Stadt, Wahlen, Gewerbe und Handel, soziale Probleme, Bildungswesen und Presse sowie das gesellige Leben, insbesondere das Vereinswesen.

Wichtige Ergebnisse liefert die Arbeit auf zwei Gebieten: zum einen die überzeugende Erkenntnis, dass die Festung die Industrialisierung der Stadt behinderte. Zum anderen beantwortet Müller die Frage, wie sich die Stadt unter Führung der Nationalliberalen entwickelte, gut nachvollziehbar dahin gehend, dass der Kulturkampf in Rastatt weit weniger intensiv geführt wurde als in vielen Städten vergleichbarer Größe. Der Band ist gut lesbar; der Text wird durch informative Abbildungen aufgelockert, die Tabellen und der Anhang mit diversen Indices sind hilfreich und erleichtern die Erschließung. Zur Geschichte der Stadt Rastatt wird dieser profunde Beitrag auf lange Zeit ein Standardwerk sein.

Heinz-Joachim Barsickow,  
Gescher/Münsterland

GEORG DRESCHER / ANNA SCHER-BAUM / MICHAEL BUCHER (Bearb.), *Vom Heiligen Land zu den Ufern von Rhein und Main. Gedruckte Städtebilder aus fünf Jahrhunderten (1474-1847), Schweinfurt: Bibliothek Otto Schäfer in Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv Schweinfurt 2004 (Ausstellungskatalog 20), 48 S., ill., 7,- Euro.*

Es ist ein grundsätzlicher Unterschied, ob eine Ausstellung oder der Katalog der Ausstellung zu besprechen ist. Im gegenwärtigen Fall hat der Rez. die Ausstellung (leider) nicht gesehen; in gewisser Weise erleichtert ihm das seine Arbeit, weil er nur eines vor sich hat und nicht womöglich divergierende Eindrücke unter einen Hut bringen muss. Um es gleich vorweg zu sagen: Der schmale Band ist nicht nur schön, sondern auch gut. Relativ häufig trifft man ja Darstellungen und Ausstellungen, die anhand der Topographie einzelner Orte einen mehr oder weniger vollständigen (oder unvollständigen) Gang durch die Geschichte der Vedute darbieten. Hier haben wir nun eine nicht ortsgebundene Darstellung, die nicht Vollständigkeit anstrebt, sondern in bewusster Beschränkung auf 43 Stücke wichtige Stationen herausgreift und dazu gehören nicht nur Höhepunkte, sondern auch Tiefpunkte wie das ausufernde Nachstichwesen (z. B. Kat.-Nr. 15 und 16). Schwerpunkt bildet - in der Ausstellung einer Bibliothek ganz in Ordnung - die Buchgraphik, aber Einzelblätter sind durchaus auch vertreten.

Der Katalog ist (entsprechend der Ausstellung) nicht in einer durchlaufenden Chronologie angelegt, sondern nach einer grundsätzlichen Einleitung in mehrere thematische Kapitel eingeteilt, die wesentlich zum Wert des Katalogs beitragen: Von Breydenbach zu Merian; Landschaft bei Albrecht Dürer; Städtelob; Rom- Pilger- und Kunstführer; Barocke Prachtbauten - Charlottenburg; Gesandte und Entdecker; Briten auf dem Kontinent; Rheinromantik; An den Ufern des Mains; Zu neuen Ufern - der Ludwigskanal. Die Linie vom 15. bis zum 19. Jahrhundert und vom Universalen/Fernen zum Regionalen/Heimatlichen ist klar, aber die verschiedenen typologischen Fragestellungen verlassen die übliche kunst- und druckgeschichtliche Einschränkung und weisen auf viel weiter gefasste kulturgeschichtliche Bezüge hin. Die Objektbeschreibungen sind relativ ausführlich, mit historischen, druckgeschichtlichen und nicht selten auch

drucktechnischen Hinweisen sowie Literaturangaben. Immerhin zwei Drittel der Exponate sind komplett abgebildet (sechs davon farbig), ein Drittel nicht oder nur im Ausschnitt. Das Layout und die Druckqualität des Bandes sind gut, und der Druckfehlerpegel ist nahe an Null. Der Band ist für den Fachmann wie für den interessierten Nichtfachmann gut zu lesen. Er bietet bei geringem Umfang erstaunlich viele und vielfältige Informationen. Ein guter Katalog!

*Rudolf Henning, Stuttgart*

WALTER SIEBEL (Hrsg.), *Die europäische Stadt. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2004 (Edition Suhrkamp 2323), 480 S., 16,- Euro.*

Diese umfangreiche Broschüre ist eine Festschrift für Hartmut Häußermann. Dessen Forschungsrichtung gemäß behandeln die 33 Beiträge von insgesamt 40 Autoren das Thema vorwiegend aus der Sicht der Stadtsoziologie und bezogen auf Mitteleuropa, wenn auch mit Blicken auf andere Kulturkreise, insbesondere die USA. Einschlägige Fragen der Stadtgeographie und -archäologie treten dagegen zurück, auch im Literaturverzeichnis. Der Titel ist folglich etwas einzuengen.

Der Hrsg. stellt einleitend in einem interessanten Beitrag die Merkmale der Stadt aus der erwähnten Sicht vor und legt den Schwerpunkt auf den Wandel in den letzten Jahrhunderten. Dabei stellt er selbst den Stadtbegriff in Frage, wenn er feststellt: „Die Stadt verliert an Zentralität“ (S. 40) und „die Stadt ist nicht mehr der besondere Ort des Urbanen. Urbanität ist ubiquitär geworden“ (S. 49); „es zeichnen sich aber Tendenzen ab, die... Stadt auch in Zukunft notwendig machen“ (S. 44).

Den Beiträgen sind vier Themen zugeordnet. Das erste betrifft den Wandel der europäischen Stadtgestalt, wobei Begriffe wie beispiels-

weise Eingemeindungspolitik, Tertiärisierung oder Bodenpreise praktisch ausgespart bleiben. Peter Marcuse kommt abschließend (S. 116) zu dem Ergebnis, dass die europäische Stadt in der nahen Zukunft ihre charakteristischen Merkmale gegenüber stark globalisierten Städten beibehalten werde.

Beim zweiten Thema „eine neue Urbanität?“ stehen die Rolle des öffentlichen Raumes und dessen Wandel im Blickpunkt. Hier könnte man zu Albrecht Göschels Beitrag über lokale und regionale Identitätspolitik ergänzend fragen, warum sich innerhalb der Städte als Ausdruck der Identität ein „Viertelsgeist“ entwickelt (soziale Viertelsbildung) und wie man ihm in der angesprochenen Politik Rechnung trägt.

Das dritte Thema behandelt den Wandel der Stadtpolitik. Dabei wird festgestellt, dass die Schrumpfung der neue Normalfall der Stadtentwicklung in Deutschland ist, und es wird gefragt, wie damit umzugehen sei. Ein anderes Thema ist die Integration der Zuwanderer, wobei auch besprochen wird, welche Rolle der Bau von Moscheen bei uns spielt. Interessant sind die Untersuchungen über das unterschiedliche Vorgehen bei der Stadtentwicklung in New York und Berlin sowie über die lokale Politik der Hochhausentwicklung in amerikanischer (New York) und europäischer Art (München, Frankfurt). Berichtet wird auch über den Wandel von St. Petersburg, das nicht als typisch russische Stadt zu sehen ist. Weitere Kapitel sind sozialen Problemen und der Städtepolitik der EU mit ihren Widersprüchen gewidmet.

Im Abschnitt vier wird die Frage diskutiert, was „die urbane europäische Stadt weiterhin notwendig“ macht. Behandelt werden u.a. die Folgen von Deindustrialisierung und Globalisierung. Es geht auch um die Entwicklung des Internet für die Stadt, um die Ökonomie der europäischen Großstadt und um den „Denkraum Stadt“. Eine kritische Betrachtung der alteuropäischen (Stadt-)Soziologie beschließt den Band. Insgesamt wird auf hohem Niveau vielen aktuellen Themen der Wissenschaft

nachgegangen, die zu weiterem Nachdenken anregen.

*Jürgen Hagel, Nürtingen*

MARTIN KORDA (Hrsg.), *Städtebau. Technische Grundlagen, Wiesbaden: Teubner, 5. neu bearb. Aufl. 2005, 700 S., 316 Abb., 131 Tab., 44,90 Euro.*

Seit seinem ersten Erscheinen im Jahr 1970 hat sich das von Wolfgang Müller begründete Werk als ein unverzichtbares ingenieurwissenschaftliches Kompendium erwiesen, das inzwischen den Rang eines Standardwerks für die Bereiche Städtebau, Infrastrukturplanung, Verkehrswesen und Umweltschutz im urbanen Raum einnimmt. Neben den planungsmethodischen und technischen Aspekten, die einen besonderen Schwerpunkt bilden, widmet sich das erste, einleitende Kapitel („Historische Siedlungsformen“) einem architektur- und kulturgeschichtlichen Abriss des Städtebaus in den zurückliegenden Epochen. In den folgenden Kapiteln werden wichtige Fragen der Stadtsoziologie („Bevölkerung“) und der Denkmalpflege („Standortkriterien für Bebauung und Nutzung“) zwar nur gestreift, dafür aber sinnvoll in planerische Gesamtzusammenhänge eingebunden.

Eine seit der 4. Auflage von 1999 im Zusammenhang mit Fragen der Stadtentwicklung zu bemerkende Tendenz hat sich erfolgreich fortgesetzt: Das Hauptziel planerischer Maßnahmen zur Stadtentwicklung – Interessenausgleich aller Beteiligten unter Berücksichtigung historischer, gegenwärtiger und möglicher zukünftiger Bedingungen – wird im letzten Teil des Buches besonders berücksichtigt. Man hat nämlich das ehemalige Schlusskapitel zur Grünflächenplanung auf zwei neu ausgestaltete Themenfelder aufgeteilt („Kommunale Freiraumplanung“ und „Umweltqualität und Umweltschutz“. Man hofft so, dem „Aspekt Freizeit und Erholung

in der Stadt in einer stadtnahen Landschaft“ in ausreichendem Maß Rechnung zu tragen, da nach den „Erfahrungen der letzten 50 Jahre [dieser Aspekt] einen erheblichen Faktor unserer Lebensqualität [darstellt]“ (Vorwort des Hrsg.). Die kommunale Freiraumplanung gewinnt durch planerische Ausgleichsmaßnahmen bei immer eingeschränkteren Möglichkeiten der Flächeninanspruchnahme immer mehr an Bedeutung, da im Gegensatz zu den begehrten, meist planerisch ausgeformten inneren Ortslagen hier noch alle Optionen offen erscheinen: Freiraumplanung als Teil der großflächigen Landschaftsplanung gilt als wichtiger Impulsgeber für die Landschaftsarchitektur einschließlich Gartenkunst und Land Art. Gleiches gilt für die Freiraumsysteme in Stadt und Dorf mit all ihren sozialökologischen Funktionen und schließlich auch für die wirklichen Freiflächen, als den immer rarer werdenden Freiräumen, die laut Definition nicht auf bebauten Flächenkategorien der Planzeichenverordnung liegen.

Die Verfasser der Beiträge sind als Hochschullehrer durchweg im Stande, den Stoff in geeigneter und ausgewogener Form darzustellen. Die Texte sind zwar knapp gehalten, eine vertiefende Lektüre ist aber durch die ausgearbeiteten Literaturverzeichnisse leicht möglich. Auch sind alle Abbildungen – im Wesentlichen Grundrisse und Planausschnitte – gut lesbar und lassen sich bei Bedarf in einem größeren Maßstab reproduzieren. Die Neuausgabe eines solchen „Klassikers“ der Planungsliteratur gehört als grundlegendes Informationsmittel in die Lehrbuchsammlung eines jeden Instituts, das sich mit Fragen städtebaulicher Gestaltung auseinandersetzen will.

*Jörg Derksen, Bonn*

CHRISTOPH BERNHARDT / GERHARD FEHL / GERD KUHN / URSULA VON PETZ (Hrsg.), *Geschichte der Planung des öffentlichen Raums, Dortmund: Universität Dortmund, Fakultät für Raumplanung, Institut für Raumplanung 2005 (Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, Blaue Reihe, 122), 244 S., 20,- Euro.*

Die Krise des öffentlichen Raums beschäftigt die Fachleute seit Jahrzehnten. Beklagt werden die partielle Verwahrlosung, der Verlust von Funktionen an peripherere Einkaufszentren und die Privatisierung ehemals öffentlicher Flächen. Dazu kommen eine häufig nicht mehr zeitgemäße Gestaltung und jüngst vor allem die zunehmende Gewalt, die wiederum eine verstärkte Kontrolle nach sich zieht. Doch seit kurzem scheint eine Trendwende in Sicht: Die Rede ist von der Wiederentdeckung oder der „Renaissance“ der Mitte. Verödete oder brachliegende Flächen werden revitalisiert und wecken bei den Bürgern eine „neue Lust am Stadtraum“ (S. 237). Zentrale Plätze und Flaniermeilen stehen wieder im Fokus der Aufmerksamkeit von Politikern und Planern, die zunehmend den Tourismus als Einnahmequelle für ihre Städte entdecken, und auch der Öffentlichkeit selbst. Einen sicherlich nicht geringen Beitrag dazu hat in den vergangenen Jahren die – schwerpunktmäßig in den neuen Bundesländern erfolgte – denkmalgerechte Stadterneuerung geleistet, durch die die individuellen, gewachsenen Strukturen der Städte zu einem großen Teil bewahrt werden konnten. Zusätzlich wurde das Interesse der Bürger für städtebauliche Maßnahmen in den vergangenen Jahren durch öffentlichkeitswirksame Projekte, wie beispielsweise die Rekonstruktion der Frauenkirche und die Wiederherstellung des Neuen Marktes in Dresden, geweckt. Auch der Umgang mit öffentlichen Flächen in Neubaugebieten hat sich in den vergangenen Jahren gewandelt. Zahlreiche Publikationen und Diskussionen spiegeln das gestiegene In-

teresse wider. Defizite in der Debatte um den öffentlichen Raum bestehen vor allem noch immer hinsichtlich einheitlicher Definitionen sowie bei empirischen und planungsgeschichtlich angelegten Untersuchungen.

Ende 2003 trafen sich an der Universität Dortmund Architekten und Stadtplaner, Historiker, Soziologen und Kunsthistoriker zu einer interdisziplinären Tagung, um ihren Beitrag zu dieser Debatte zu leisten. Die Ergebnisse sind nun in einem Sammelband nachzulesen. In zwölf Beiträgen gehen die Autoren und Autorinnen anhand von Fallstudien der Geschichte des öffentlichen Raums als eines „räumlich-sozialen Beziehungsgefüges“ (S. 10) nach. In der Einführung geben die Herausgeber einen detaillierten Überblick über den Diskussions- und Forschungsstand und die Entwicklung des öffentlichen Raums als eines Forums bürgerschaftlicher Kommunikation und städtischer Öffentlichkeit. Mit Verwendung eines historischen Zugriffs sei eine „präzisere Wahrnehmung der Gegenwart“ und eine Versachlichung der Debatte möglich (S. 9). Im Mittelpunkt der Betrachtung steht das Verhältnis des öffentlichen Raums zur Öffentlichkeit, mithin dessen Gestaltung, die unterschiedlichen Formen der Nutzung durch wechselnde Akteursgruppen, dessen Zugänglichkeit sowie dessen funktionale Ausdifferenzierung. So war es beispielsweise im 19. Jahrhundert das Proletariat, das sich den öffentlichen Raum zunehmend für seine politischen Zwecke aneignete, während das Bürgertum mehr und mehr die Abgeschlossenheit bürgerlicher Institutionen und die Privatsphäre bevorzugte.

Die historische Entwicklung des öffentlichen Raums und die verschiedenen Formen von Öffentlichkeit vom 18. bis ins späte 19. Jahrhundert stehen im Mittelpunkt des Aufsatzes von G. Fehl. Wesentliches Merkmal über alle politischen Systeme hinweg war der starke Interessengegensatz zwischen der Obrigkeit und dem „Publikum“ sowie später den privaten Investoren. Die Städtebauer trugen bei der Gestaltung der öffentlichen Flächen

zu deren Ausdifferenzierung sowie zur Disziplinierung des Volkes bei. Als wesentliches Merkmal des öffentlichen Raums definiert Fehl dessen Neutralität, d.h. die von der Obrigkeit gewährleistetete, aber auch kontrollierte allgemeine Zugänglichkeit (S. 29).

Auf die Herausbildung eines neuen Leitbildes des hygienisierten Stadtraums, das im 19. Jahrhundert eine nachhaltige Veränderung des öffentlichen Raums zur Folge hatte, weist C. Bernhardt hin. Anhand der Planungen von Peter Joseph Lenné, James Hobrecht und Martin Wagner für Berlin analysiert er den Transformationsprozess zur schrittweisen Verdrängung des Wassers aus dem öffentlichen Raum und dessen Folgen, wie die Versiegelung des Bodens und der Verlust von Orten der „Wasserkultur“ (S. 83) und Kommunikation (öffentliche Brunnen, Flussbadeanstalten). Zu Beginn des 20. Jahrhunderts verlagerte sich der Fokus der Planer auf die Aspekte Sonne, Luft und Grünanlagen.

Hier knüpft R. Kastdorff-Viehmann mit ihrem Beitrag zur Grünflächenentwicklung im Ruhrgebiet zwischen 1890 und 1930 an. Die Bedeutung des öffentlichen Grüns in den Arbeiterstädten liegt neben ihrem Erholungswert vor allem in der Kompensation eines defizitäreren kulturelleren Angebots sowie in der Schaffung kultivierter Räume nach bürgerlichem Vorbild als erzieherische Maßnahme.

U. von Petz untersucht den Stellenwert des öffentlichen Raums für die Identitätsbildung seiner Anwohner am Beispiel der Stadterweiterungsplanungen Theodor Fischers für München um 1900. Fischers auf den Stadtteil fokussierte, gestaffelte Planung orientierte sich hinsichtlich ihrer „ästhetisch wirksamen Raumgestaltung“ (S. 114) an Camillo Sitte, der den künstlerischen Städtebau als Gegenpol zu den negativen Auswirkungen von Industrialisierung, Urbanisierung und Bodenspekulation verstand.

Eine gänzlich andere Vorstellung vom öffentlichen Raum vertrat dagegen der Fischer-Schüler Walter Schwagenscheidt. U. Wieler erläutert in seinem Aufsatz die Wir-

kungsgeschichte seiner Ideen, vor allem seines Konzeptes der hierarchisch gegliederten „Raumstadt“, basierend auf dem Gedanken der Nachbarschaftseinheit (S. 126-127) als der kleinsten Zelle. Anhand der ab 1961 errichteten Frankfurter Nordweststadt werden jedoch auch die Defizite einer allzu beliebigen Raumbildung und der Isolierung des Geschäftszentrums und der Grünflächen deutlich.

Die Instrumentalisierung des öffentlichen Raums für die Machtinteressen totalitärer Systeme ist das zentrale Thema der folgenden vier Beiträge. Anhand der Planungen für die „Gauhauptstädte“ Weimar, Dresden und München verdeutlicht C. Wolf die Bestrebungen der Nationalsozialisten, das öffentliche Leben in der Stadt über den Städtebau und die Besetzung öffentlicher Räume zu kontrollieren. Das als einziges realisierte Gauforum in Weimar sollte als Prototyp für andere Städte dienen. Architektur und Raum wurden schrittweise umgestaltet zu einer Bühne für die Inszenierung der staatlichen Macht in einer „rassereinen Stadtgesellschaft“ (S. 137).

Auch in der DDR diente die Gestaltung des urbanen Raums in erster Linie der staatlichen Repräsentation und Machtdurchsetzung. Die Durchführung von politischen Demonstrationen und Festen des Proletariats genoss dabei auch über den städtebaulichen Leitbildwechsel der späten 1950er Jahre hinweg oberste Priorität, so dass F. Betker von einer „Verarbeiterlichung“ des öffentlichen Raums in der „sozialistischen Stadt“ spricht (S. 155). Ganz anders als in den großen Städten war die Situation in den kleinen Industriestädten am Ende der Hierarchiekette, wie C. Benke belegt. Umfangreiche Pläne wurden in den 1950er Jahren zwar auch für Städte wie Ludwigsfelde entworfen, verwirklicht wurde davon – bis auf den Wohnungsbau – jedoch wenig. Letztlich wurden diese Städte von staatlicher Seite zumeist eklatant vernachlässigt und wiesen daher noch 1989 eine stark defizitäre Entwicklung ihrer öffentlichen Räume auf. Die lokale Politik konnte die Defizite immerhin partiell abmildern und so auf einige

Wünsche der Bewohner reagieren. Immens gefördert wurde hingegen die erste Planstadt der DDR, Eisenhüttenstadt. R. May stellt das anspruchsvolle, hierarchisch aufgebaute Konzept für den öffentlichen Raum in dieser „sozialistischen Idealstadt“ vor, das auch die grünen Blockinnenbereiche mit einbezog und somit die Grenze zwischen privaten und öffentlichen Räumen auflöste. Die fehlende freie öffentliche Kommunikation wurde von den Bewohnern durch nachbarschaftliche oder betriebliche Kontakte kompensiert. Als Ort für den Rückzug in die Privatheit diente der Kleingarten.

Fußgängerzonen als die neben den Plätzen wichtigsten öffentlichen Bereiche wurden nach dem Zweiten Weltkrieg infolge der zunehmenden Motorisierung und der funktionalen Ausdifferenzierung der Städte als neue Raumform entwickelt. D. Schubert unterscheidet zwischen Wiederaufbauplanungen in zerstörten Stadtzentren, Umgestaltungsprojekten im Bestand und peripheren Fußgängerzonen in Neubaugebieten.

In der abschließenden, historisch begründeten Zustandsbeschreibung betonen T. Harlander und G. Kuhn noch einmal den Funktionswandel, dem die öffentlichen Flächen immer wieder unterlagen und der stets mit einem Wechsel der politischen Systeme und einem Strukturwandel von Öffentlichkeit einherging. Nach 1945 erfolgte mit der Auflösung urbaner Strukturen und der Unterordnung unter den Autoverkehr ein Bruch, der wohl die stärkste Krise in der Geschichte des öffentlichen Raums auslöste (S. 232). Angesichts der vielerorts zu beobachtenden Reurbanisierungstendenzen und neuer Nutzungsmöglichkeiten erkennen die Autoren insgesamt zahlreiche Ansätze für eine positive Entwicklung. Die Diskussion um die Zukunft des öffentlichen Raums wird auch mit diesem Band nicht beendet sein. Dennoch liefert er einen wichtigen Beitrag zur aktuellen Debatte, indem er klare Definitionen erarbeitet und über die Analyse historischer Entwicklungspfade die Ursachen aktueller Problemlagen benennt. Damit wer-

den auch Chancen und Potentiale für zukünftige Entwicklungen im Zuge der Erhaltung, Weiterentwicklung und Re-Zentralisierung zentraler Räume von Städten aufgezeigt.

*Thomas Wolfes, Berlin*

FRANK MAIER-SOLGK / ANDREAS GREUTER, *Europäische Stadtplätze. Mittelpunkte urbanen Lebens, München: DVA 2004, 159 S., zahlr. farb. Abb., 86,- Euro.*

Vorliegendes Buch erfreut und enttäuscht zugleich. Es ist insofern gelungen, als es in Auswahl schöne, wichtige, große, kleine, aber auch hässliche Räume urbanen Lebens reich illustriert, klug kommentiert und zum Teil in bemerkenswerter Ausführlichkeit darstellt. Es geht also nicht um die gelungene Ästhetik des Raums, sondern um seine Funktion, durchaus auch um die Verweigerung von Platzqualitäten.

Weniger gelungen ist das Gerüst dieses Werks. Der geneigte Leser erfährt an keiner Stelle - auch nicht in der Einleitung -, warum welche Plätze in dieses Kompendium Aufnahme gefunden haben und was ein Ausschlusskriterium war. Spielten funktionale, ästhetische, „historische“ Gründe eine Rolle? Warum wurden ausschließlich mitteleuropäische Platzanlagen ausgesucht (Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Österreich und Tschechien)? Man könnte angesichts des Titels schon hoffen, das sich auch herausragende polnische (etwa Krakau, Warschau, Breslau, Danzig), skandinavische (Kopenhagen, Stockholm, Helsinki) oder spanische Platzanlagen (Barcelona, Madrid) fänden, die eine Darstellung lohnen. Die Liste ließe sich fortsetzen. Stattdessen finden sich zahlreiche Kommunen, deren Plätze mehrfach dargestellt werden (Berlin, München, Frankfurt). Da hilft auch

leider der Aufbau des Buches nicht weiter, der die Stadtplätze nach Funktionen zu sortieren versucht. (Warum etwa taucht der Düsseldorfer Gustav-Gründgens-Platz mit dem dominierenden Schauspielhaus unter der Rubrik „Mobilität und Historie“ auf? Man hätte ihn ebenso gut dem Bereich „Neue Ansätze - Plätze der Kunst“ zuordnen können; wie grenzt man „Inszenierung“ von „Repräsentation“ ab?). Hier zeigt sich nochmals eine methodische Schwäche des Buches, da offenbar die Auswahl der Anlagen nicht mit der Struktur der Publikation in Deckung zu bringen war.

Die kommentierenden Texte hingegen sind durchdacht und an manchen Stellen durchaus erhellend, wie überhaupt das Lesen an sich Freude bereitet. Die Illustrationen sind ebenfalls von hoher Qualität. Fazit: ein sympathisches Lesebuch, das wissenschaftlichen Anspruch nicht erhebt und dies wohl auch nicht soll und das aufgrund der Vielzahl exemplifizierter Platzanlagen die Variationsbreite städtischen Lebens in Vergangenheit und Gegenwart mit allen Höhen und Tiefen, Zerstörungen, Fehlplanungen und genialen Ideen gut lesbar darstellt. Daran ändert auch die oben genannte Kritik nichts.

*Benedikt Mauer, Düsseldorf*